



Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Haushaltsplanentwurf 1996



Zusätzliche Erläuterungen
für die Beratungen im
Landtag Nordrhein-Westfalen

Einzelplan 02
Ministerpräsident und
Staatskanzlei

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Betr.: Haushaltsplanentwurf 1996;

hier: Einzelplan 02

Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Weiterleitung an

- den Hauptausschuß,
- den Haushalts- und Finanzausschuß,
- den Ausschuß "Mensch und Technik",
- den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz,
- den Kulturausschuß,
- den Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik und
- den Ausschuß für Haushaltskontrolle

des Landtags Nordrhein-Westfalen eine Vorlage (300-fach) mit ergänzenden Erläuterungen für die Beratung des Einzelplans 02.

Kammann

V o r l a g e

an den

Hauptausschuß,

Haushalts- und Finanzausschuß,

Ausschuß "Mensch und Technik",

Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz,

Kulturausschuß,

Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik,

Ausschuß für Haushaltskontrolle

des Landtags Nordrhein-Westfalen

Haushaltsplanentwurf 1996

Zusätzliche Erläuterungen für die Beratung
des Einzelplans 02

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	3
Zu Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)	3
Zu Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten	5
Zu Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter	6
Zu Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes	13
Ländervergleich "Öffentlichkeitsarbeit"	23
Zu Titel 531 30 - Planung und Durchführung von NRW-Festen	29
Zu Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsen- tationsverpflichtungen der Landesregierung	31
Ländervergleich "Verfügungs- und Repräsentationsfonds"	34
Zu Titel 541 11 - Für Aufwendungen anläßlich der Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit"	41
Zu Titel 712 00 - Grundinstandsetzung des Landeshauses	42
Zu Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Aus- stattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	44
Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen	46
Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen	50
Zu Titel 251 00 - Zuweisung des Bundes im Rahmen der Finanzierung des Akademienprogramms	50
Zu Titel 526 00 - Ausgaben des Landes für die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunk- anstalten (KEF)	52
Zu Titel 685 10 - Zuschuß an die Nordrhein- Westfälische Akademie der Wissenschaften	53
Zu Titel 684 30 - Zuschuß zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz	57
Titelgruppe 70 - Landesentwicklungsbericht	58
Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsi- den für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	59
Titelgruppe 72 - Internationale Zusammenarbeit	72
Titelgruppe 76 - Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen	87

	Westfalen	92
Titelgruppe 60	- Zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrums	115
Zu Titel 685 20	- Zuschuß an die Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen - (Wuppertal-Institut)	120
Kapitel 02 061	- Kulturwissenschaftliches Institut	132
Kapitel 02 062	- Institut "Arbeit und Technik"	141
Kapitel 02 900	- Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	160

Anlage 1

Entwurf des Haushaltsplans 1996 der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften.

Anlage 2

Entwurf des Haushaltsplans 1996 der Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW.

Anlage 3

Grafische Darstellung der Entwicklung des Einzelplans 02.

Anlässlich der Neubildung der Landesregierung und der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden sind die Geschäftsbereiche

- Europaangelegenheiten (bisher Kapitel 02 030),
- Medien (bisher Kapitel 02 040) und
- Landeszentrale für politische Bildung (bisher Kapitel 02 050)

übergegangen in die Geschäftsbereiche der Ministerien für Bundes- und Europaangelegenheiten, Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr bzw. Schule und Weiterbildung.

In meinen Geschäftsbereich übergegangen sind das:

- Kulturwissenschaftliche Institut (Kapitel 02 061)
- Institut 'Arbeit und Technik' (Kapitel 02 062) und das
- Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (Kapitel 02 060 Titel 685 20).

Die erforderlichen Umsetzungen von Planstellen/ Stellen und Mitteln sind im Haushaltsjahr 1995 erfolgt; sie sind im Haushaltsplanentwurf 1996 dargestellt.

Der Entwurf des Einzelplans 02 schließt ab mit

Einnahmen von 3.076.800 DM

und

Ausgaben von 115.355.200 DM.

Von den Ausgaben entfallen auf:

- Personalausgaben: 49.420.000 DM
- Sächliche Verwaltungs-
ausgaben: 29.193.800 DM
- Ausgaben für Zuschüsse
und Zuweisungen: 24.679.400 DM
- Investitionsausgaben: 12.991.000 DM
- Besondere Finanzierungs-
ausgaben: - 929.000 DM

Der Haushaltsplanentwurf 1996 weist in den Ausgaben gegenüber den Ansätzen des Haushaltsjahres 1995 eine Minderung um 6.639.800 DM aus.

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

Zur Erfüllung des von der Landesregierung beschlossenen zweiprozentigen Stellenabbaus sind im Kapitel 02 010 fünf pauschale kw-Vermerke (31.12.1996) ausgebracht.

Ferner sind zur Erfüllung des von der Landesregierung nach erfolgter Organisationsuntersuchung des zentralen Fahrdienstes der Landesregierung zum 31.12.2002 beschlossenen Stellenabbaus 18 kw-Vermerke (31.12.2002) ausgebracht.

Zu Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) -

Ansatz 1996:	13.763.000 DM
Ansatz 1995:	14.308.000 DM
Weniger:	545.000 DM

A. Stellenzugänge

Keine

B. Stellenabgänge

Absetzung einer Stelle der Bes.Gr. A 15 BBO
(Studiendirektor) für beamtete Hilfskräfte, wegen
Fortfalls der Aufgabe.

Ansatz 1996: 13.150.000 DM
Ansatz 1995: 12.944.000 DM
Mehr: 206.000 DM

A. Stellenzugänge

1 Stelle der Verg.Gr. IVb/Vb BAT (DA 08) für den Leiter der aufzubauenden Hausverwaltung nach Übernahme des Dienstgebäudes Horionplatz 1 (Landeshaus), Düsseldorf, durch die Staatskanzlei.

B. Stellenabgänge

Keine.

C. Stellenhebungen

1 Stelle der Verg.Gr. III/IVa BAT (DA 01) aus Verg.Gr. IVa BAT nach Erfüllung der vierjährigen Bewährungszeit gemäß Unterabschnitt IV Abschnitt B Teil II der Anlage 1a zum BAT.

Zu Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter -

Ansatz 1996: 8.000.000 DM
Ansatz 1995: 7.930.000 DM
Mehr: 70.000 DM

A. Stellenzugänge

2 Stellen der Lohngruppe 3a-2a MTL II (DA 04) für
2 Pförtner nach Übernahme des Dienstgebäudes
Horionplatz 1 (Landeshaus), Düsseldorf, durch die
Staatskanzlei.

B. Stellenabgänge

Keine.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1996

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1996	1995		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
1	2	3	4	5	6	7	8
B 10	Staatssekretär	2	2	1			
B 7	Ministerialdirigent/in	3	3	3			
B 4	Ltd. Ministerialrat/ Ltd. Ministerialrätin	9	9	8			
B 2	Ministerialrat/Ministerialrätin	18	17	16		1	
A 16	Ministerialrat/Ministerialrätin	16	17	13		4	
A 15	Regierungsdirektor/in	21	21	17	1	3	
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	6	6	1		5	
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	5	5	4			
		80	80	63	1	13	
A 13	Oberamtsrat/Oberamtsrätin	19	19	17		1	
A 12	Amtsrat/Amtsärztin	12	11	11			
A 11	Regierungsamtmann/ Regierungsamtfrau	7	8	7		1	
		38	38	35	-	2	
A 9	Regierungsamtsinspektor/in	7	7	6		1	
		7	7	6	-	1	
A 5	Oberamtsmeister/in	1	1	1			
		1	1	1	-	-	
	Insgesamt	126	126	105	1	16	

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 10.11.1995 eingewiesen waren.

Übersicht

über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1996

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders auf- zuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
				geführten		
			beamtete Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter	
	a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) [Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.) Assistenten (z.A.) Regierungsrätinnen (z.A.) Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.]					
Zusammen a)						
	b) sonstige Beamtinnen und Beamte [Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
R 2 Richter/in	2	2	2			
A 16 MinRat/ MinRätin	1	1	1			
A 15 Reg.Dir./ Reg.Direktorin	3	3	1			
A 15 Studien- direktor/in	-	1	-			
A 14 Oberreg. Rat/Rätin	1	1	1			
A 13 Reg.Rat/ Reg.Rätin	1	1	1			
A 10 Reg. Oberinspektor/ Oberinspek.in	1	1	1			
Zusammen b)	9	10	7			
Insgesamt	9	10	7			

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 10.11.1995 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
				geführten		
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
AT / B 2 Referatsleiter/ Referatsleiter- innen	3	3	3			
BAT						
I	1	1	-			
Ia	2	2	2			
Ib/IIa	2	2	1			
IIa/III	6	6	5			
III/IVa	4	3	3			
IVa	3	4	4			
IVb	10	10	10			
IVb/Vb	10	9	8			
Vb	3	3	3			
Vb/Vc	14	14	14			
Vc	5	5	5			
Vc/VIb	13	13	12			
VIb	12	12	11			
VIb/VII	13	13	13			
VII/VIII	39	39	39			
IXa/IXb	9	9	9			
XIb/X	3	3	2			-
	149	148	141	-	-	-
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	3	3	3			
Zusammen	152	151	144	-	-	-
Auszubildende	---					

1. Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe MTL II	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
geführten Arbeiterinnen und Arbeiter						
7a/7	4	4	2			
5/4	1	1	1			
4a/4	70	70	64			
4a-3	1	1	1			
4-3	1	1	1			
3a-2a	11	9	7			
3-2	2	2	2			
	90	88	78			
Zusammen	90	88	78			
Auszubildende	./.	./.	./.			

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1996

- Seite 1 -

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 10.11.1995
		1996	1995		
1	2	3	4	5	6
B 10	Chef/Chefin der StK u. Staatssekretär/Staats- sekretärin	2	2	Ausscheiden aus dem Amt gem. § 32 Abs. 1 AbG NW bzw. § 14 Abs. 1 LMinG	1
B 2	Ministerialrat/ Ministerialrätin	2	2	Beurlaubungen a) Tätigkeit bei privater Rundfunkanstalt b) Tätigkeit bei der EU	2
A 16	Ministerialrat/ Ministerialrätin	4	4	Beurlaubungen a) Fraktionsdienst Bundestag b) Stiftung Kunst und Kultur NRW c) Stiftung Naturschutz Heimatspflege NRW d) § 85 a LBG	4
A 15	Regierungsdirektor/ Regierungsdirektorin	2	2	Fraktionsdienst Landtag NRW	1
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1	Beurlaubung aus dienst- lichen Gründen	-
A 13 h.D.	Regierungsrat/ Regierungsrätin	1	2	Beurlaubungen aus familiären Gründen	2
A 13 g.D.	Oberamtsrat/ Oberamtsrätin	3	3	Beurlaubungen aus familiären Gründen	2
A 12	Amtsrat/Amtsärztin	1	-	Beurlaubungen aus familiären Gründen	1
A 11	Amtmann/Amtfrau	-	1	"-	1
A 9 m.D.	Regierungsamtsinspek- tor/amtsinspektorin	1	1	Beurlaubungen aus familiären Gründen	1
Insgesamt		17	18		15

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 10.11.1995
		1996	1995		
1	2	3	4	5	6
	Übertrag	17	18		15
B 2 a.T.	Angestellter/Angestellte	2	2	Beurlaubt a) Fraktionsdienst Landtag b) Erziehungsurlaub	2
IVb/Vb	Angestellter/Angestellte	1	1	Erziehungsurlaub	1
Vb/Vc	Angestellte/Angestellter	2	2	a) Beurlaubungen aus familiären Gründen b) Erziehungsurlaub	2
Vc	Angestellter/Angestellte	2	2	Beurlaubungen a) aus familiären Gründen b) Fraktionsdienst Landtag	2
Vtb/VII	Angestellter/Angestellte	4	4	Beurlaubungen aus familiären Gründen, Erziehungsurlaub	4
VII	Angestellter/Angestellte	1	1	Fraktionsdienst Landtag	-
VII/VIII	Angestellter/Angestellte	7	7	Erziehungsurlaub	6
4a	Arbeiter/Arbeiterin	1	1	Fraktionsdienst Landtag	1
Insgesamt		37	38		33

Zu Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresse-
und Informationsamtes -

Ansatz 1996: 3.595.000 DM
Ansatz 1995: 3.298.000 DM
Mehr: 297.000 DM

A) Allgemeines

1996 wird das erste volle Haushaltsjahr der neuen Legislaturperiode sein. Es ist zudem ein besonders wichtiges Jahr für Nordrhein-Westfalen: Das Land feiert sein fünfzigjähriges Bestehen. 1995, das Jahr der Erinnerung an Krieg und Verbrechen und an den Aufbau der Demokratie, hat vielen Menschen nachdrücklich gezeigt, wie bedeutsam der innere und äußere Friede, die Achtung der Menschenwürde und eine wehrhafte Demokratie für unser Gemeinwesen sind.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Staates kann und sollte gerade in der Spannung zwischen großen Problemen (Arbeitslosigkeit, Armut, Intoleranz, Gewaltbereitschaft, u.a.) und positiven Entwicklungen (Konjunktur, Wohlstand, mehr Bürgersinn, u.a.) ausgleichen, den gesellschaftlichen Konsens stärken und zum Nutzen des ganzen Landes Toleranz und die Vitalität unserer Demokratie fördern. Einen solchen Anspruch sollte sich das Land gerade im Jubiläumsjahr 1996 stellen; hier ist der Mittelausatz trotz der gegebenen Finanzlage aus diesem besonderen Anlaß begründet und ein sinnvoller Beitrag dazu, den erfolgreichen Strukturwandel in un-

serem Land fortzusetzen und den sozialen Frieden zu sichern.

Die auch 1996 bestehende schwierige Finanzlage aller öffentlichen Hände macht es nicht einfach, begründete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit angemessenen Mitteln auszustatten. Dennoch sollten sich Landesregierung und Haushaltsgesetzgeber dafür einsetzen, daß das in vielen Jahren beschriebene Bild unseres Landes auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht verblaßt oder Schaden nimmt. Richtig ist gerade auch in solchen Zeiten: Eine kontinuierliche und langfristige Öffentlichkeitsarbeit ist Voraussetzung für nachhaltigen Kommunikationserfolg, wichtig gerade, wenn es schwierig wird, politische Zusammenhänge mit Erfolg zu erklären.

Wichtige Ziele der Kommunikation sind 1996:

- Nordrhein-Westfalen hat aus langer Erfahrung mit dem Strukturwandel gelernt, sich nicht gegen den Strom der wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen, sondern ihn zu nutzen und in neue Bahnen zu lenken. So beeinflußt jeder Aufschwung auch unser Land positiv.
- Die wirklichen Bedeutungen und Gewichte der Wirtschaftszweige in NRW - oft abweichend von ihrer Beachtung in den Medien - und die Grundlagen und Vorzüge des Standorts Nordrhein-Westfalen müssen, stärker noch als bisher, in der ganzen Vielfalt und in gezielt eingesetzten Medien geschildert werden.

Es ist zum Nutzen des gesamten Landes, wenn die Stärken, Probleme und angenehmen Seiten des Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens in

- Gerade in Zeiten wie diesen ist es unerlässlich, den gesellschaftlichen Konsens in unserem Land zu stärken, das Landesbewußtsein und den Wert des friedlichen Zusammenlebens zu fördern. Der Zusammenhalt im Land ist eine stabile Größe für den sozialen Frieden und für die Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie gilt es, besonders in Zeiten großer Umbrüche, zu pflegen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landespresse- und Informationsamtes muß sich 1996 stärker noch als in den Vorjahren auf Wesentliches konzentrieren. Die Aktivitäten und Medien, der Presseservice und die Außendarstellungen richten sich sachlich, informativ, so bescheiden wie möglich und so gezielt wie möglich, nach dem unerlässlich Notwendigen, damit der Standort Nordrhein-Westfalen im öffentlichen Bild keinen Schaden nimmt und fair gesehen wird.

Die eingesetzten Medien (wie Dialog-Konferenzen, Außenwirtschaftstag, Journalistenreisen, allgemeine Information über das Land auch in Fremdsprachen, Messe-Beteiligungen) dienen den hier geschilderten Kommunikationszielen.

B) Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes:

Der verfügbare Finanzspielraum in dem seit 1990 jährlich "überrollten" Etat von 3,3 Millionen Mark ist wesentlich durch die im folgenden skizzierte Sachlage begrenzt:

- Die zwangsläufigen Sachausgaben (Zeitungsbezug, dpa-Dienste, Medien-Service, Verwertungsgesellschaft Wort, technische Kosten, Bildstelle, Papierkosten) liegen zur Zeit bei ca. 1,4 Millionen Mark. Angesichts überproportionaler Preissteigerungen hat sich der real verfügbare Rahmen in den zurückliegenden Jahren um rund 10 Prozent reduziert.

- Danach verbleiben für die klassische Öffentlichkeitsarbeit weniger als 2 Millionen Mark. Auch hier sind Preissteigerungen weit über denen des statistischen Durchschnitts festzustellen: etwa bei Löhnen und Papier in Druckereien, bei Dienstleistungen - wie z.B. Übersetzungen -, bei Flächenmiete und Messebau. Ein mehrjähriger konstanter Ansatz bedeutet hier eine Minderung des Ausgaberahmens um ca. 15 Prozent.

Folge: Das Landespresse- und Informationsamt muß mehr und mehr wichtige und eigentlich unerläßliche Dienstleistungen reduzieren; typische Beispiele hierfür sind:

- keine Messestände mehr auf der "boot", Europas größter Fachmesse und große internationale Besuchermesse - ein sehr bedeutender Platz für objektive Standortwerbung über NRW;

- keine Messebeteiligung auf der "Flander's Technology", der größten und wichtigsten europäischen Technologiemesse, ein bedeutsamer Platz im EU-Binnenmarkt, um die Angebote Nordrhein-Westfalens darzustellen;

gesellschaftlichen Konsenses im Sinne aller demokratischen Parteien aufzugreifen - etwa Anzeigen gegen Fremdenhaß oder ein Aufruf, das Wahlrecht wahrzunehmen, um unsere Demokratie zu stärken.

Die Kosten einer einzig landesweiten Tageszeitungsanzeige liegen bei 400.000 DM (1/3 Seite, schwarz/weiß) und würden aus dem Etat des Landespresse- und Informationsamtes nicht finanziert werden können.

- Unter den finanziellen Grenzen des Etats sind seit 1990 Einschränkungen in fast allen Bereichen erforderlich gewesen, auch bei Kooperationen mit unserem Partnerland Brandenburg und bei - durchaus sinnvollen und wirkungsvollen - Werbemitteln zur Förderung des Landesbewußtseins (z.B. Aufkleber).

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung beschränkt sich, wie in den Vorjahren, auf sachbezogene Standort-Werbung, Service-Informationen für Bürgerinnen und Bürger und Themen, die im Interesse des gesamten Landes liegen; dies wird in den Einzelerläuterungen deutlich.

Wegen der seit 1990 ständig gesunkenen Spielräume im Etat des Landespresse- und Informationsamtes, der stark gestiegenen zwangsläufigen Ausgaben und der erwähnten neuen Aufgaben ist eine Aufstockung des Ansatzes um knapp zehn Prozent auf rund 3,6 Mio. DM erforderlich und im folgenden erläutert. Mit dieser moderaten Anhebung nach fünfjähriger Plafondierung des Finanzrahmens wäre das reale Volumen des Jahres 1990 noch nicht einmal wieder erreicht.

I. Öffentlichkeitsarbeit

I.1. Ausstellungen (Inland) 400.000 DM

Die Informationsstände sollen in wichtigen Messen und Veranstaltungen - auch im EU-Bereich - eingesetzt werden. Die bisherigen Themen müssen aktualisiert werden; neue Themen kommen hinzu.

Mit den neuen Themen für Infostände werden schwerpunktmäßig verschiedene Fachveranstaltungen/Fachausstellungen/Kongresse bedient, u.a. auch in den neuen Bundesländern.

Ausstellungen (Ausland) 300.000 DM

Wie in den Vorjahren wird sich das Landespresse- und Informationsamt bei meinen Auslandsreisen, gemeinsam mit den deutschen Vertretern im Ausland und dem Besucherland, mit einer Präsentation "Wir in Nordrhein-Westfalen" (Land und Leute) in den jeweiligen Sprachen und thematischen Schwerpunkten beteiligen.

Informationsstände und Veranstaltungen 100.000 DM

Verstärkt soll über den Standort Nordrhein-Westfalen in seiner Vielfalt sachlich und objektiv bei geeigneten Anlässen und Veranstaltungen in nordrhein-westfälischen Gemeinden und Städten (Info-Stände, Beteiligung am Rahmenprogramm) informiert werden.

Hier sind Veröffentlichungen zu Schwerpunkten der Regierungsarbeit und, wie in den Vorjahren, mit ressortübergreifenden Themen, insbesondere bei Service-Broschüren, geplant. Besonderes Schwergewicht ist hier die Information über die industrielle Erneuerung in Nordrhein-Westfalen.

I.3. PR-Beiträge

5.000 DM

I.4. Pressekonferenzen, Journalistenbesuche, Pressefahrten

200.000 DM

Die bisher üblichen Veranstaltungen und Pressekonferenzen sind auch 1996 eingeplant. Mehrere Journalistenreisen, die dazu beitragen sollen, das Bild des Landes auch außerhalb Nordrhein-Westfalens realistisch und unvoreingenommen zu beschreiben, sind beabsichtigt.

I.5. Regierungserklärung und Umsetzung Regierungserklärung

595.000 DM

Umsetzung meiner Regierungserklärung vom 13.9.1995 z.B. durch Video-Film "Standort Nordrhein-Westfalen", Nachdruck Broschüre "Wir in Nordrhein-Westfalen" (Druck in Fremdsprachen), Service-Broschüren, usw.

I.6. Meinungsumfragen 400.000 DM

Geplant sind repräsentative Umfragen zur wissenschaftlichen Abstützung der Regierungsplanung, bei denen die gestiegenen Kosten im Ansatz berücksichtigt sind.

Summe I. 2.200.000 DM

II. Sachausgaben

II.1. Zeitungsbezug 280.000 DM

Das Landespresse- und Informationsamt bezieht zur Auswertung rund 400 Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste. Hinzu kommen ausländische Medien und Fachpublikationen, die sich aus politischen Vorgaben (z.B. außenwirtschaftliche Aktivitäten, Vertretung des Landes in der EU) herleiten. Der Ansatz folgt den überdurchschnittlichen Preissteigerungen.

II.2. Verwertungsgesellschaft "WORT" 270.000 DM

Der ausgewiesene Betrag ist aufgrund aktualisierter vertraglicher Forderungen der "VG Wort" für Pressespiegelvergütung und Nachdrucke bildlicher Darstellungen zu zahlen. Mehrkosten ergeben sich aus der Seitenzahl der "Presseschauen" und den stark gestiegenen Gebühren der "VG Wort".

Mit diesen Mitteln werden die Kosten für Nachrichten-Dienste, den Funkfernsehempfänger und die Telekopierer bestritten.

II.4. Herstellung von Informations-
diensten und Beschaffung
von Material 500.000 DM

Hierin enthalten sind die Kosten für die Beschaffung von Papier und Druck der Presse-
schauen und Informationsdienste. Besonders
beim Papier ist erfahrungsgemäß mit über-
durchschnittlichen Kostensteigerungen und
1996 mit zusätzlichen Abnehmern in Redaktio-
nen (z.B. Lokalfunk) zu rechnen.

II.5. Bildstelle 90.000 DM

Die veranschlagten Mittel berücksichtigen
die üblichen Preissteigerungen.

II.6. Investitionen, Reparaturen 55.000 DM

Für Ersatzbeschaffungen und Instandsetzung
der technischen Geräte und elektronischen
Medien, die einem hohen Verschleiß ausge-
setzt sind, sind diese Mittel erforderlich;
z.B. für Ersatz von Tonbandmaschinen, Video-
recordern, Mehrkanalton- und Videobändern.

II.7. Nutzung moderner Kommunikations-
Systeme für die Aufgaben des
Landespresse- und Informations-
amtes 40.000 DM

Neben den laufenden Kosten für die in Be-
trieb befindlichen Systeme sind hier Mittel
für einen Ersatz durch modernere Techniken
zur Kommunikation (z.B. Tonbandmaschinen,
Videorecorder, Mehrkanalton- und Videobän-
der, Digital-Satelliten- Rundfunkempfänger)
zur Verbesserung der Service-Leistungen des
Landespresse- und Informationsamtes veran-
schlagt.

Summe II. 1.395.000 DM

Summe I. 2.200.000 DM

Summe II. 1.395.000 DM

3.595.000 DM

"Öffentlichkeitsarbeit"

Nordrhein-Westfalen

Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
02/02010/531 10	3.300.000	3.300.000	3.143.000
Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)			
02/02010/531 30	0	290.000	756.000
Planung und Durchführung von NRW-Festen			

Staats- und Senatskanzleien der übrigen Bundesländer

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
<u>Baden-Württemberg</u>			
02/0202/531 02 Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (übertragbar)	1.050.000	1.340.000	957.500
<u>Bayern</u>			
02/0203/526 22 Erforschung der öffentlichen Meinung durch demoskopische Umfragen (übertragbar)	225.000	250.000	241.500
02/0203/531 21 Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung	3.755.000	4.190.000	3.437.500
02/0203/531 22 Informationsaufgaben der Staatskanzlei (Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden)	140.000	140.000	128.100
<u>Berlin</u>			
03/0300/531 01 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	142.000	142.000	217.000
03/0300/531 02 Berlin Informationen	6.150.000	6.788.000	7.056.000

Brandenburg

02/02010/531 10	28.800	32.000	36.000
-----------------	--------	--------	--------

Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation

02/02010/531 20	680.000	755.000	1.678.000
-----------------	---------	---------	-----------

Öffentlichkeitsarbeit

02/02010/531 30	200.000	200.000	128.000
-----------------	---------	---------	---------

Nachrichtenagenturdienste, Informationsdienste und Pressekorrespondenten

Bremen

00/0020/531 01	27.780	33.000	14.961,63
----------------	--------	--------	-----------

Kosten für Veröffentlichungen

00/0020/531 27	145.000	160.000	141.282,15
----------------	---------	---------	------------

Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle des Senats

00/0020/531 28	75.000	75.000	0
----------------	--------	--------	---

Repräsentativerhebungen

00/0020/531 74	1.163.900	1.337.620	1.718.084,27
----------------	-----------	-----------	--------------

Bremen-Werbung
(übertragbar)

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
<u>Hamburg</u>			
1/1100/531 01	500.000	572.000	676.000
Öffentlichkeitsarbeit des Senats (Übertragbar)	100.000 VE	100.000 VE	0
1/1100/534 01	110.000 VE	100.000 VE	284.000
Sozialwissenschaftliche Erhebungen (Übertragbar)			
<u>Hessen</u>			
02/0201/529 02	1.000.000	1.015.000	721.354
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Förderung des Informationswesens			
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>			
03/0301/531 01	500.000	500.000	553.100
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung			
<u>Niedersachsen</u>			
02/0201/531 01	160.000	160.000	379.000
Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Veröffentlichungen			
02/0201/531 03	1.500.000	1.608.600	1.242.000
dto. - Sonstige Kosten der Öffentlichkeits- arbeit -			
<u>Rheinland-Pfalz</u>			
02/0201/531 01	895.000	900.800	757.944
Presse und Information			

noch Rheinland-Pfalz

02/0201/531 11	180.000	330.000	159.279
----------------	---------	---------	---------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten zur Förderung des Informationswesens und für Aufgaben auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem Gebiet und dgl.

Saarland

02/0201/529 03	0	425.000	390.700
----------------	---	---------	---------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Informationsaufgaben
Die Mittel für Informationsausgaben sind ab Haushaltsjahr 1995 bei Titel 529 01 veranschlagt

Sachsen

02/0203/526 22	320.000	360.000	138.300
----------------	---------	---------	---------

Erforschung der öffentlichen Meinung durch demoskopische Umfragen

02/0203/531 01	1.600.000	1.600.000	1.520.300
----------------	-----------	-----------	-----------

Kosten für Bürgerinformationen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit

Sachsen-Anhalt

02/0201/531 01	72.000	110.000	76.000
----------------	--------	---------	--------

Veröffentlichungen

02/0201/531 03	330.000	540.000	439.000
----------------	---------	---------	---------

Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit

Land	Ansatz	Ansatz	Ist
Epl./K ap./Tit.	1995	1994	1993
Zweckbestimmung	DM	DM	DM
<hr/>			
<u>Schleswig-Holstein</u>			
3/0301/529 04	450.000	539.500	843.900
Zur Verfügung der Ministerpräsidentin für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung			
<u>Thüringen</u>			
02/0201/531 73	1.050.000	1.050.000	1.254.806
Veröffentlichungen			

Ansatz 1996:	3.000.000 DM
Ansatz 1995:	100.000 DM
Mehr:	2.900.000 DM

1986 gab es zum vierzigjährigen Landesjubiläum in der Landeshauptstadt das erste große Nordrhein-Westfalen-Fest mit über 13.500 aktiven, ehrenamtlichen Teilnehmern aus allen Teilen des Landes und über 1,3 Millionen Besuchern. Es war ein großes "Schaufenster des Landesbewußtseins", dessen Vielfalt und starke Ausstrahlung - auch über die Medien - viele vorher nicht erwartet hatten. Seither gibt es in jedem Jahr ein "kleines NRW-Fest" in wechselnden Regionen des Landes.

Das Nordrhein-Westfalen-Fest ist zu einer "Institution" geworden; es zeigt die große Vielfalt unseres Landes in nahezu allen Bereichen, es ist zur "Brücke" der Überwindung des Bindestrichs im Landesnamen geworden, zum Symbol für den Zusammenhalt, die Stärken, die Toleranz, die Zukunftschancen Nordrhein-Westfalens.

"Darsteller" auf Nordrhein-Westfalen-Festen sind nicht der Staat und/oder die Politik, sondern es sind die Menschen, die Vereine, die regionalen Verbände, Institutionen und Initiativen.

NRW-Feste sind keine herkömmlichen Volksfeste, die ausschließlich dem Vergnügen und den kulinarischen Genüssen dienen; NRW-Feste sind die Bühne, auf der sich Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Institutionen des Landes darstellen. Gerade in der gegenwärtigen Phase nach den ersten Jahren der deut-

schen Einheit, den wirtschaftlichen Herausforderungen, dem Europäischen Binnenmarkt und dem gewachsenen Selbstbewußtsein der Regionen in Europa, sollte ein so großes Land wie Nordrhein-Westfalen den inneren Zusammenhalt fördern, seine regionale Bedeutung in Europa und seine vielfältigen guten Beziehungen präsentieren und sich als größtes Land der Bundesrepublik, friedlich, modern und gastfreundlich darstellen.

1996 wird Nordrhein-Westfalen sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Trotz der finanziell schwierigen Lage des Landes bin ich für ein selbstbewußtes eigenes Landes-Konzept des Festes und damit auch für den Mitteleinsatz von drei Millionen DM. Planung und Realisierung werden Kooperationen, Beteiligungen und Präsentationen - besonders auch mit finanziellen Beiträgen Dritter - vorzeichnen und anstreben: z.B. Kulturpräsentationen europäischer Länder, Partnerstädte und Verbände; Kommunen, Landessportbund, Kommunalverband Ruhrgebiet, Internationale Bauausstellung Emscher Park, Medien, Stiftungen, Kulturinstitutionen des Landes, Freizeitverbände, Vereine, usw.. Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist zur Kooperation mit dem Land und zu großem Engagement bereit.

Erfolg und Ausstrahlung des NRW-Festes hängen entscheidend davon ab, daß das Land sich auch materiell so stark engagiert, daß es den inhaltlichen, organisatorischen und technischen Rahmen setzen kann.

Ansatz 1996: 2.000.000 DM

Ansatz 1995: 2.000.000 DM

Unabdingbare Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung werden zur Unterstreichung der Stellung und Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen auch im Jahre 1996 in erheblichem Umfang notwendig sein.

Die Landesregierung ist bemüht, im Interesse des Landes die bereits bestehenden Kontakte zum inner- und außereuropäischen Ausland zu pflegen und neue Verbindungen zu knüpfen. Ein angemessener Empfang ausländischer Delegationen und eine entsprechende Darstellung des Landes mit dem international üblichen repräsentativen Aufwand ist dazu erforderlich.

Binnenpolitische Veranstaltungen von herausragender Bedeutung bedingen insbesondere im Jubiläumsjahr angemessene und mit der Selbstdarstellung anderer Länder vergleichbare repräsentative Maßnahmen. Dies gilt für staatliche Ehrungen (Landesorden, Staatspreis etc.), als auch für die Würdigung besonderer politischer Ereignisse und aus Anlaß von Tagungen und Kongressen.

Auf der Grundlage von Erfahrungswerten der letzten Jahre sind folgende Maßnahmen geplant:

1.	<u>Ständige Veranstaltungen</u>	
	- Arbeitnehmerempfang	60.000 DM
	- Rettungsmedaille	10.000 DM
	- Förderpreis für junge Künstler	100.000 DM
	- Verleihung Landesorden (zweimal)	80.000 DM
	- Verleihung Staatspreis	20.000 DM
	- Sportplakette	40.000 DM
	- Adventskonzert	40.000 DM
	- Konzert im Schloß Brühl	<u>80.000 DM</u>
		430.000 DM
2.	<u>Geplante Veranstaltungen</u>	
	- Repräsentative Veranstaltungen	220.000 DM
	- Veranstaltungen für das Konsularkorps	<u>80.000 DM</u>
		300.000 DM
3.	<u>Ausländische Besuche und Reisen ins Ausland</u>	
	- ca. 20 eingehende unterschiedlicher Größenordnung	300.000 DM
	- ca. 4 ausgehende unterschiedlicher Größenordnung	<u>300.000 DM</u>
		600.000 DM
4.	Empfänge und sonstige Veranstaltungen der Landesregierung, die unabweisbar sind	400.000 DM

Erinnerungsgeschenke,
Ersatzbeschaffungen,
Ausrüstung für protokolla-
rische Zwecke einschließlich
Reparaturen
insgesamt

270.000 DM

2.000.000 DM

Ländervergleich
"Verfügungs- und Repräsentationsfonds"

Nordrhein-Westfalen

Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
02/02010/529 10 Zur Verfügung des MP für allgemeine Zwecke	305.000	305.000	294.000
02/02010/529 20 Zur Verfügung des Chefs der Staatskanzlei	30.000 (1996: 3.000 DM)	30.000	22.000
02/02010/529 40 Zur Verfügung des MP für Aufgaben auf kulturellem Gebiet	200.000	200.000	170.000
02/02010/541 10 Zur Erfüllung von Repräsentations- verpflichtungen der Landesregierung	2.000.000	2.000.000	2.585.000

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
Baden-Württemberg			
02/0201/529 01	50.000	49.600	47.600
Zur Verfügung des MP für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			
02/0202/541 02	1.850.000	1.949.000	1.715.000
Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung (Ersätze fließen den Mitteln zu)			
Bayern			
02/0201/529 01	142.000*	142.500*	82.100*
Zur Verfügung des MP für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			
* Hiervon sind 7.500 DM zur Verfügung des Vertreters des Ministerpräsidenten bestimmt			
02/0201/529 03	30.000	30.000	22.700
Zur Verfügung des Leiters der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
<u>Noch Bayern</u>			
02/0203/535 01 Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung	4.880.000	4.990.000	4.309.000
02/0203/535 02 Neuaufgabe des "Bayernbuches" und der "Bayern-Schallplattenkassette" (Repräsentationsgeschenke) (übertragbar)	0	85.000	76.900
02/0203/535 03 Aufwendungen aus Anlaß von Besuchen ausl. Staatsoberhäupter und Regierungschefs	600.000	600.000	536.300
<u>Berlin</u>			
03/0300/529 05 Repräsentation	20.000	20.000	23.000
03/0300/531 03 Empfänge, Feierlichkeiten (aller Senatsverwaltungen)	5.450.000	6.000.000	5.493.000
<u>Brandenburg</u>			
02/02010/529 10 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten	50.000	50.000	45.000
02/02010/529 20 Zur Verfügung des Chefs der Staatskanzlei	5.000	5.000	4.900
02/02010/533 10 Kosten für Repräsentation	600.000	600.000	512.000
<u>Bremen</u>			
02/0020/529 12 Zur Verfügung des Senats	561.560	664.560	635.113,12

Noch Bremen

02/0020/529 14	1.080	1.080	0
Zur Verfügung des Büros Bremen-Werb.			
02/0020/529 15	5.360	5.360	3.923,30
Zur Verfügung der Pressestelle des Senats			

Hamburg

1/1100/529 01	1.338.000	1.488.000	1.637.000
Verfüungsmittel des Senats			
1/1100/529 02	25.000	25.000	21.000
Verfüungsmittel des Präsidenten des Senats			

Hessen

02/0201/529 01	52.800	52.000	34.685
Verfüungsmittel			
17/1702/545 01	1.120.000	1.120.000	1.142.136
Veranstaltungen der Landesregierung			

Mecklenburg-Vorpommern

03/0301/529 01	20.000	20.000	30.000
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten			
03/0301/529 05	145.000	130.000	128.800
Repräsentationsaufwendungen und Delegationsbetreuungen			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
<u>Niedersachsen</u>			
02/0201/529 01	85.000	85.000	64.000
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin und des Ministers oder der Ministerin			
<u>Rheinland-Pfalz</u>			
02/0201/529 01	160.000*	215.000*	146.117*
Verfüungsmittel * davon 15.000 DM für den Chef der Staatskanzlei			
02/0202/533 11	800.000	800.000	753.886
Ausgaben für Veranstaltungen			
02/0202/534 01	350.000	350.000	347.356
Aufwendungen für die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages			
<u>Saarland</u>			
02/0201/529 01	670.000	25.000	23.600
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Mittel zu Titel 529 02 und 529 03 sind ab Haushaltsjahr 1995 bei Titel 529 01 veranschlagt			
02/0201/529 02	0	220.000	162.200
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für soziale, kulturelle und wirtschaftliche An- gelegenheiten einschließlich der Gewährung von Ehrengaben, Ehrengeschenken an Vereine, Verbände, Organisationen usw.			
02/0201/533 01	185.000	185.000	176.900
Aufwendungen für Konferenzen, Informationstagungen und <u>Empfänge</u>			

Sachsen

02/0201/529 03	55.000	55.000	26.400
----------------	--------	--------	--------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen

02/0201/529 04	12.000	12.000	9.100
----------------	--------	--------	-------

Zur Verfügung des Leiters der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen

02/0203/536 02	900.000	1.000.000	344.600
----------------	---------	-----------	---------

Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Staatsregierung

02/0203/536 03	300.000	400.000	51.100
----------------	---------	---------	--------

Aufwendungen aus Anlaß von Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter und Regierungschefs sowie deren Stellvertreter

Sachsen-Anhalt

02/0201/529 01	50.000	50.000	29.000
----------------	--------	--------	--------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten

02/0201/529 02	400.000	509.000	432.000
----------------	---------	---------	---------

Zur Verfügung der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand

02/0201/529 03	2.000	0	0
----------------	-------	---	---

Zur Verfügung des Chefs der Staatskanzlei

Schleswig-Holstein

03/0301/529 01	420.000	370.000	377.400
----------------	---------	---------	---------

Zur Verfügung der Ministerpräsidentin

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 1995 DM	Ansatz 1994 DM	Ist 1993 DM
<u>noch Schleswig-Holstein</u>			
03/0301/529 02 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für die Kontaktpflege mit jüdischen Mitbürgern	0	5.000	4.500
03/0301/529 03 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für die Beteiligung des Landes an den Veran- staltungen der Kieler Woche	165.000	170.000	171.000
03/0301/529 06 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für auswärtige Beziehungen und Partnerschaften 30.000 DM übertragen nach Titel 529 01	0	120.000	73.700
03/0301/534 01 Aufwendungen für Veranstaltungen im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tages	0	150.000	0
<u>Thüringen</u>			
02/0201/529 01 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten	40.000	40.000	39.352
02/0201/529 11 Zur Verfügung des Staatssekretärs	5.000	5.000	4.472
02/0201/546 01 Ausgaben für Protokollaufgaben	465.000	405.000	561.906
02/0203/529 01 Zur Verfügung der Ministerin	10.000	10.000	9.340

Ansatz 1996:	100.000 DM
Ansatz 1995:	750.000 DM
Weniger:	650.000 DM

Nach dem Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder wird der "Tag der Deutschen Einheit" jährlich in der Hauptstadt des Landes gefeiert, das den Präsidenten des Bundesrates stellt. Alle 16 Länder sind aufgefordert, sich an der Gestaltung und durch Entsendung von Bürgerdelegationen zu beteiligen.

1996 beteiligt sich Nordrhein-Westfalen an der Veranstaltung in München.

1.3 Ausgaben für Investitionen

Zu Titel 712 00 - Grundinstandsetzung des Landes- hauses -

Ansatz 1996:	1.900.000 DM
Ansatz 1995:	0 DM
Mehr:	1.900.000 DM

Voraussichtlich zum 01.05.1996 wird das Dienstgebäude Horionplatz 1 (Landeshaus) durch die Staatskanzlei übernommen. Die Ausgaben für die nutzerneutrale Grundinstandsetzung des Landeshauses sind somit im Einzelplan 02 zu veranschlagen.

Bezüglich der erforderlichen Bau- und Sanierungsarbeiten ist unter anderem die Fortsetzung der begonnenen Arbeiten zur Erneuerung der Stromversorgung und der Grundsanierung sicherzustellen.

Die Staatliche Bauverwaltung hat hierzu eine HU-Bau erstellt, die mit Gesamtkosten in Höhe von 12,2 Millionen DM abschließt. Hiervon waren bisher im Einzelplan 07 Kapitel 07 010 Titel 714 00 2,3 Millionen DM für die Erneuerung der Stromversorgung etatisiert. Diese Teilmaßnahme ist planmäßig durchgeführt und abgeschlossen worden.

Die für die Jahre 1996 bis 1998 weiterhin erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Millionen DM sind im Einzelplan 02 veranschlagt (Baransatz: 1,9 Millionen DM, Verpflichtungsermächtigung: 8 Millionen DM).

Die Terminierung des Baubeginns 1996 ist für den Ablauf der gesamten Baumaßnahme von immenser Bedeutung. Die geplante Sanierung im laufenden

satzlichen Ressourcen (z. B. durch die Anmietung von Organisationseinheiten in anzumietende Räume, verlängerte Bauzeit über mehrere Jahre bei unvermeidbarer Belastung durch Lärm und Staub).

Beim Auszug des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales ergibt sich die Möglichkeit, ausreichend große Gebäudeteile freizuziehen und durch Trennwände zu separieren. Nur hierdurch sind optimale Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, die Maßnahme in drei Jahren durchzuführen.

Zu Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs-
und Ausrüstungsgegenständen -

Ansatz 1996:	220.000 DM
Ansatz 1995:	90.000 DM
Mehr:	130.000 DM

Erstausrüstung der Hausdienste/Werkstätten

(80.000 DM)

Voraussichtlich zum 01.05.1996 wird das Dienstgebäude Horionplatz 1 (Landeshaus) durch die Staatskanzlei übernommen. Da der bisherige Nutzer dieses Dienstgebäudes, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die vorhandene Ausstattung der Hausdienste/Werkstätten in sein neues Dienstgebäude mitnimmt, ist es erforderlich, eine Grundausstattung der Werkstätten für Schreiner, Schlosser und Elektriker zu beschaffen. Weiterhin müssen Hubanlagen, Leitern sowie ein Gabelstapler für Lager und Lagerarbeiten beschafft werden. Für die Außenarbeiten ist es notwendig, eine Kehrmachine zu beschaffen. Die Beschaffungen werden sich auf das unbedingt Notwendige beschränken.

**Ersatzbeschaffung eines Geschirrspülautomaten für
die Kantine**

(100.000 DM)

Der z.Zt. in der Kantine des MAGS eingesetzte Geschirrspülautomat wurde 1981 beschafft. Durch den langjährigen Gebrauch treten immer häufiger technische Störungen auf, die oftmals zu einem längeren Ausfall der Maschine führen.

Beim augenblicklichen Zustand des Spülautomaten werden Geschirr, Besteck und Tablettts nicht mehr hygienisch einwandfrei gespült und getrocknet.

schine (Wartungs-
Hausverwaltung) ist die Spülleistung nicht mehr
ausreichend und führt immer häufiger zu Beanstan-
dungen.

Eine Generalüberholung steht in keinem wirtschaft-
lichen Verhältnis zum Neupreis der vorhandenen
Maschine; eine Ersatzbeschaffung ist daher dringend
erforderlich.

Im übrigen ist der z.Z. eingesetzte Geschirr-
spülautomat wegen seines hohen Strom- und Wasser-
verbrauchs unwirtschaftlich.

Neue Automaten sind bezüglich der Verbrauchskosten
wesentlich günstiger und entsprechen aufgrund der
technischen Entwicklung umweltfreundlichen Maßstä-
ben.

Zeiterfassungsanlage

(40.000 DM)

Nach den derzeitigen Abstimmungen mit dem Perso-
nalrat beim Ministerpräsidenten kann davon ausge-
gangen werden, daß auch in der Staatskanzlei im
Jahre 1996 die Gleitzeit eingeführt wird.

Zur Zeiterfassung sind insgesamt 4 Terminals, ent-
sprechende Software und 1 PC-Arbeitsplatz erfor-
derlich.

Die veranschlagten Mittel orientieren sich an den
entsprechenden Ausgaben der Ministerien für Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten, Wirtschaft und
Mittelstand, Technologie und Verkehr, die in den
letzten Jahren ebenfalls die Gleitzeit eingeführt
haben.

1.4 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung
und zur Gewinnung von Planungs-
und Entscheidungshilfen -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 1996: 277.000 DM

Ansatz 1995: 287.000 DM

Weniger: 10.000 DM

Zu Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wis-
senschaftliche Sachverständige
und Honorarkräfte -

Ansatz 1996: 195.000 DM

Ansatz 1995: 195.000 DM

und

zu Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und For-
schungsaufträge -

Ansatz 1996: 80.000 DM

Ansatz 1995: 80.000 DM

Aus den Mitteln des Titels 427 60 werden Wissen-
schaftlerinnen und Wissenschaftler bezahlt, die
zeitweilig an der Planung und Diskussion der Re-
gierungstätigkeit mitwirken. Die dabei gewonnenen
Erkenntnisse dienen unmittelbar meiner Information
und Entscheidungsfindung und der des Chefs der
Staatskanzlei zu wechselnden, aktuellen Themen

Zeit besteht ein Vertrag bis September 1996.

Aus den Mitteln des Titels 526 60/ werden Gutachten finanziert, die zu aktuellen politischen Fragen Planungs- und Entscheidungshilfen liefern. Sie sind ein flexibles Instrument, um kurzfristig auf neue Problemstellungen reagieren zu können. Es liegt in der Natur dieses Haushaltstitels, daß er sich nicht detailliert im voraus festlegen läßt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es deshalb nicht möglich, Angaben darüber zu machen, welche "Gutachten und Forschungsaufträge" im Jahr 1996 vergeben werden sollen.

Ein Grundstock an Mitteln muß zur Verfügung stehen, um auf aktuelle Problemstellungen flexibel reagieren zu können und zu deren Analyse und Aufbereitung qualifizierte Sachverständige auch außerhalb der Landesregierung in Anspruch nehmen zu können.

Beispiele dafür sind:

- demographische Entwicklung,
- Ökologisierung der Produktion,
- zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft,
- Rechtsextremismus.

Die Landespolitik muß sich kontinuierlich auf stark veränderte Bedingungen einstellen und ist mit ungewissen Zukunftsentwicklungen konfrontiert. Gerade am Beginn einer neuen Legislaturperiode (Regierungsprogramm, Arbeitsprogramm der Landesregierung) besteht die Notwendigkeit, mit Hilfe von wissenschaftlichen Sachverständigen und Honorarkräften sowie mit Hilfe von Gutachten und For-

schungsaufträgen Planungs- und Entscheidungshilfen zu gewinnen.

Der kurzfristige flexible Zugriff auf den aktuellen Erkenntnis- und Erfahrungsstand von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dient dazu, Vorhaben der Landesregierung wissenschaftlich zu begleiten und Neuentwicklungen schnell für Regierungsplanung und Arbeitsprogramme der Landesregierung zu berücksichtigen.

Dazu zählen:

1. die Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur gezielten, zeitweiligen Mitarbeit an der Planungsdiskussion zukünftiger Regierungstätigkeit,
2. zeitweilige externe Zu- und Mitarbeit in Kommissionen der Landesregierung oder zu besonderen Anlässen,
3. die Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen,
4. Erwerb sonst nicht erhältlicher Gutachten, die zum Kauf angeboten werden, für andere Auftraggeber gefertigt wurden oder die Umsetzung vorhandener Expertisen aus dem Bund oder anderen Ländern auf Nordrhein-Westfalen.

Ansatz 1996:	0 DM
Ansatz 1995:	10.000 DM
Weniger:	10.000 DM

Sofern es erforderlich sein wird, Untersuchungsberichte zu veröffentlichen, können entsprechende Ausgaben im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Titelgruppe geleistet werden.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

1. Einnahmen

Zu Titel 251 00 - Zuweisung des Bundes im Rahmen
der Finanzierung des Akademien-
programms -

Ansatz 1996:	1.933.300 DM
Ansatz 1995:	1.781.100 DM
Mehr:	152.200 DM

1. Bund und Länder haben am 28. November 1975 eine Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG geschlossen. Für die Finanzierung der Akademienvorhaben - die jeweils unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch ihre gesetzgebenden Körperschaften steht - ist zwischen Bund und Ländern ein Schlüssel von 50 : 50 vertraglich festgelegt (Artikel 6 Abs. 1 Nr. 6 der Vereinbarung).
2. Zur Ausführung der oben genannten Rahmenvereinbarung "Forschungsförderung" sind zwischen Bund und Ländern verschiedene Ausführungsvereinbarungen getroffen worden, u.a. die hier maßgebliche "Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung eines von der Konferenz der Akademien der Wissenschaften koordinierten Programms (Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm)" vom 12. Dezember 1978 / 19. Oktober 1979. Danach fördern Bund und Länder gemeinsam

3. Gemäß § 3 Abs. 4 der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm stellt jedes Sitzland seiner Akademie den für die gemeinsam geförderten Vorhaben erforderlichen Finanzbedarf zur Verfügung (siehe Kapitel 02 020 Titel 685 10 - Zuschuß an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften -).

2. Ausgaben

2.1 Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu Titel 526 00 - Ausgaben des Landes für die Kom-
mission zur Ermittlung des Fi-
nanzbedarfs der Rundfunkanstalten
(KEF) -

Ansatz 1996:	150.000 DM
Ansatz 1995:	50.000 DM
Mehr:	100.000 DM

Die Geschäftsführung der KEF obliegt der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz. Die Kosten der KEF (Honorare und Reisekosten für Sachverständige sowie Kosten für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) werden auf die Länder nach dem durch den Beitritt der neuen Länder modifizierten "Königsteiner Schlüssel" umgelegt. Es ist damit zu rechnen, daß dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 1996 Aufwendungen für die KEF in Höhe von ca. 150.000 DM entstehen werden.

Da nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Februar 1994 der KEF keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzleien mehr angehören dürfen, ist mit der Konstitution des neuen Sachverständigenremiums 1995 vor allem der Anteil der Reisekosten und Honorare für externe Gutachter gestiegen.

Zu Titel 685 10 - Zuschuß an die Nordrhein-
Westfälische Akademie der Wissen-
schaften -

Ansatz 1996: 5.021.900 DM
Ansatz 1995: 4.929.700 DM
Mehr: 92.200 DM

1. Die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften wird aufgrund des Gesetzes über die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften vom 16. Juli 1969 (GV NW S. 531), zuletzt geändert durch Art. VII des Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 6. Juli 1993 (GV NW Nr. 43), tätig. Ihre Aufgaben sind in § 2 dieses Gesetzes im einzelnen beschrieben.
2. Gemäß § 26 Abs. 3 LHO ist in die Erläuterungen zu Titel 685 10 eine Übersicht über ihre Einnahmen und Ausgaben aufgenommen. Der Haushaltsplanentwurf 1996 der Akademie ist als Anlage 1 beigelegt.

Gemäß den Beschlüssen beider Klassen der Akademie wurden folgende Vorhaben erneut bei den Titelgruppen 65 und 66 ausgebracht:

- "Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert",
- "Historia Augusta Forschung",
- "Edition von Celans Werken",
- "Die Vermittlerrolle Irans im hellenistischen Synkretismus",

- "Edition liturgischer Sprachdenkmäler: der Kiever Rus', 12. - 13. Jahrhundert" sowie
- "Diskrete Mathematik und Anwendungen".

Das Kuratorium der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften hat unter meinem Vorsitz in seiner Sitzung am 20. November 1990 die Aufnahme dieser Vorhaben in das längerfristige Arbeitsprogramm der Akademie ausdrücklich befürwortet.

Diese Projekte wurden als Neuvorhaben für das Akademienprogramm des Bundes und der Länder angemeldet. Der Entwurf des Akademiehaushalts sieht einen Haushaltsansatz nur für das Vorhaben "Diskrete Mathematik und Anwendungen" (429.000 DM) vor.

Dies ist im Hinblick auf die offene finanzielle Beteiligung durch den Bund so entschieden worden. Durch die Aufnahme der Neuvorhaben mit einem Nullansatz bzw. die Ausstattung eines Projektes mit einem Haushaltsansatz, der bis auf weiteres vollständig vom Land finanziert wird, soll dargestellt werden, daß das Land inhaltlich die Vorhaben billigt. Im Falle entsprechender Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission müßte die Akademie hinsichtlich der mit Nullansätzen versehenen Vorhaben eine Finanzierung im Rahmen des Vollzuges ihres Haushaltsplans (gegenseitige Deckungsfähigkeit im Projekthaushalt) sicherstellen oder das Land seinen Anteil zusätzlich aufbringen (§§ 37, 8 LHO).

um 92.200 DM. Dieser Betrag errechnet sich wie folgt:

	<u>DM</u>
I. <u>Stammhaushalt</u>	
Wegfall der globalen Minderausgaben	+ 18.900
II. <u>Projekthaushalt</u>	
Erhöhung der Personal- ausgaben	+ 72.500
Verminderung der sächlichen Verwaltungsausgaben	- 1.700
Erhöhung der globalen Minderausgaben	- 1.500
III. <u>Verminderung der Eigenmittel der Zuwendungsempfängerin und Mittel nichtöffentlicher Stellen</u>	+ 4.000
IV. <u>Summe</u>	+ 92.200 DM

4. Die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften erhält die Landeszuwendung zur institutionellen Förderung auf der Grundlage eines Zuwendungsvertrages, der mit einjähriger Frist zum Jahresende gekündigt werden kann.

Nach dem Zuwendungsvertrag ist das Land verpflichtet, der Akademie das Personal (Bedienstete der Staatskanzlei) zur Durchführung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des Landeshaushaltsplans unter Zugrundelegung der im Stellenplan des Ministerpräsidenten/Staatskanzlei dafür ausgebrachten Stellen zur Verfügung zu stellen; die Akademie hat daher kein eigenes Personal. Die im Jahre 1996 dafür vorgesehenen Stellen sind in den Erläuterungen zu Titel 685 10 aufgeführt.

Ansatz 1996:	420.000 DM
Ansatz 1995:	370.000 DM
Mehr:	50.000 DM

In der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. März 1993 haben die Regierungschefs der Länder beschlossen, daß sich die Länder an den Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz mit einem Betrag von insgesamt 10 Mio. DM, verteilt auf die Jahre 1994 bis 1999 beteiligen. Die Aufteilung des Gesamtbetrages auf die Länder erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel. Der veranschlagte Betrag entspricht dem geschätzten Finanzierungsanteil des Landes an den Sanierungsmaßnahmen. Da die einzelnen Maßnahmen nur nach und nach verabredet werden können, sind die Mittel der Länder 1994 und 1995 nicht in der erwarteten Höhe abgeflossen. In den Jahre 1996 bis 1999 ist deshalb mit höheren Finanzierungsbeiträgen der Länder zu rechnen.

2.3 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 70 - Landesentwicklungsbericht -

Zu Titel 531 70 - Kosten der Veröffentlichung des Landesentwicklungsberichts -

Ansatz 1996	55.000 DM
Ansatz 1995	0 DM
Mehr:	55.000 DM

Nach § 39 Landesplanungsgesetz berichtet die Landesregierung dem Landtag in jeder Legislaturperiode über die zurückliegende und die künftig zu erwartende Entwicklung des Landes sowie über Schwerpunkte von Maßnahmen und Planungen, die sie zur Gestaltung und Entwicklung des Landes ergriffen und eingeleitet hat.

Ein Bericht ist im Haushaltsjahr 1996 vorzulegen. Der Ansatz von 55.000 DM geht von den Ausgaben für den Landesentwicklungsbericht: "Der Stand der Dinge: Initiativen und Projekte in der ersten Hälfte der 90er Jahre" von Dezember 1994 aus und berücksichtigt eine übliche Preissteigerungsrate innerhalb von zwei Jahren.

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 1996: 3.920.000 DM

Ansatz 1995: 3.640.000 DM

Mehr: 280.000 DM

Die Landesregierung will trotz der angespannten Haushaltslage ihr Bemühen fortsetzen und verstärken, Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens ihre Mitverantwortung für eine globale Zukunftssicherung gerade auch mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens zu vermitteln.

Grundlage sind die am 4. Mai 1993 von der Landesregierung beschlossenen "Leitlinien zur Entwicklungspolitik", die aufgrund parlamentarischer Diskussionen in der 11. Legislaturperiode und künftiger Erweiterungen der entwicklungspolitischen Aktivitäten fortgeschrieben werden.

Ziele und Schwerpunkte der Entwicklungspolitik des Landes werden neben der Beteiligung an den Maßnahmen des Bundes (Stipendiatenausbildung, Bereitstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen, Freistellung von Experten) und der Förderung von Projekten im Ausland vor allem die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und die Erweiterung und Intensivierung des Dialogs mit allen für eine zukunftsfähige Entwicklung verantwortlichen gesellschaftlichen Kräften sein.

Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen dazu über die bisherigen Maßnahmen hinaus durch die Einrichtung eines Eine-Welt-Beirates und durch den stufenweisen Aufbau eines Netzwerkes von Eine-Welt-Promotoren und -Promotorinnen verstärken. Die Promotorinnen und Promotoren sollen kompetent und pro-

fessionell die vor allem durch ehrenamtliches Engagement getragenen Initiativen bei der Informations- und Bildungsarbeit zur Förderung des Eine-Welt-Gedankens unterstützen und dazu beitragen, Menschen im Dialog zusammenzuführen, die bislang nicht gesprächsbereit waren. Für die Förderung der Eine-Welt-Promotoren und -Promotorinnen ist ein Ansatz von 1 Mio. DM für die erste Aufbaustufe veranschlagt.

Ansatz 1996 0 DM

Ansatz 1995 0 DM

und

zu Titel 526 71 -- Kosten für Gutachten -

Ansatz 1996 0 DM

Ansatz 1995 0 DM

Um spezifische Fragestellungen im Zusammenhang mit den entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes bearbeiten zu lassen und vorhandene Erkenntnisse für ihre Verwendung aufbereiten zu können, ist die Hilfe von externen Sachverständigen und von Honorarkräften erforderlich, die in jeweils zu definierenden Projekten ihr spezielles Know-how einbringen. Hierunter fallen auch Ausgaben für die vom noch einzurichtenden Eine-Welt-Beirat hinzugezogenen Experten, die zu speziellen Fragen der Entwicklungspolitik befragt werden.

Zu Titel 429 71 - Aufwendungen für den Nord-Süd-Beauftragten -

Ansatz 1996 120.000 DM
Ansatz 1995 120.000 DM

und

Zu Titel 547 71 - Sächliche Verwaltungsausgaben des Nord-Süd-Beauftragten -

Ansatz 1996 2.000 DM
Ansatz 1995 10.000 DM
Weniger 8.000 DM

Ich habe Herrn Oberkirchenrat a. D. Jürgen Schroer als Nord-Süd-Beauftragten berufen.

Folgende Aufgaben sind dem Nord-Süd-Beauftragten übertragen worden:

- Mitwirkung bei der Propagierung intensiverer Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit, entsprechend den vom Kabinett am 4. Mai 1993 beschlossenen "Leitlinien der Entwicklungspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen"
- Beratung der Landesregierung bei Entwicklungsprojekten
- Mitwirkung an Ausarbeitung und Durchführung der Migrationspolitik
- Mitwirkung bei humanitärer Auslandshilfe (neben Nord-Süd-Vorhaben insbesondere Ost- und Südosteuropa)

- Mittelmeerland
- Mitarbeit in der Stiftung "Entwicklung und Frieden"
 - Mitwirkung bei Bewußtseinsbildung in NRW, insbesondere bei den Eine-Welt-Gruppen (Vorträge, Ausstellungseröffnungen, Beratung)
 - Vorträge/Teilnahme an Veranstaltungen zum Thema "Nord-Süd-Konflikt" (Tag der Menschenrechte, Welt-ernährungstag usw.)
 - Mitwirkung bei Gestaltung des von mir herausgegebenen Info-Dienstes "Forum Eine Welt"
 - Verbindung zu gesellschaftlichen und anderen Institutionen, die sich mit der Bewältigung des Nord-Süd-Konflikts beschäftigen (Landtag, Kirchen, Senior-Expertendienst usw.).

Der Nord-Süd-Beauftragte wird den Vorsitz des Eine-Welt-Beirates übernehmen, zu dem ich Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft, von Umwelt- und Entwicklungsinitiativen sowie Repräsentanten anderer gesellschaftlich relevanter Organisationen einladen werde. Der Beirat sich Fragen der "nachhaltigen Entwicklung" zuwenden. Ich erhoffe mir von diesem Beirat eine qualifizierte Beratung, wie der globale Anspruch "nachhaltigen Wirtschaftens" unter den sozio-ökonomischen und Umwelt-Bedingungen unseres Landes verantwortlich erfüllt werden kann.

Zu Titel 531 71 - Informationsdienst "Forum

Eine Welt" -

Ansatz 1996	160.000 DM
Ansatz 1995	200.000 DM
Weniger	40.000 DM

Mit diesen Mitteln werden vor allem die Herausgabe und die kostenlose Verteilung der vierteljährlich in einer Auflage von derzeit 17.000 Exemplaren erscheinenden Zeitung "Forum Eine Welt" finanziert. Der seit 1985 herausgegebene "Informationsdienst Dritte Welt in Nordrhein-Westfalen" hat den Informations- und Erfahrungsaustausch der in der Entwicklungspolitik engagierten Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens ermöglicht und gefördert.

Im Zusammenhang mit den am 4. Mai 1993 von der Landesregierung beschlossenen "Leitlinien zur Entwicklungspolitik" sind auch Inhalt und Konzeption des Informationsdienstes fortentwickelt worden.

Auch bei der neu konzipierten Zeitung "Forum Eine Welt" ist die Funktion als Informationsbörse erhalten geblieben. Stärker als vorher werden jedoch auch Hintergrundinformationen angeboten und grundsätzliche Themen der Nord-Süd-Verflechtung behandelt. Die Auflagenerhöhung von 15.000 auf 17.000 Exemplare pro Quartal war wegen der großen Nachfrage notwendig geworden und zeigt, daß die neue Konzeption den Erwartungen der entwicklungspolitisch interessierten Leserinnen und Leser gerecht wurde.

Der Informationsdienst "Forum Eine Welt" soll offen sein für kritische Diskussionen zu Nord-Süd-Fragen und kann zukünftig die Arbeit des Eine-Welt-Beirates einer breiten Öffentlichkeit vermitteln.

entweder der Umfang der vierteljährlichen Ausgaben
reduziert oder eine Beschränkung auf 3 statt 4 Aus-
gaben pro Jahr bevorzugt werden soll.

Zu Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger
Menschen in den Entwicklungslän-
dern - Konkreter Friedensdienst -

Ansatz 1996	528.000 DM
Ansatz 1995	660.000 DM
Weniger	132.000 DM

Das Programm "Konkreter Friedensdienst" wird weiterhin positiv aufgenommen. Die Bereitschaft junger Menschen aus Nordrhein-Westfalen, sich aktiv in Projekten vor Ort für Menschen in Entwicklungsländern einzusetzen, ist nach wie vor stark ausgeprägt. Die Zusammenarbeit mit der Carl Duisberg Gesellschaft, die das Programm seit Beginn durchführt, soll auch im Umfang des reduzierten Haushaltsansatzes fortgeführt werden.

Die Teilnehmer an diesem Programm machen wertvolle eigene Erfahrungen und tragen nach Ihrer Rückkehr dazu bei, das Bewußtsein der Menschen in Nordrhein-Westfalen für Probleme des Südens und für die eigene Mitverantwortung zu wecken. Dazu tragen auch die jährlichen Wochenendseminare bei, bei denen mit zurückgekehrten Gruppen Erfahrungen ausgetauscht und weitere Kontakte vermittelt werden.

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die seit Jahren in Nordrhein-Westfalen leben, können ebenfalls an dem Programm teilnehmen.

Arbeits- und Zuschüsse zum
Aufbau eines Netzes von "Eine-
Welt-Promotorinnen und -Promo-
toren" -

Ansatz 1996 1.280.000 DM
Ansatz 1995 350.000 DM
Mehr 930.000 DM

Zu: Zuschüsse zur "entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit"

Das Programm "Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit" soll wie bisher von der Carl Duisberg Gesellschaft abgewickelt werden. Diese erhält dafür einen Verwaltungskostenanteil in Höhe von 15 % der verfügbaren Programmmittel. Vom Gesamtansatz entfallen 280.000 DM (1995: 350.000 DM) auf dieses Programm.

Mit den Zuschüssen aus diesem Programm werden Aktivitäten und Maßnahmen einer Vielzahl von Initiativen und Organisationen gefördert, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Bewußtsein ihrer Mitmenschen in Nordrhein-Westfalen auf die Situation der Länder des Südens zu richten. Mit ihrem großen Engagement und ihrer in teilweise über lange Jahre intensiver ehrenamtlicher Tätigkeit erworbenen Kompetenz tragen sie darüber hinaus zunehmend dazu bei, Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes im Hinblick auf das Nord-Süd-Verhältnis die Zusammenhänge zwischen Produktions- und Konsumverhalten und einer nachhaltigen globalen Entwicklung zu vermitteln.

Darüber hinaus wird der Zusammenschluß lokaler und regionaler Dritte-Welt-Zentren in der "Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren und Koordinierungsstellen e. V." (LAG 3W), Münster, gefördert. In diesem gemeinnützigen Verein arbeiten derzeit 20 Zentren zusammen, die wiederum landesweit etwa 200 Initiativen repräsentieren.

Zu: Zuschüsse zum Aufbau eines Netzes von "Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren"

Mit einem flächendeckenden Netz hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen die bislang vornehmlich von ehrenamtlichen Kräften wahrgenommenen Aktivitäten der Eine-Welt-Initiativen und -Organisationen in ihrer Kompetenz und Wirkungsweise gestützt werden. Mit den Zuschüssen sollen Grundlagen für eine längerfristige Sicherung von Initiativen und ihrer Strukturen geschaffen werden.

Gemeinsam mit Eine-Welt-Zentren, mit der LAG 3W, mit Vertretern und Interessenten anderer gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen sollen ein Konzept und eine Trägerstruktur erarbeitet werden, auf deren Grundlage in den nächsten Jahren der Aufbau eines über Nordrhein-Westfalen verteilten Netzes von bis zu 25 kompetenten und engagierten Ansprechpartnerinnen und -partnern für eine umfassende entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit verwirklicht werden kann.

Für den stufenweisen Aufbau dieses Netzes sind erstmalig vom Gesamtansatz 1 Million DM vorgesehen. Dabei wird angestrebt, über eine solche Struktur den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und allen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung verantwortlichen gesellschaftlichen Kräften stetig zu intensivieren und ein gemeinsames Verständnis über Entwicklungsziele anzustreben.

Ansatz 1996 440.000 DM
Ansatz 1995 550.000 DM
Weniger 110.000 DM

und

zu Titel 685 71 - Zuschüsse für Maßnahmen der
technischen Zusammenarbeit im
Inland -

Ansatz 1996 0 DM
Ansatz 1995 0 DM

und

zu Titel 686 71 - Zuschüsse für Maßnahmen der
technischen Zusammenarbeit im
Ausland -

Ansatz 1996 910.000 DM
Ansatz 1995 1.150.000 DM
Weniger 240.000 DM

und

zu Titel 896 71 - Zuschüsse für Investitionsmaß-
nahmen der technischen Zusammen-
arbeit im Ausland -

Ansatz 1996 480.000 DM
Ansatz 1995 600.000 DM
Weniger 120.000 DM

Mit der Verabschiedung der "Leitlinien zur Entwicklungspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen" am 4. Mai 1993 wurden auch die Grundsätze und Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland konkretisiert.

Schwerpunktregionen der Auslandsprojekte der Landesregierung sind:

- a) das südliche Afrika (Mocambique, Simbabwe, Sambia, Namibia, Angola und Südafrika); die Landesregierung hat am 24. April 1995 eine "Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen" mit der südafrikanischen Provinz Eastern Transvaal (jetzt: Mpumalanga) unterzeichnet,
- b) die Sozialistische Republik Vietnam und die Volksrepublik China. In China werden bestehende Kooperationen mit einzelnen Provinzen (Jiangsu, Shanxi, Sichuan und Zheijang) fortgesetzt.

Sektorale Schwerpunkte sind unter anderem:

- Berufliche Bildung und -Ausbildung
- Umweltschutz
- Verbesserung der Lage der Frauen
- Medizinische Grundversorgung.

Die Zusammenarbeit mit der Provinz Mpumalanga hat zu ersten gemeinsamen Projekten geführt, etwa im Bereich der Berufsausbildung und -weiterbildung und mit der Einrichtung einer Beratung für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer. Die Zusammenarbeit soll auch 1996 fortgeführt werden, um den von der Apartheid befreiten Menschen Zeichen unseres Interesses für die Zukunft Südafrikas und

Die Projektplanungen werden regelmäßig mit allen Ressorts abgestimmt, um regional und inhaltlich die vorhandenen Ressourcen im Sinne der Leitlinien so effizient wie möglich einsetzen zu können.

Daneben fördert die Landesregierung in erheblichem Umfang eine größere Zahl von Projekten nordrhein-westfälischer Nichtregierungsorganisationen und Eine-Welt-Initiativen. Gemeinsam mit Vertretern dieser Organisationen sollen zur Herstellung einer größeren Transparenz Förderkriterien für Projekte erarbeitet werden, die insbesondere auch eine Berücksichtigung von Frauenprojekten sicherstellen sollen.

Zu Titelgruppe 72 -Internationale Zusammenarbeit -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 1996: 17.195.000 DM

Ansatz 1995: 24.810.000 DM

Weniger: 7.615.000 DM

Zu Titel 427 72 - Kosten für die Beratung durch
wissenschaftliche Sachverständige
und Honorarkräfte -

Ansatz 1996: 0 DM

Ansatz 1995: 0 DM

und

Zu Titel 526 72 - Kosten für Gutachten -

Ansatz 1996: 0 DM

Ansatz 1995: 0 DM

Die Maßnahmen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, den Staaten der früheren Sowjetunion und im Nahen Osten erfordern kompetente Vorbereitung und Begleitung. Geplante und beantragte Projekte müssen durch Fachleute auch vor Ort geprüft und in ihrer Abwicklung begleitet werden. Nur so kann der Erfolg der Maßnahmen bei sparsamem Einsatz von Haushaltsmitteln gesichert werden. Das macht gelegentlich die Verpflichtung qualifizierter Expertinnen und Experten für vorübergehenden Einsatz erforderlich.

Ansatz 1996:	680.000 DM
Ansatz 1995:	970.000 DM
Weniger:	290.000 DM

Es sollen Maßnahmen der humanitären Hilfe - zum Beispiel in Katastrophenfällen - im gesamten Ausland ermöglicht werden, denen sich Nordrhein-Westfalen als das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik Deutschland - auch im Verbund mit anderen Ländern und / oder dem Bund - nicht entziehen kann. Sofern die Durchführung der humanitären Hilfe im Ausland nicht sinnvoll erscheint, kann die Maßnahme für ausländische Betroffene, die im Ausland leben, auch im Inland erfolgen.

Zu Titel 534 72 - Aufwendungen für die Pflege der
Auslandsbeziehungen des Landes -

Ansatz 1996: 2.660.000 DM
Ansatz 1995: 4.890.000 DM
Weniger: 2.230.000 DM

und

zu Titel 547 72 - Für die Durchführung von Maßnah-
men der Migrationspolitik -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 676 72 - Erstattungen an das Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 685 72 - Zuschüsse für Projekte im
Inland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

Ansatz 1996: 4.545.000 DM
Ansatz 1995: 6.950.000 DM
Weniger: 2.405.000 DM

und

zu Titel 811 72 - Erwerb von Fahrzeugen -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 812 72 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs-
und Ausrüstungsgegenständen -

Ansatz 1996: 1.560.000 DM
Ansatz 1995: 2.000.000 DM
Weniger: 440.000 DM

und

zu Titel 816 72 - Erwerb von Fahrzeugen im
Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 817 72 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs-
und Ausrüstungsgegenständen im
Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 893 72 - Zuschüsse für Investitionsausga-
ben im Inland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 896 72 - Zuschüsse für Investitionsmaß-
nahmen im Ausland -

Ansatz 1996: 7.000.000 DM
Ansatz 1995: 10.000.000 DM
Weniger: 3.000.000 DM

und

zu Titel 916 72 - Zuführungen an einen Stiftungs-
fonds im Inland -

Ansatz 1996: 750.000 DM
Ansatz 1995: 0 DM
Mehr: 750.000 DM

Das Land Nordrhein-Westfalen unterhält zu einer Reihe von Ländern und Regionen in Europa partnerschaftliche Beziehungen. Zu verschiedenen Regionen

allem seit 1989 intensive und enge Kontakte entwickelt. Dort hat Nordrhein-Westfalen durch konkrete Hilfe und überschaubare und "greifbare" Projekte vor Ort den politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß unterstützt und sich als ein verlässlicher Partner etabliert.

Diese Beziehungen sind zudem ein wertvoller Beitrag zur internationalen Verständigung und bilateralen Kooperation. Nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Regionen Europas wird das Land Nordrhein-Westfalen seine eigenen Interessen in einem Europa der Regionen in Zukunft sichern können.

Der Demokratisierungsprozeß und die wirtschaftliche Entwicklung haben in einigen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl kann in diesen Staaten aber auch beobachtet werden, daß Teile der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Fortschritt ausgegrenzt sind. Durch die Auflösung vieler maroder Staatsbetriebe hat sich in den meisten Reformstaaten eine Arbeitslosigkeit ergeben, die oftmals soziale und wirtschaftliche Not für die Betroffenen mit sich bringt.

Durch die Verarmung großer Bevölkerungsteile ist der Demokratisierungsprozeß in anderen ost- und südosteuropäischen Ländern und einigen Staaten der früheren Sowjetunion in Gefahr. Menschen, die infolge der wirtschaftlichen Umstrukturierung in Not geraten, sind von den Reformkräften enttäuscht und folgen populistischen Parolen links- und rechtsextremer Parteien. Vor allem starke nationalistische Tendenzen in vielen ehemals kommunistischen Ländern geben Anlaß zur Sorge.

Die demokratischen Reformen in den MOE/NUS-Staaten werden deshalb auf Dauer nur dann Bestand haben, wenn möglichst schnell eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen erreicht werden kann. Dieses ist Voraussetzung für positive Lebensperspektiven der Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern und damit auch die Basis für eine weitergehende Demokratisierung und die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen. An diesem Ziel will die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitwirken

Gleichzeitig will die Landesregierung mit Projekten vor Ort Migrationsbewegungen verhindern helfen, auch wenn sie sich bewußt ist, daß die Kräfte eines einzelnen Landes der Bundesrepublik Deutschland hierfür nicht ausreichen. Die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen zeigen, daß Projekte, die die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zum Ziele haben, eine wirksame Ergänzung und Alternative zu gesetzlichen Abwehrmaßnahmen sind.

Die Mittel sind für Projekte in nahezu allen mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten und mehreren Staaten der früheren Sowjetunion vorgesehen. Ebenso sollen die Kooperationen mit Israel und anderen Regionen im Nahen Osten fortgesetzt werden, soweit möglich gilt dies auch für Maßnahmen zur Unterstützung der Kurden im Nord-Irak.

Die Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit Polen erstreckt sich schwerpunktmäßig auf die Regionen Oppeln, Kattowitz und Krakau. Im Jahre 1995 sind erstmals pensionierte Lehrkräfte für den Unterricht der deutschen Sprache in die Regionen Oppeln und Kattowitz entsandt worden. Das damit erreichte Angebot an deutschem Sprachunterricht soll fortgesetzt und wegen des erheblichen Bedarfs eventuell auch ausgebaut werden.

angelehntes Verfahren "Entwicklungskonzepte für die Gemeinden des Oppelner Schlesiens". Das Verfahren wird 1996 abgeschlossen.

Mit der Woiwodschaft Krakau ist ein ähnlich gelagertes Verfahren für Stadt und Umland von Krakau verabredet worden. Für die technischen Vorbereitungen des Projektes, für die organisatorische Durchführung und für die wissenschaftliche Begleitung sind 1996 Mittel in Höhe von rund 400.000 DM erforderlich. Auch die Region Kattowitz strebt ein ähnliches, an der "Regionalisierten Strukturpolitik" in Nordrhein-Westfalen angelehntes Verfahren auf kommunaler Ebene an. Bei ihren Überlegungen, ein solches Verfahren durchzuführen, stützen sich die Woiwodschaften Kattowitz und Krakau auf ein Pilotprojekt, das im vergangenen Jahr in der Stadt Ruda Slaska mit großem Erfolg durchgeführt wurde. Das in der Stadt Ruda Slaska erarbeitete Entwicklungskonzept bedarf in einigen Fachbereichen wie Abfallwirtschaft, Abwasserwirtschaft und berufliche Bildung der weiteren beratenden Betreuung aus Nordrhein-Westfalen. Diese Beratungshilfen sollen so angelegt werden, daß sie auch für benachbarte Städte nutzbar sind.

Im grenzüberschreitenden Raum haben Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sich auf Hilfen für die Städte Guben und Gubin konzentriert. Beide Länder bezuschussen die Ausbildung von vierzehn polnischen Jugendlichen in einer außerbetrieblichen Ausbildungsstätte im brandenburgischen Guben. Die Ausbildung umfaßt insgesamt dreieinhalb Jahre und endet im Frühjahr 1998 mit der Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer in Cottbus.

Die in der Neiße zwischen den Städten Guben und Gubin gelegene Insel soll als Grünanlage für die Bürger beider Städte hergerichtet werden. Die Stadt

Gubin hat sich wegen der Finanzierung der Maßnahme an die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit gewandt. Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, den auf die Stadt Gubin entfallenden komplementären Finanzierungsanteil zum Teil zu übernehmen.

Es ist in vielen fachlichen Bereichen wichtig, daß Fachleute aus Nordrhein-Westfalen sich mit Kolleginnen und Kollegen aus den Schwerpunktregionen treffen, um ihre Erfahrungen zu vermitteln und so die Effektivität der polnischen Fachleute zu verbessern.

Der Region Ostrava in Tschechien ist angeboten worden, das in Nordrhein-Westfalen praktizierte Verfahren der "Regionalisierten Strukturpolitik" für ihre Region zu übernehmen. Eine Expertengruppe aus Ostrava hat sich im Herbst 1995 mit dem Verfahren in Nordrhein-Westfalen und den dabei zu erzielenden Effekten vertraut gemacht. Die Region Ostrava ist sehr daran interessiert, dieses Verfahren durchzuführen, benötigt dafür aber organisatorische und wissenschaftliche Hilfen aus Nordrhein-Westfalen. Das Verfahren soll im Jahr 1996 durchgeführt werden. Die dafür erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplanentwurf veranschlagt.

Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Schwerpunktregionen Nordböhmen und Nordmähren in Tschechien ist es sinnvoll, Experten verschiedener Fachbereiche miteinander ins Gespräch zu bringen. Nach einem Austausch von Fachleuten im Gesundheitswesen im laufenden Haushaltsjahr ist eine Fortsetzung solcher Begegnungen im kommenden Jahr vorgesehen. Der Austausch von Experten trägt dazu bei, Polen und Tschechien mit den Standards der Europäischen Union in vielfältigen Verwaltungsbereichen vertraut zu machen.

In Bulgarien konzentriert sich die Staatskanzlei seit 1992 in der Schwerpunktregion Russe auf Projekte zur Verbesserung der Strukturen im sozialen Bereich. Eine mehrjährige Maßnahme wie die Sanierung des Kinderheims Mogilino soll 1996 zum Abschluß gebracht werden.

In Mazedonien sollen auch 1996 das soziale und das 1995 neu konzipierte wirtschaftliche Umfeldprogramm zum Reintegrationsprojekt fortgeführt werden. Im Auftrag der Staatskanzlei unternimmt die Firma PEM (Planungs-Engineering-Management GmbH, Düsseldorf) den Versuch, den Programmteilnehmern Arbeitsplätze mit der Chance auf eine dauerhafte Perspektive anzubieten. Das neue, bis Ende September 1997 befristete wirtschaftliche Umfeldprogramm wird auch auf das Umfeld der Rückkehrer ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll mit flankierenden Maßnahmen die bisherige Zusammenarbeit mit Mazedonien fortgesetzt werden.

Das seit April 1990 bestehende Engagement im westlichen Rumänien soll auch 1996 fortgeführt werden. Während am Anfang humanitäre Soforthilfe und soziale Projekte - vor allem die Sanierung von Kinderheimen - im Vordergrund standen, werden seit zwei Jahren verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen im ökonomischen Bereich gefördert. So wurden Landmaschinenringe aufgebaut, Lehrwerkstätten für Handwerksberufe eingerichtet und die Einrichtung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften unterstützt.

Konkret sollen 1996 u. a. weitere Landwirtschaftsprojekte durchgeführt, die Lehrwerkstatt für Büromaschinenelektronikerinnen und -elektroniker in Arad weiter ausgebaut und mit dem Aufbau einer

Lehrwerkstatt für Elektrikerinnen und Elektriker begonnen werden.

Der Fortbestand der Pflegeschule Timisoara soll durch die Einrichtung einer nordrhein-westfälischen Stiftung auf Dauer gesichert werden:

Die Betriebsfinanzierung des Fachschulverbundes für Kinderkrankenpflege und Heilerziehung Timisoara durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird schrittweise bis zum 31. Dezember 1997 eingestellt. Den Weiterbetrieb sollen eine Stiftung deutschen Rechts und eine Stiftung rumänischen Rechts sichern. Die Landesregierung will der deutschen Stiftung ein Stiftungskapital in Höhe von insgesamt 1,75 Millionen DM zur Verfügung stellen. Durch die schrittweise Übernahme der Betriebskosten durch die Stiftungen kann das Stiftungskapital in drei Raten (1996 bis 1998) eingebracht werden.

In Ungarn werden die sozialen Projekte in der Region Miskolc 1996 abgeschlossen. Die Landwirtschaftsschule Pusztamerges in der südöstlichen Schwerpunktregion Szeged, deren Errichtung 1994 und 1995 mit insgesamt 1,5 Mio. DM gefördert wurde, und die ihren Betrieb am 1. September 1996 aufnehmen wird, soll 1996 und 1997 weiter ausgebaut werden (Werkstätten, Internatsgebäude). Die Landesregierung will mit diesem Projekt der "Landflucht" in Ungarn entgegenwirken und den Jugendlichen in dieser landwirtschaftlich geprägten Region eine sichere Zukunftsperspektive bieten.

Im Baltikum (vorwiegend in Lettland, aber auch in Litauen und Estland) sind die Vorhaben der Landesregierung mit Hilfe von Trägerorganisationen vor allem darauf gerichtet, die Aus- und Fortbildung der privaten Landwirte zu verbessern und die landwirtschaftliche Produktion einschließlich deren Veredelung zu steigern.

westfälische Hilfe inzwischen in einigen Betrieben erzielt worden sind, sollen soziale Projekte gefördert werden. Für 1996 sind darüber hinaus auch ein Windkraftprojekt in Estland, die Unterstützung und Fortentwicklung des ökologischen Landbaus in Lettland und ein Frauenprojekt in Aussicht genommen. Die Umweltschutzprojekte in der Region Liepaja und Jelgava/Vecauce sollen weitergeführt werden.

In den Neuen Unabhängigen Staaten sollen auch 1996 Projekte zur Unterstützung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen vor allem in der Russischen Föderation und in Weißrußland gefördert werden. Diese Konzentration, die sich in diesen Staaten auf die Förderung von Schwerpunktregionen fortsetzt, ist notwendig, um die Hilfe möglichst effektiv einzusetzen.

In der Russischen Föderation bilden die Regionen Nishnij Nowgorod und Kostroma Schwerpunkte der Kooperation. In Kostroma wird der Betrieb des Weiterbildungszentrums für metallverarbeitende Berufe finanziert. Dort sind mit Maschinen aus Nordrhein-Westfalen insgesamt 120 Ausbildungsplätze eingerichtet worden, an denen junge Beschäftigte aus Betrieben der Region eine Weiterbildung entsprechend den hiesigen Regelungen erhalten. Daneben sollen Maßnahmen der Verwaltungshilfe bei der Stadtsanierung und zur Verbesserung der Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes unterstützt werden.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Oblast Nishnij Nowgorod sollen auch weiterhin Hilfen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses im Vordergrund stehen. Dabei geht es vor allem um Beratungshilfen bei der Lösung von Umweltproblemen und um Verwaltungshilfen in den Bereichen Wohnungswesen und Stadtsanierung, die für die wirtschaftliche Umstrukturierung besonders wichtig sind. Außerdem soll im Hochschulbereich beim Aufbau berufsbezogener Studiengänge, vergleichbar den hiesigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an Fachhochschulen, Unterstützung geleistet werden.

In Weißrußland sind die bisherigen Schwerpunktprojekte "Modernisierung der Kinderchirurgie in Minsk" und "Bau einer Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte" fertiggestellt. In Zukunft werden sich auch dort die Maßnahmen auf eine Unterstützung des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses konzentrieren. Zur Wahrung der Interessen nordrhein-westfälischer Unternehmen soll auch weiterhin das NRW-Wirtschaftsbüro unterstützt werden.

Im Nahen Osten will die Landesregierung auch 1996 ihre Aktivitäten aus den vergangenen Jahren konsequent fortsetzen. Schwerpunkt der Maßnahmen soll auch weiterhin Israel sein. Im Vordergrund sollen Projekte zur Unterstützung der israelisch-arabischen Verständigung stehen, um so einen Beitrag zum Friedensprozeß zu leisten.

Daneben soll weiterhin verstärkt die Autonomie der Palästinenser unterstützt werden. Im Mittelpunkt der Hilfe sollen modellhafte Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung stehen, um so beim Aufbau entsprechender Strukturen zu helfen. Daneben sollen auch in Zukunft Maßnahmen im Gesundheitswesen und

Auch der Nordirak bedarf weiterer Unterstützung beim Aufbau zerstörter Dörfer im Barzangebiet und der Hilfe bei der Rückkehr in den Iran geflüchteter nordirakischer Kurden.

1994 und 1995 war die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen Auslöser für das Engagement anderer Geber im gleichen Gebiet, z.B. der amerikanischen Regierungsorganisation OFDA. Die Umsetzung auch dieser Hilfe oblag dem Projektpartner des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.

1995 wurden mit 400.000 DM 28 Dörfer errichtet.

Zu Titelgruppe 76 - Maßnahmen der Landesregierung
zur Verbesserung der Situation
von Flüchtlingen -

Gesamtansatz der Titelgruppe:
Ansatz 1996: 5.100.000 DM
Ansatz 1995: 6.600.000 DM
Weniger: 1.500.000 DM

Zu Titel 547 76 - Für die Durchführung von Maßnah-
men der Landesregierung zur Ver-
besserung der Situation von
Flüchtlingen -

Ansatz 1996: 4.150.000 DM
Ansatz 1995: 5.600.000 DM
Weniger: 1.450.000 DM

und

zu Titel 676 76 - Erstattungen an das Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 684 76 - Zuschüsse für Maßnahmen im In-
land -

Ansatz 1996: 425.000 DM
Ansatz 1995: 250.000 DM
Mehr: 175.000 DM

und

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 813 76 - Erwerb von Gegenständen -

Ansatz 1996: 525.000 DM
Ansatz 1995: 750.000 DM
Weniger: 225.000 DM

und

zu Titel 818 76 - Erwerb von sonstigen beweglichen
Sachen im Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 893 76 - Zuschüsse für Investitionsausga-
ben im Inland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

und

zu Titel 896.76 - Zuschüsse für Investitionsaus-
gaben im Ausland -

Ansatz 1996: 0 DM
Ansatz 1995: 0 DM

Im Rahmen humanitärer Maßnahmen leistet die Landesregierung seit November 1992 unmittelbar Hilfe vor Ort, besonders im ehemaligen Jugoslawien. Die Schwerpunkte liegen in der Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln und in der Durchführung des Projekts "Frauen in Not". Auch wenn die kriegerischen Auseinandersetzungen jetzt dauerhaft beendet werden sollten, ist eine weitere Unterstützung der unmittelbar von den Auswirkungen des Krieges betroffenen Menschen unabdingbar. Die Projekte der Landesregierung kommen allen Menschen in der Region zugute, unabhängig von ihrer Volks- oder Religionszugehörigkeit.

02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-West-
falen -;

02 061 - Kulturwissenschaftliches Institut -

und

02 062 - Institut 'Arbeit und Technik' -

Im Rahmen der von mir am 18.07.1995 getroffenen Entscheidung über organisatorische Veränderungen innerhalb der obersten Landesbehörden sind die Aufgabengebiete Institut 'Arbeit und Technik' (IAT), Kulturwissenschaftliches Institut (KWI) und Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Wuppertal-Institut) in meinen Geschäftsbereich übergegangen.

Ab dem Haushaltsjahr 1996 soll den Instituten des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen eine flexiblere Haushaltsführung ermöglicht werden.

Dazu sind in den Kapiteln 02 060, 02 061 und 02 062 Haushaltsvermerke ausgebracht, durch die flexiblere Bewirtschaftungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen:

- Die Sächlichen Verwaltungsausgaben sind uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig (mit Ausnahme der Verfügungsmittel).
- Sie dürfen um bis zu 25 v.H. überschritten werden, wenn in derselben Höhe Einsparungen durch Nichtinanspruchnahme von besetzbaren Stellen erfolgen.

- Ausgaben für Investitionen dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Sächlichen Verwaltungsausgaben geleistet werden.

- Die Sächlichen Verwaltungsausgaben und die Ausgaben für Zuschüsse sind übertragbar zugunsten von investiven Ausgaben; Reste dürfen aber nicht höher als 1 v.H. der Gesamtausgaben des jeweiligen Kapitels sein.

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 1996:	10.083.700 DM
Ansatz 1995:	10.019.000 DM
Mehr:	64.700 DM

Darin enthalten ist der Zuschuß an die Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen sowie der bei Titelgruppe 60 ausgebrachte Ansatz "Zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrums".

Vergleichszahlen ohne das Wuppertal-Institut:

Ansatz 1996:	2.006.200 DM
Ansatz 1995:	2.185.000 DM
Weniger:	178.800 DM

1. Allgemeines

Das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (WZ NRW) ist am 01.08.1988 als Einrichtung des Landes gegründet worden. Es hat seinen Sitz in Düsseldorf und untersteht meiner Dienst- und Fachaufsicht. Seine Aufgaben regelt die am 11.04.1989 veröffentlichte "Ordnung für das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen" (MBl. NW. S. 804/SMBI. 20020).

Das WZ in Düsseldorf ist eine der vier Einrichtungen des Wissenschaftszentrums und gleichzeitig das Dach des WZ NRW.

Zum WZ NRW gehören ferner das Kulturwissenschaftliche Institut im WZ NRW (Essen), das Institut 'Arbeit und Technik' im WZ NRW (Gelsenkirchen) und das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im WZ NRW (Wuppertal). Die Institute haben unterschiedliche Aufgaben, schwerpunktmäßig im Forschungsbereich, die sie selbständig und in eigener wissenschaftlicher Verantwortung bearbeiten.

Tätigkeitsfelder

Das WZ in Düsseldorf ist eine Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Dabei konzentriert es sich besonders auf jene Bereiche, in denen technische Entwicklungen Einfluß auf unsere kulturelle Entwicklung bzw. auf unsere Umwelt nehmen. Dies bedeutet eine Auseinandersetzung mit jenen Basis- und Schlüsseltechnologien, die unsere Lebenswelt von morgen bestimmen werden. Gleichzeitig vermittelt das Wissenschaftszentrum die Arbeitsweise und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung der Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite ist es aber auch bestrebt, jene Fragen der

nen, in die Forschung miteinbeziehen.
Diese konkrete Arbeit wird von einem wissenschaftlichen Gesamtkonzept getragen, das ein stärkeres Zusammenwirken von Technik und Naturwissenschaft mit den Kultur- und Sozialwissenschaften zur Grundlage hat. Es werden dafür verschiedene Arbeitsformen gewählt: Arbeitsgruppen, denen Vertreter der Universitäten, der Administration, des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft angehören, stellen sicher, daß die Bearbeitung der jeweiligen Zukunftsthemen gleichermaßen seriös wie innovativ ist. Hauseigene Studien sowie demoskopische Untersuchungen dienen als weitere Vertiefungsinstrumente. Der öffentliche Dialog findet auf Symposien, Konferenzen und Kongressen statt. Die Ergebnisse dieser Tagungen werden in Dokumentationen und internen Auswertungen aufgearbeitet und im Regelfall der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Auf diese Art ist das WZ in Düsseldorf zu einer Einrichtung geworden, die einerseits langfristig und mit internationaler Ausrichtung Zukunftsthemen öffentlichkeitswirksam bearbeitet. Auf der anderen Seite bietet seine spezifische Struktur die Gewähr, daß kurzfristig auf neue Themen und Problemlagen reagiert werden kann. Es hat gerade aus seiner politischen und ideologischen Unabhängigkeit heraus eine besonders lange und intensive Erfahrung, Zukunftsthemen so aufzubereiten, daß sie zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur glaubhaft vermittelt werden können. Es schließt mit seiner Arbeit somit eine kommunikative Lücke zwischen den großen wissenschaftlichen Institutionen, der Zielrichtung der Wirtschaft und den Arbeitsfeldern der Politik und der Administration. Seine großen Kongresse und die daraus erwachsenen Publikationen strahlen über die Landesgrenzen hinaus und sind so-

mit auch Teil eines internationalen Diskurses zu Zukunftsfragen.

Das Konzept des WZ NRW wird national und international als vorbildlich betrachtet. Zu erwähnen ist hier die im Juni 1993 erfolgte Gründung des "Lettischen Wissenschafts- und Dialogzentrums", eine Neugründung, die das WZ NRW in fachlicher und organisatorischer Hinsicht unterstützte. Zu erwähnen ist auch, daß in anderen Bundesländern, wie z. B. Bayern, Institutionen entstehen, die die Grundfragen, die Arbeitsweise und die Themen des WZ NRW deutlich sichtbar aufgreifen.

Gemischte Arbeitsgruppen aus Wissenschaft, Politik und Kultur

Das WZ in Düsseldorf beschäftigt sich mit ausgewählten Zukunftsthemen und fragt nach dem Zusammenhang von technologischer Innovation und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Auswahl der Themen erfolgt durch die gründliche Aufarbeitung der wissenschaftlichen Literatur und aufgrund der Analysen naturwissenschaftlicher, technischer und kultureller Zukunftstrends. Die oben erwähnten Expertengruppen sichern die weitere Durchdringung eines in Betracht gezogenen Themas. Dies ist deshalb notwendig, weil das WZ in Düsseldorf kein Forschungsinstitut im engeren Sinne ist. Größe und Zusammensetzung der Expertengruppen sind unterschiedlich, und die Gruppen sind durch bestimmte Projekte definiert. Die Zielsetzung solcher Expertengruppen kann darin bestehen, eine Veranstaltung thematisch zu begleiten oder die Ausarbeitung eines Memorandums, einer Studie oder eines Arbeitspapiers zu betreiben.

kumentation der Ergebnisse zur Versachlichung der kontroversen und emotional geführten Debatte über die Rolle der Kirche in der DDR beigetragen hat. Aus der Arbeit dieser sehr vielstimmig zusammengesetzten Gruppe erwuchs auch die Konzeption eines Nachfolgeprojekts des WZ in Düsseldorf.

Veranstaltungsformen

Das WZ in Düsseldorf hat drei Veranstaltungsformen entwickelt, anhand derer es wissenschaftliche Dialoge in Gang setzt und seine Arbeit der Öffentlichkeit vermittelt.

Die "Krickenbecker Konferenzen" werden ein Forum werden, in dem ein kleiner Kreis von führenden Wissenschaftlern und Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur über Themen berät, die über den Tag hinausweisen. Die erste Staffel der Veranstaltungsreihe wird sich aus neuer Perspektive mit globalen gesellschaftlichen und kulturellen Trends befassen. Einen ersten Themen-schwerpunkt bilden die Zukunftstrends auf dem Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien. Hier soll in einem Kreis von Meinungsführern zu diesem Thema in einer Weise diskutiert werden, die es ermöglicht, zukünftige Problemlagen frühzeitig in die politische Diskussion einzubringen.

Unter dem Titel "Szenarien für morgen" stellt das WZ in Düsseldorf die Zukunftsbedeutsamkeit aktueller wissenschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Trends auf den Prüfstand. Auf kleineren und mittelgroßen Veranstaltungen wird nach den Grenzen und Möglichkeiten einer verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung gefragt. In konzentrierter und bei aller fachlichen Ausrichtung nachvollzieh-

barer Weise werden drängende Zukunftsprobleme und Fragen der gesellschaftlichen Gestaltung behandelt und - soweit möglich - auf Problemlösungen hin erörtert. Die Auftaktveranstaltung der Reihe beschäftigte sich im September 1994 mit dem Thema "Hirnforschung und Ethik". Mit den Tagungen "Multikulturelles Zusammenleben - Integrationsmodelle auf dem Prüfstand" (Dezember 1994), "Technologiebedarf im 21. Jahrhundert" (Januar 1995) sowie einer Tagung zum Thema "Forschungsförderung und Technologiepolitik in Europa" (Oktober 1995) wurde die Reihe fortgesetzt. Die "Szenarien für morgen" haben sich als eigenständige Veranstaltungsreihe deutlich etabliert und können auf einen kontinuierlich interessierten, großen Kreis von Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Interessentinnen und Interessenten zählen. Sowohl die Veranstaltungen selbst als auch die daraus erwachsenen Dokumentationen finden Beachtung über die Landesgrenzen hinaus. Eine weitere Veranstaltung innerhalb der Reihe wird im Herbst/Winter 1995 durchgeführt. Sie trägt den Titel "Informationstechnologien: Chancen und Auswirkungen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen".

Die dritte Veranstaltungsreihe des WZ in Düsseldorf trägt den Titel "CULTEC - Kultur und Technik im 21. Jahrhundert". Der thematische Zuschnitt, der organisatorische Aufwand, die Teilnehmerzahl und die Medienresonanz machen sie zur Veranstaltungsform mit der größten Außenwirkung. 1991 fragte der erste Kongreß der Reihe nach den anthropologischen Auswirkungen der neuen Informationstechnologien und der Biowissenschaften. Die angesichts des rasanten wissenschaftlichen Fortschritts gestellte Frage "Wird der Mensch neu definiert?" stieß sowohl anlässlich des Kongresses selbst als auch in der darauf folgenden Medienberichterstattung auf großes Interesse. Der Dokumentationsband zum ersten

war zugleich auch der
Institute des WZ NRW. Unter dem Titel "Neuroworlds,
- Zukunftswege der Hirnforschung" diskutierten über
30 Referentinnen und Referenten von internationalem
Rang (darunter mehrere Nobelpreisträger) mit über
eintausend Teilnehmenden aus Wissenschaft, Wirt-
schaft, Politik und Kultur, öffentlichem Leben so-
wie interessierten Bürgerinnen und Bürgern über ein
hochaktuelles Zukunftsthema. Mit dieser Veran-
staltung im Herbst 1994 ist es dem WZ in Düsseldorf
gelingen, ein wichtiges Zukunftsthema in die öf-
fentliche Diskussion zu bringen. Auch hier wurden
Fragestellung und Zuschnitt der Veranstaltung in
anderen Bundesländern mit deutlichem Bezug auf die
CULTEC-Veranstaltung aufgegriffen.

Der dritte Kongreß innerhalb der Reihe "Kultur und
Technik im 21. Jahrhundert" fragte im November 1995
nach der "Medizin der Zukunft". Zur Erörterung der
Leitfrage "Neue Wege zur Gesundheit?" versammelten
sich 40 hochrangige Fachleute, um zentrale Fragen
einer ebenso effizienten wie humanen Gesundheits-
versorgung der Zukunft zu erörtern. Mit diesem Kon-
greß will das WZ NRW verdeutlichen, daß zentrale
Zukunftsthemen nicht allein in den Teilöffentlich-
keiten der Experten, der Verbände oder der wirt-
schaftlich Interessierten diskutiert werden dürfen,
sondern daß es darum geht, alle Beteiligten, d. h.
auch Betroffene und Patientinnen und Patienten mit-
einander ins Gespräch zu bringen. Die bisherige
Presseresonanz zeigt, daß es dem WZ in Düsseldorf
gelingen ist, auch bei diesem Thema ein spezifi-
sches Profil zu entwickeln.

Neben den spezifischen Veranstaltungsreihen des WZ
in Düsseldorf gibt es die gemeinsamen Jahreskon-
gresse des WZ NRW. Bei entsprechender thematischer
Deckung können diese Jahreskongresse auch Teil der
CULTEC-Reihe sein, wie dies z. B. beim Kongreß

"Medizin der Zukunft" wiederum der Fall ist. Unter den Jahreskongressen sind folgende Veranstaltungen hervorzuheben:

- ÖKOLOG: Umweltmanager und Umweltschützer im Dialog (Herbst 1992)
- Regiovision - Wege in die Zukunftsfähigkeit (Oktober 1994)

1996 wird das WZ NRW seinen Jahreskongreß unter den Titel "Grenzen - los" stellen. In interdisziplinärer Weise soll die Bedeutung des Begriffs "Grenzen" sowohl für die Naturwissenschaften als auch für gesellschaftliche Zukunftsentwicklungen herausgearbeitet werden. Auf dem Kongreß wird ein für die konkrete Zukunftsgestaltung zentraler Begriff in einer gänzlich neuartigen Weise beleuchtet und diskutiert werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Ergebnisse der vom WZ in Düsseldorf angestoßenen Dialoge zu gesellschaftlich relevanten Zukunftsthemen werden durch eine gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit publik gemacht. Insbesondere die Tagungen des Wissenschaftszentrums ermöglichen eine direkte Einbeziehung interessierter Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen unseres Landes in die Diskussionen der verschiedenen Fachvertreter. Auf diese Art und Weise wird eine hermetische Form des Expertentums in ganz konkreter Weise ausgeschlossen. Zusätzlich sorgt die starke Präsenz von Pressevertretern und die daraus folgende vielfältige Berichterstattung dafür, daß eine breite Öffentlichkeit über die Themen und die Arbeit des WZ NRW unterrichtet wird.

fach und Publikumsarbeit des Wissenschaftszentrums. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WZ NRW sind gesuchte Gesprächspartner für Journalisten, die sich einen Überblick über wissenschaftliche Zukunftstrends verschaffen wollen.

Die Presseresonanz zur Arbeit des WZ NRW wird zeitnah in einem regelmäßig erscheinenden Pressespiegel dokumentiert und jeweils in einem Halbjahrespressespiegel noch einmal thematisch gegliedert zusammengefaßt.

Ein weiteres bedeutsames Instrument der Öffentlichkeitsarbeit für alle Institute des WZ NRW ist "DAS MAGAZIN", das derzeit in einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren dreimal jährlich erscheint.

Die Dokumentationen der großen Kongresse und der langfristig arbeitenden Expertenrunden erscheinen in Buchform und werden von einem renommierten Wissenschaftsverlag publiziert. Mit dem Campus-Verlag hat das WZ in Düsseldorf die "Schriftenreihe" des WZ NRW (herausgegeben von Gert Kaiser) ins Leben gerufen. Innerhalb dieser Reihe sind bisher erschienen bzw. werden erscheinen:

- Band 1: Kultur und Technik im 21. Jahrhundert. Frankfurt 1993.
- Band 2 (in Vorbereitung): Literatur im Informationszeitalter.
- Band 3: Neuroworlds. Gehirn-Geist-Kultur. Frankfurt 1994.

1996 wird die Dokumentation des Kongresses "Medizin der Zukunft" innerhalb der Schriftenreihe als Band 4 erscheinen. Die Ergebnisse des ÖKOLOG-Kongresses sind im Frühjahr 1994 in Buchform vorgelegt worden.

1995 erschien die Kongreßdokumentation "Regiovision - Neue Strategien für alte Industrieregionen".

Hauseigene Publikationen innerhalb der sogenannten "Weißen Reihe" dokumentieren in einfacher Form die Arbeit des WZ in Düsseldorf. In diesem Zusammenhang sind u. a. Publikationen zu den Themen "Biosensorik", "Mathematik", "Supraleitung", "Technologiebedarf im 21. Jahrhundert" sowie eine umfassende bibliographische und inhaltliche Dokumentation der Arbeit des Arbeitskreises "Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR" (1993/1995) zu nennen. Eine umfassende Schlußdokumentation zu diesem Arbeitskreis ist ebenso in Vorbereitung wie eine Dokumentation zum Thema "Forschungsförderung und Technologiepolitik in Europa". All diese Publikationen werden gezielt zur Information interessierter Kreise der Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Teilöffentlichkeiten eingesetzt.

Einen umfassenden Überblick über die Arbeit des vergangenen Jahres vermittelt das Jahrbuch des WZ in Düsseldorf. Die Dokumentation der eigenen Arbeit wird ergänzt durch Fremdbeiträge renommierter Autoren.

Zusammenarbeit der Einrichtungen des WZ NRW

Das WZ NRW in Düsseldorf ist eine der vier Einrichtungen und gleichzeitig das Dach des WZ NRW. Eine seiner wichtigen Aufgaben ist die Koordination der Arbeit der Institute. Die Praxis der Kooperation wird in der überarbeiteten Version der Kooperationsvereinbarung vom 21. Februar 1995 geregelt. Für die Zusammenarbeit der nunmehr in meinem Geschäftsbereich zusammengefaßten Institute des Wissenschaftszentrums sind folgende Punkte von Bedeutung:

- in Düsseldorf,
- gemeinsame Veranstaltungen (z. B. Kongresse, Tagungen etc.),
 - die Herausgabe gemeinsamer Veröffentlichungen,
 - die Durchführung von Verbundprojekten.

Infolgedessen arbeiten die Institute auf verschiedenen Feldern in gemeinsamen Projekten zusammen (vgl. Kapitel 02 061 und 02 062). Als gemeinsame Jahreskongresse wurden bereits genannt: "ÖKOLOG - Ökologischer Strukturwandel in NRW: Umweltmanager und Umweltschützer im Dialog" (1992), der zweite Kongreß der CULTEC-Reihe "Neuroworlds - Zukunftswege der Hirnforschung" (1993), der Jahreskongreß "Regionvision - Wege in die Zukunftsfähigkeit" (1994). Der letztgenannte Kongreß ist aus dem Verbundprojekt "Neue Strategien für alte Industrieregionen" erwachsen. Im November 1995 beschäftigte sich der Jahreskongreß mit dem Thema "Medizin der Zukunft".

Im Jahre 1995 haben vier Projektgruppen aus den Instituten des WZ NRW damit begonnen, folgende Verbundprojekte zu konzipieren und umzusetzen:

- Technologiebedarf im 21. Jahrhundert
(Federführung: WZ in Düsseldorf),
- Europäische Integration
(Federführung: KWI, Essen),
- Zukunft der Arbeit
(Federführung: IAT, Gelsenkirchen),
- Zukunftsfähige Wirtschaft
(Federführung: Wuppertal-Institut).

Einige Verbundprojekte haben bereits ihre Arbeit aufgenommen, alle haben die Umsetzungsreife erreicht. Mit den Verbundprojekten eröffnet sich eine langfristige Perspektive, die enge thematische Zusammenarbeit der Institute anbetrifft. Die genannten Verbundprojekte sind zunächst auf zwei Jahre terminiert, allerdings sollen aus einzelnen Verbundprojekten unter neuen Vorzeichen kontinuierliche Fragestellungen über diesen Zeitraum hinaus entwickelt werden.

2.1 Personalausgaben

Zu Titel 422 10. - Bezüge der Beamten (und Richter)

Ansatz 1996: 160.000 DM
Ansatz 1995: 152.000 DM
Mehr: 8.000 DM

Stellenhebung:

Die Planstelle der Bes.-Gr. A 15 ist für die Verwaltungsleiterin des WZ in Düsseldorf vorgesehen, die als Oberregierungsrätin zur Zeit eine Planstelle A 14 BBO inne hat. Die Beamtin erfüllt im Jahre 1996 die beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zur Beförderung in ein Amt der Bes.-Gr. A 15 BBO.

Siehe nachfolgende Übersichten.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1996

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1996	1995		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 10.11.1995		
1	2	3	4	5	6	7	8
A 15	Regierungsdirektor/ Regierungsdirektorin	1	-	-			
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	-	1	1			
		1	1	1			
A 11	Regierungsamtmann/ Regierungsamtfrau	1	1	-		1	
		1	1	-		1	
	Insgesamt	2	2	1		1	

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 10.11.1995 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
BAT					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
I	1	1	1			
la	4	4	3			
lb	2	2	2			
Vb/Vc	2	2	2			
VII/VIII	1	1	1			
	10	10	9			
Zusammen	10	10	9			
Auszubildende	---					

1. Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 1996

- Seite 1 -

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 10.11.1995
		1996	1995		
1	2	3	4	5	6
VII/VIII	Angestellter/ Angestellte	1	1	Erziehungsurlaub	1
Insgesamt		1	1		1

Zu Titel 531 10 - Öffentlichkeitsarbeit -

Ansatz 1996: 50.000 DM
Ansatz 1995: 50.000 DM
Mehr/Weniger: 0 DM

Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Aufgabe des WZ in Düsseldorf und das eigentliche Wesenselement der wissenschaftlichen Aktivitäten. Die Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit hinein ist eine entscheidende Bedingung dafür, daß die Gestaltung unserer technisch geprägten Lebenswelt nicht nur einer weitgehend stumm bleibenden Wissenschaft überlassen bleibt. Öffentliche Dialoge über gesellschaftliche Zukunftsentwicklungen setzen Öffentlichkeitsarbeit zu Wissenschaftsthemen voraus. Dies geschieht von seiten des WZ in Düsseldorf durch:

- gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anläßlich eigener Kongresse und Tagungen,
- kleinere Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themen,
- Pressegespräche und -konferenzen zu ausgewählten Themen,
- eigene wissenschaftliche Publikationen.

Seit Mai 1989 hat das WZ in Düsseldorf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich aufgebaut. Erfolge dieser Pressearbeit sind anhand der Pressespiegel und der Dokumentationen nachvollziehbar. Es ist nicht zuletzt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken, daß das WZ NRW

im Laufe seiner Entwicklung zu einer weithin bekannten und auch anerkannten Institution geworden ist. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit stellt sicher, daß auch weit über die Landesgrenzen hinaus über die Themen und die "Philosophie" des WZ NRW berichtet werden kann.

Ansatz 1996: 110.000 DM

Ansatz 1995: 110.000 DM

1996 werden folgende Periodika herausgegeben:

- "DAS MAGAZIN",
- Pressespiegel,
- Jahrbuch.

"DAS MAGAZIN", das 1996 bereits im 7. Jahr erscheinen wird, ist ein Forum für die Themen des WZ NRW und seiner Institute. Es trägt mit allgemein verständlichen Beiträgen zu einer Kommunikation über Fachgrenzen hinaus bei und dient so der zentralen Aufgabe des WZ NRW, nämlich der Förderung des Dialoges zwischen Wissenschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft.

"DAS MAGAZIN" wird an einen ausgesuchten Personenkreis, an Multiplikatoren und an bestimmte Institutionen in einer Auflage von derzeit ca. 10.000 Exemplaren dreimal im Jahr unentgeltlich abgegeben. Die Federführung für die Zeitschrift liegt beim WZ in Düsseldorf.

Die Presseresonanz wird zeitnah in einem monatlich erscheinenden **Pressespiegel** dokumentiert und jeweils in einem Halbjahrespressespiegel noch einmal thematisch gliedert zusammengefaßt.

Der halbjährliche Pressespiegel macht jeweils die Langzeitwirkung der Arbeit des WZ NRW sowie seiner Themen in der Medienöffentlichkeit sinnfällig.

Das Jahrbuch des WZ NRW ist zum einen Rechenschaftsbericht, zum anderen will es selbst Forum für den Dialog sein. Es enthält deshalb auch

Fachbeiträge Dritter. Seit 1994 erscheint das Jahrbuch des WZ NRW und seiner Institute in einer gemeinsamen vierbändigen Ausgabe, die in einem Schuber vorgelegt wird.

Zu Titel 531 21 - Aufwendungen für die Herausgabe
sonstiger Veröffentlichungen
(z. B. Fachberichte, Dokumenta-
tionen) -

Ansatz 1996: 60.000 DM
Ansatz 1995: 60.000 DM

Aus diesem Titel wird die Schriftenreihe des WZ NRW finanziert. Innerhalb dieser Schriftenreihe erscheinen (siehe oben) vorrangig Dokumentationen zur Kongreßreihe "Kultur und Technik im 21. Jahrhundert" sowie Publikationen zu anderen größeren Veranstaltungen und ausgewählten Themenschwerpunkten des WZ NRW.

Zu Titel 541 10 - Aufwendungen für Veranstal-
tungen -

Ansatz 1996: 180.000 DM
Ansatz 1995: 180.000 DM

und

Ansatz 1996: 313.200 DM
Ansatz 1995: 365.000 DM
Weniger: 51.800 DM

Bei der Organisation öffentlichkeitswirksamer Dialoge zu Zukunftsthemen sind Kongresse und Tagungen für das WZ NRW von entscheidender Bedeutung. Die oben erwähnten drei Veranstaltungsformen des WZ in Düsseldorf - die Kongreßreihe "Kultur und Technik im 21. Jahrhundert" (CULTEC), die "Krickenbecker Konferenzen" und die "Szenarien für morgen" fragen mit unterschiedlicher Zielrichtung und Organisationsform nach jenen Entwicklungstendenzen und Problemfeldern, die unsere Gesellschaft im nächsten Jahrtausend prägen werden. Auf solchen Veranstaltungen wird Wissenschaft öffentlich gemacht und Expertokratie verhindert. Die für unsere Lebenswelt von morgen zentrale Frage nach den kulturellen, sozialen und politischen Folgen technologischer Innovationen kann nur dann angemessen beantwortet werden, wenn sich auch die Wissenschaft dem öffentlichen Gespräch stellt. Mit diesem Vorgehen schließt das WZ in Düsseldorf einerseits eine Lücke, die zwischen der Arbeit der anderen wissenschaftlichen Institutionen (Universitäten, Akademien, Großforschungseinrichtungen etc.) besteht. Auf der anderen Seite orientiert das WZ in Düsseldorf seine konkrete Arbeit auch darauf hin, ob die auf den Veranstaltungen gestifteten Dialoge handlungsleitend werden können.

Im Haushaltsjahr 1996 wird das WZ in Düsseldorf bei der Aufarbeitung von Zukunftsthemen folgende Schwerpunkte setzen:

- Die Medizin der Zukunft,

- die Kommunikationsmedien der Zukunft,
- der Technologiebedarf des 21. Jahrhunderts,
- gesellschaftliche Grundströmungen der Zukunft.

Unter diesen Oberthemen sind folgende Projekte vorgesehen: Zum einen wird eine gründliche Auswertung des großen Kongresses "Medizin der Zukunft" erfolgen. Schwerpunktthemen des großen Kongresses wie "Telematik im Gesundheitswesen", "Public Health", oder "Schmerzforschung" sollen in konkrete Veranstaltungen und Arbeitsgruppen hineingegeben werden.

Im Zusammenhang mit den Kommunikationsmedien der Zukunft wird in zwei Veranstaltungen insbesondere nach den kulturellen Folgen des Einflusses der Kommunikationsmedien für die Lebenswelten von morgen gefragt werden. In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium wird das Thema "Deutschland und Japan auf dem Weg in die Informationsgesellschaft" in den Mittelpunkt des Jahres 1996 gestellt.

Innerhalb des Verbundprojektes "Technologie-Bedarf im 21. Jahrhundert" soll zunächst in einer Veranstaltung der Reihe "Szenarien für morgen" nach den ökonomischen und sozialen Perspektiven der Medizintechnik gefragt werden. Weitere Veranstaltungen zu einzelnen Schlüsseltechnologien werden folgen.

Im Jahre 1996 wird weiterhin ein Arbeitskreis zum Thema "Gesellschaftliche Grundströmungen der Zukunft" (Arbeitstitel) ins Leben gerufen werden. Dieser Arbeitskreis hat sich aus der Fragestellung des beendeten Arbeitskreises "Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR" entwickelt und er wird nach den Zukunftsperspektiven unserer Formen institutioneller Vergesellschaftung fragen.

beit und die Fragestellung der verschiedenen Institute insofern, als nach den biologischen, mathematischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Dimensionen des Begriffes gefragt werden soll. Auf dem Kongreß sollen internationale Experten nicht nur die theoretischen Dimensionen dieses Begriffes erörtern, sondern auch Lösungsperspektiven entwickeln.

2.3 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 60 - Zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrums -

Ansatz 1996:	693.500 DM
Ansatz 1995:	720.000 DM
Weniger:	26.500 DM

Die Institute des WZ NRW begannen schon nach Abschluß der ersten Aufbauphase, seit Mitte des Jahres 1990, mit den Vorbereitungen für gemeinsame Projekte.

Gemäß der oben bereits zitierten überarbeiteten Fassung der Kooperationsvereinbarung vom 21. Februar 1995 werden insbesondere institutsübergreifende Forschungsarbeiten, gemeinsame Expertenforen sowie gemeinsame Kongresse und Tagungen durchgeführt.

Folgende Gemeinschaftsprojekte sind bisher durchgeführt worden oder befinden sich in der Durchführung:

- der Kongreß "CULTEC - Kultur und Technik im 21. Jahrhundert:
Neuroworlds-Zukunftswege der Hirnforschung" wurde 1993 als gemeinsamer Jahreskongreß durchgeführt (Federführung: WZ in Düsseldorf),
- der Kongreß "Regiovision" - Wege in die Zukunftsfähigkeit" - fand im Oktober 1994 statt (Federführung: IAT),
- der Kongreß "CULTEC - Kultur und Technik im 21. Jahrhundert:
Medizin der Zukunft - Neue Wege zur Gesundheit? wurden im November 1995 als gemeinsamer Jahreskongreß durchgeführt (Federführung: WZ NRW),
- der Kongreß "Grenzen-los" wird 1996 als gemeinsamer Jahreskongreß des WZ NRW durchgeführt (Federführung: Wuppertal-Institut).

2. Gemeinsame Forschungsprojekte:

- "Neue Strategien für alte Industrieregionen"

(bisheriger Titel: Gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche Potentiale alter Industrieregionen im internationalen Vergleich (Federführung: IAT). Abgeschlossen 1995, Vorlage einer Dokumentation.

Das genannte Forschungsprojekt integrierte alle Institute des WZ NRW, die Federführung lag beim IAT. Insbesondere sollte der Strukturwandel im Ruhrgebiet in seiner Komplexität und mit seinen vielfältigen Facetten analysiert werden. Weiter-

hin wurden neue Wege zur Organisation des Strukturwandels in einer alten Industrieregion aufgezeigt. - Damit sollte ein Beitrag zur öffentlichen Debatte über Prozeß und Probleme des Strukturwandels, über Identität und Zukunft des Ruhrgebiets geleistet werden. Im Rahmen dieses Projektes wurden zwei Förderstipendien für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben. Das Projekt mündete in dem Jahreskongreß 1994 "Regiovision - Wege in die Zukunftsfähigkeit" und wurde 1995 mit der Veröffentlichung der Dokumentation abgeschlossen.

- Technologie-Bedarf im 21. Jahrhundert

Innerhalb des Verbundprojektes "Technologie-Bedarf im 21. Jahrhundert" untersucht das WZ NRW mit einer am zukünftigen Bedarf orientierten Technologiepolitik einen neuartigen Ansatz bei der Technologieplanung. In Abgrenzung zur herkömmlichen Form der Technologieplanung, die vornehmlich technologische Trends ermittelt und extrapoliert (z.B. die Delphi-Studie), sollen die Möglichkeiten einer an individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problemfeldern orientierten Bedarfsermittlung aufgearbeitet werden.

- Europäische Integration

Mit diesem Verbundprojekt wird das WZ NRW einen Beitrag über das künftige Profil der europäischen Union leisten, in dem es zu zentralen Fragen der "Erweiterung" und "Vertiefung" Experten aus den Wissenschaften und der politischen wie administrativen Praxis zum Positionsaustausch versammelt. Dabei werden u.a. die Fragen nach der europäischen Identität, nach der Zukunft der europäischen Agrarpolitik, nach der Rolle der

- Zukunft der Arbeit

Aufgrund der Integrationsdefizite bisheriger Ansätze bietet sich dieses Thema besonders für ein interdisziplinäres, institutsübergreifendes Projekt an. Das Projekt wird methodologisch Projektionen und Simulationen mit Visionen für die Zukunft der Arbeit verbinden. Dabei sollen die empirisch-quantitativen Verfahren einen Rahmen abstecken, an dem sich Zukunftsvisionen und Leitbilder abarbeiten können.

- Zukunftsfähige Wirtschaft

Ziel dieses Verbundprojektes ist es, rasch umsetzbare Strategien eines problemlösenden Wachstums zu identifizieren, die einer großen und nachhaltigen Dematerialisierung industrieller Produkte und Prozesse dienen. Konkret geht es um die Realisierung von Möglichkeiten, durch ökologische Strategien wirtschaftliche Innovations- und Beschäftigungsimpulse zu vermitteln. Das Projekt will in Form eines Weißbuches "Konkrete Handlungsmöglichkeiten für eine ökologische Wirtschafts-, Arbeits- und Technologiepolitik sowie für ein "ökologisches Management" aufzeigen.

- Arbeitskreis zum Thema Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR (Federführung WZ in Düsseldorf). Abschluß September 1995, Vorlage einer Dokumentation im Frühjahr 1996.

Der Arbeitskreis "Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR" (AK Christen) befaßte sich als Gemeinschaftsprojekt mit der Aufarbeitung der Rolle der Kirchen in der DDR. Dies erfolgte

zum Beispiel durch Forschungsarbeiten, Quellenbestandsaufnahmen, Stipendien und kleinere Expertenforen. Die Federführung lag beim WZ in Düsseldorf in enger Kooperation mit dem KWI. Der Arbeitskreis traf sich in der Regel drei bis viermal im Jahr. Die öffentliche Abschlußveranstaltung im September 1995 wurde in den Medien stark beachtet.

Parallel zur Arbeit des Arbeitskreises wurde kontinuierlich eine fortgeschriebene Bibliographie zum Thema "Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR" erarbeitet und veröffentlicht. Weiterhin wurden ausgewählte Beiträge des Arbeitskreises publiziert.

1996 wird die große Abschlußdokumentation des Arbeitskreises der Öffentlichkeit vorgelegt.

- Arbeitskreis "Gesellschaftliche Grundströmungen der Zukunft" (Arbeitstitel; Nachfolgeprojekt zum AK "Christen" - Frühjahr 1996)

Aus der Fragestellung des AK Christen erwuchs ein größerer Problemzusammenhang. Die Frage nach der Rolle der Kirche in der DDR mündete, so wurde es auf den abschließenden Sitzungen von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Arbeitskreises formuliert, direkt in die Frage nach jenen gesellschaftlichen Grundströmungen, die unsere Lebensformen in der Zukunft beeinflussen. Das Wissenschaftszentrum in Düsseldorf wird deshalb in Kooperation mit dem KWI im Jahre 1996 einen Arbeitskreis zum Thema "Gesellschaftliche Grundströmungen der Zukunft" (Arbeitstitel) ins Leben rufen.

3. "Das MAGAZIN" als das gemeinsame Periodikum (Federführung: WZ in Düsseldorf).
4. Pressespiegel und Halbjahrespressepiegel (Federführung: WZN in Düsseldorf).

Zu Titel 685 20 - Zuschuß an die Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen - (Wuppertal-Institut)

Ansatz 1996: 7.384.000 DM
Ansatz 1995: 7.114.000 DM
Mehr: 270.000 DM

Die GmbH hat ihre Arbeit im April 1991 aufgenommen. Der Gesellschaftsvertrag weist ihr die Aufgabe der Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Sicherung der Klimasituation, zur Verbesserung der Umwelt und zur Energieeinsparung als Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Erkenntnissuche und praktischer Umsetzung zu.

Zur Verwirklichung dieser Ziele soll die Gesellschaft externen Sachverstand aus Wissenschaft und Wirtschaft zeitlich begrenzt einbinden, nutzen und interdisziplinär zusammenführen, um die Forschungsergebnisse in Strategien und Initiativen zum Schutz von Klima und Umwelt umzusetzen.

Die Gesellschaft soll im Rahmen dieser Aufgabenstellung insbesondere

- Sekundäranalysen durchführen,
- Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bündeln,
- das international vorhandene Wissen einbinden,
- den Dialog zwischen allen Beteiligten organisieren und
- umsetzungsorientierte Konzepte erarbeiten und in die Öffentlichkeit bringen.

Das Wuppertal-Institut erarbeitet Ansätze für eine ökologisch, sozial und ökonomisch zukunftsfähige Entwicklung. Auf fachlicher Ebene, mit Parteien und einer vielschichtigen "breiten Öffentlichkeit" wurden 1994 Themen wie die Ökologische Steuerreform oder die Materialintensität von Produkten und Dienstleistungen sowohl konstruktiv als auch kontrovers diskutiert.

Die Gesellschaft bearbeitete 1994 neben ihren laufenden Arbeiten eine Reihe wissenschaftlich und politisch bedeutender Projektaufträge, u.a.:

- die Beratung der Bundesregierung vor dem großen Klimagipfel in Berlin vom 27. März bis 7. April 1995,
- ein Forschungsverbundprojekt des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) zur ökologischen Mobilität in Städten,
- das Projekt "Zukunftsfähiges Deutschland" (BUND und MISEREOR) und
- das Projekt "Sustainable Europe (Friends of the Earth) sowie
- die Beratung der EXPO 2000 GmbH in Hannover.

Mehrere Bücher wurden fertiggestellt:

- "Umweltstandort Deutschland",
- "Ökonomie des Vermeidens",
- "Wieviel Umwelt braucht der Mensch?",
- "Wege zum ökologischen Wohlstand" und
- "Der Weg zur ökologischen Steuerreform".

Von Ernst U. von Weizsäcker, Amory Lovins und Hunter Lovins erschien 1995 das Buch "Faktor Vier-Doppelter Wohlstand bei halbem Naturverbrauch", Bibliographie "Umweltökonomie und zukunftsfähige Wirtschaft".

Abteilung Klimapolitik

menschlichen Einflusses auf das Erdklima sowie die Umwandlung von Forschungsergebnissen in Strategien und Initiativen zum Schutz des Klimas. Zum Jahresende 1994 wurde die Programmdirektorin, Frau Dr. Jill Jäger, für zwei Jahre zur Vizedirektorin des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse (IIASA), Laxenburg bei Wien, berufen. Sie nimmt weiterhin ihre Funktionen in der Abteilung wahr.

Die Ergebnisse des im Sommer 1994 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) abgeschlossenen Projekts "Handlungsmöglichkeiten zur Fortschreibung und Weiterentwicklung der Verpflichtungen innerhalb der Klimarahmenkonvention" dienten der Vorbereitung der ersten Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention im Frühjahr 1995 in Berlin.

Zu erwarten und geplant sind Nachfolgeaktivitäten nach Abschluß des Projekts "Zukunftsfähiges Deutschland", Vorhaben zur weiteren Ausfüllung der Klimarahmenkonvention sowie Aktivitäten zum Thema "Landwirtschaft und Klima".

Projektbereiche

- Weiterentwicklung der internationalen Klimapolitik,
- Emissionen klimarelevanter Spurengase in Nordrhein-Westfalen,
- Gesellschaftliche Lernprozesse in Reaktion auf Umweltherausforderungen,
- Ökonomische Instrumente für den Klimaschutz und ihre Konkretisierung (Ökologische Steuerreform),
- Nachhaltiges Wirtschaften.

Abteilung Stoffströme und Strukturwandel

Ökologisch zu wirtschaften, verlangt eine möglichst minimale Beeinflussung der Umwelt bei maximaler Wohlstandsschaffung. Durch die Verminderung des Stoffeinsatzes auf der Eingangsseite unserer Wirtschaft können die möglichen Gefahren auf der Ausgangsseite, also etwa bei Emissionen und Abfällen, entscheidend verringert werden.

1994 ging es vor allem darum, die Methodik der "Material-Intensität pro Serviceeinheit" (MIPS) konzeptionell voranzubringen und entsprechende Ansätze für Politik und Wirtschaft weiterzuentwickeln. Dabei ist es gelungen, die Verknüpfung von ökologischen Wirtschaftsindikatoren wie der Ressourcenproduktivität (Massen-, Energie- und Flächenintensität von Wirtschaftsleistungen pro Einheit Wohlstandsschaffung) und des Faktor 10 in die internationale Debatte einzubringen.

Ein integriertes Ressourcenmanagement beinhaltet immer auch den Versuch, Massenverluste zu minimieren, also Prozesse und Produkte so zu konzipieren, daß sie lebenszyklusweit zu möglichst geringen Abfallmengen und Gefahrstoffen führen, die dann nicht aufwendig - also massenintensiv - entsorgt werden müssen. Durch ein Ressourcenmanagement, das von vorneherein auf Dematerialisierung ausgerichtet ist, können Naturverbrauch und volkswirtschaftliche Aufwendungen minimiert werden.

Neue Bereiche, auf die das MIPS-Konzept in Zukunft Anwendung finden wird, sind die Diskussion um ökologische Chancen und Grenzen der Telekommunikation und des Gesundheitssektors, die ökologische Bewertung von Verpackungen, das Bewerten von Chemikalien sowie die Untersuchung von Auswirkungen auf die Zukunft von Arbeit und Ernährung.

Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der umweltökonomischen Gesamtrechnung fanden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt statt. Sie wurden

Deutschland".

Ergebnisse des Projektes "Ökobilanz Ruhrgebiet" wurden im Rahmen des Verbundprojektes "Neue Chancen für alte Industrieregionen" beim Jahreskongreß des WZ NRW vorgestellt.

Ökologischer Strukturwandel

Die Arbeiten zu den Bedingungen eines "ökologischen Strukturwandels", die seit Mitte 1993 laufen, wurden fortgesetzt und intensiviert.

Im WZ-Verbundprojekt "Zukunftsfähige Wirtschaft" (in Zusammenarbeit mit dem IAT) werden die Arbeiten zu den Themen Umweltmanagement, produktlinienbezogene Materialintensitätsanalysen und ökologisches Design vertieft.

Im Rahmen des vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft in Auftrag gegebenen Projektes "Ökologiestandort Nordrhein-Westfalen" wurden die Anforderungen einer ökologischen Industriepolitik konkretisiert und Handlungsoptionen des Landes zu zukunftssträchtigen Technologien identifiziert. Ferner wurden Kriterien zur Beurteilung der Umweltrelevanz von Produkten entwickelt.

Abteilung Energie

Die Abteilung Energie trägt bei zur Schaffung eines Energiesystems, das den Kriterien einer "nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung" genügt. Sie leistet problemlösungsorientierte Beiträge zu den Fragen, ob, wie und wann ein "nachhaltig zukunftsverträgliches Energiesystem" in der Bundesrepublik realisiert werden kann und bemüht sich um die Überführung des bereits vorhandenen Wissens

über die Eckpunkte eines dauerhaften und klimaverträglichen Energiesystems in Handlungsvorschläge für Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Neben den langfristigen Bedingungen einer unter ökologischen Gesichtspunkten dauerhaften Energiewirtschaft untersucht die Abteilung deshalb auch Übergangsformen auf dem Weg dahin und entwickelt umsetzungsreife Konzepte, um den stufenweisen Aufbau einer Solarenergie- und Energiesparwirtschaft unter der Maßgabe zu unterstützen, die Energieproduktivität, d.h. die Energiedienstleistung bezogen auf den Energieeinsatz, erheblich zu steigern.

Der Umbau der Energiewirtschaft trifft auf eine Vielzahl an Hemmnissen und erfordert deshalb die Entwicklung von sektor- und zielgruppenspezifischen Maßnahmenbündeln. Generell gilt: Es gibt keinen allein richtigen "Königsweg". Einseitige Politikkonzepte ("nur marktwirtschaftliche Instrumente" oder "nur Ordnungsrecht") sind zur Eindämmung der zu befürchtenden Klimakatastrophe nicht geeignet und werden oft nur als Schlagworte in die Debatte geworfen. Zwei in der Energieabteilung besonders intensiv bearbeitete Instrumente sind Least-Cost Planning und Contracting.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert bei der Erhöhung der Energieeffizienz der Gebäudebereich. Hier sind die technischen Einsparpotentiale mit 80 bis 90% besonders hoch, allerdings nur mittel- bis langfristig zu erschließen und oft mit dem Investitions-Nutzungs-Dilemma belastet. Ferner ist auf dem Wohnungsmarkt ganz besonders auf die soziale Verträglichkeit von Klimaschutzpolitik zu achten.

Ende 1994 wurde das mit dem Ökoinstitut durchgeführte Least-Cost-Planning-Projekt Hannover abgeschlossen. Es war von den Stadtwerken Hannover mitfinanziert und von der EU, vom Umweltbundesamt

entwickelt wurde. In den Grob- und Feinanalysen konnte bestätigt werden, daß in der kleinen und mittleren Industrie, im Handel und in öffentlichen Gebäuden beträchtliche Einsparpotentiale existieren. Deren Erschließung durch den Energieversorger (z.B. mittels Contracting) ist noch Neuland.

Die Evaluierung des von der RWE Energie AG durchgeführten LCP-orientierten Stromspar-Programms im Haushaltssektor ("KundenEnergiesparService, KesS") wurde abgeschlossen.

Die vorliegenden nationalen und internationalen Szenarien einer langfristigen ökologischen Kriterien gerecht werdenden Energieversorgung wurden kritisch analysiert. Gemeinsam mit den anderen Abteilungen des Wuppertal-Instituts wird ein "Wuppertal-Szenario" entwickelt.

Die Arbeiten am regionalen CO₂-Minderungskonzept für die Region Bergisches Städtedreieck haben u.a. dazu geführt, daß die Initiative K.I.W.I. gemeinsam mit der Bergischen Universität, dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung und dem Regionalbüro der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal ins Leben gerufen werden konnte.

Im Auftrag der Bundesarchitektenkammer und finanziert durch das Umweltbundesamt wurde gemeinsam mit einem Ingenieurbüro ein Leitfaden für die Fortbildung von Architekten in energiesparenden Bautechniken fertiggestellt.

Abteilung Verkehr

Unter dem Leitbegriff "Ökologisch verträgliche Mobilität" untersucht die Abteilung Verkehr die erforderlichen Strukturveränderungen für eine Verringerung des Verkehrswachstums und eine Verlagerung auf weniger umweltbelastende Verkehrsarten.

Langfristig angelegte, grundlegende Projekte stehen neben solchen, die anhand kommunaler, umweltbezogener oder verkehrsträgerspezifischer Problemlagen die notwendigen politischen Schritte zu einer Verbesserung der jeweiligen Situation in den Blick nehmen. Auf der instrumentellen Ebene umspannen die Forschungsaktivitäten der Verkehrsabteilung den gesamten Bereich fiskalischer und ordnungsrechtlicher Ansätze.

Wenn im Rahmen einer künftig stärker ökologisch ausgerichteten Verkehrspolitik weniger Personen mit Autos und Flugzeugen bzw. weniger Güter mit Lastkraftwagen auf der Straße transportiert werden sollen, dann müssen die umweltverträglicheren Verkehrsarten für die Kunden wesentlich attraktiver werden. Bereits heute könnten erheblich mehr Personen und Güter auf der Schiene transportiert werden. Wo Engpässe bestehen, könnten diese innerhalb relativ kurzer Zeit beseitigt werden, so daß steigende Verkehrsmengen bewältigbar sind.

eminent wichtiger Bereich. Entsprechend versucht die Abteilung Verkehr ökologische und gleichstellungsorientierte Entwicklungsperspektiven zu entwickeln, mit denen "Reproduktionsarbeit" Wege für die Versorgung zusammengefaßt werden, u.a. zur Betreuung von Kindern und Angehörigen bzw. Lebenspartnerinnen und -partnern oder zum Einkaufen.

Mit dem Projekt "Ökologisch verträgliche Mobilität in Stadtregionen - Modelle, Kriterien, Handlungsstrategien" sollen Ansatzpunkte und Strategien entwickelt werden, mit deren Hilfe man zu einer dauerhaft ökologischen Gestaltung von Mobilität gelangen kann. Die Städte Bremen und Halle/Saale fungieren als Modellstädte, in denen die Forschungsfragen exemplarisch konkretisiert und einzelne Ergebnisse explorativ umgesetzt werden.

Das Institut bearbeitet, teilweise zusammen mit anderen Instituten des Forschungsverbundes, sechs Teilprojekte:

- "Systemanalyse",
- "Raumstrukturelle Voraussetzungen von Mobilität",
- "Entwicklung der Arbeits- und Freizeitmobilität",
- "Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern",
- "Arbeits-/Alltagsmobilität",
- "Konsum und Güterverkehr",
- "Regionales CO₂-Minderungskonzept im bergischen Städtedreieck (Teil II: Verkehr)",
- Erarbeitung einer Arbeitshilfe "Verkehrsplanung" des Deutschen Städtetages, Kommission "Frauen in der Stadt". Modellinstrumentarium zur immissionsseitigen Bewertung.

Weitere Projekte sind:

- Verkehrswegebilanz Champignons,
- Verbesserung der Mobilitätschancen und der Beteiligung von Frauen,
- Bewertung der Auswirkungen des innerstädtischen Verkehrs auf Mensch, Tier und Pflanzen,
- Ökonomische Aspekte des Verkehrs,
- Projektbereich Bahnkonzept.

Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle

Die Arbeitsgruppe untersucht in enger Verbindung mit den Abteilungen das Kulturmodell "Industrialisierung" und die damit verknüpften Lebensweisen. Dieses Kulturmodell mit seinen verbrauchsintensiven Lebensstilen und seinen von Wohlstand und Wachstum geprägten Leitbildern erscheint mittlerweile weder im globalen Maßstab realisierbar noch im Norden der Welt zukunftsfähig. Die Erkundung "neuer Wohlstandsmodelle" ist daher ein Rahmenthema für das gesamte Institut, und nicht nur eine spezifische Aufgabe der Arbeitsgruppe. In Abwendung von dem verbrauchs- und emissionsintensiven Wohlstandsmodell sollen neue Leitbilder zum Wohlstand und zum "Guten Leben" entwickelt und Lösungswege vorgestellt werden.

Projekte zur Wohlstandsmessung wurden sowohl auf der Makro- wie auch auf der Mikroebene vorangetrieben: auf der Makroebene durch neue Wohlfahrts-Indizes, (supra-) nationale Umweltberichterstattungs- und Indikatoren-Systeme sowie vor allem um das "green national accounting" ("Grünes Sozialprodukt"); auf der Mikroebene durch kommunikative Prozesse im Rahmen der Vorbereitungen zum "EU-Öko-Auditing", dem sich Betriebe erstmals im April 1995 unterziehen konnten.

gestoßen. In diesem Projektbereich sollen Grundkonflikte der internationalen Umweltpolitik analysiert werden, die von der Spannung zwischen den Polen "Ausbeutung, Gerechtigkeit und Endlichkeit" geprägt sind.

In einer öffentlichen Anhörung des nordrhein-westfälischen Landtags im September 1994 zu "Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene eines Bundeslandes" hat das Wuppertal-Institut eine Stellungnahme abgegeben. Seine Kernthese besagt, daß es die wichtigste entwicklungspolitische Aufgabe Nordrhein-Westfalens ist, die Lebens- und Produktionsweisen im eigenen Land zukunftsfähig zu machen.

Wissenschaftliche Planung und Koordination

Die wissenschaftliche Planung und Koordination umfaßt Aufgaben zur institutsinternen Kommunikation, der Vorbereitung von Entscheidungen des Präsidenten innerhalb des Institutes.

Darüber hinaus existiert eine gemeinsame Vortragsreihe mit der Bergischen Universität / Gesamthochschule Wuppertal.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Ziel der Arbeit ist es, die neuesten Forschungsergebnisse der einzelnen Abteilungen einer breiten Öffentlichkeit, Parteien, der Industrie, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen nahezubringen und verfügbar zu machen.

Jährlich werden im Birkhäuser-Verlag, Basel/Berlin, ein bis zwei Monographien zu Schwerpunktthemen der einzelnen Institutsabteilungen erscheinen. Kurz und prägnant wird in den "Wuppertal

Texten" und "Wuppertal Paperbacks" zu aktuellen
umweltpolitischen und ökologischen Themen Stellung
genommen.

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 1996: 4.303.700 DM

Ansatz 1995: 4.481.900 DM

Weniger: 178.200 DM

1. Zielsetzung und Arbeitsweise

Das Kulturwissenschaftliche Institut (KWI) in Essen ist ein interdisziplinäres Forschungskolleg für Geistes- und Sozialwissenschaften in der Tradition internationaler advanced-study-Institute. Es dient als Kristallisationskern für fachübergreifende Debatten und Forschungen im Bereich kulturwissenschaftlicher Querschnittsfragen, die fachspezifisch allein nicht beantwortet werden können. Um die gerade in Zeiten der Spezialisierung und Differenzierung notwendige Interdisziplinarität zu verwirklichen, lädt das Institut Hochschulwissenschaftlerinnen und Hochschulwissenschaftler unterschiedlichster Fächer und Frauen und Männer aus unterschiedlichen Feldern gesellschaftlicher Praxis für einen begrenzten Zeitraum in sein Kollegium ein. Das Institut bietet seinen Kollegiaten einen Ort der Konzentration und des intensiven Dialogs. Innerhalb des Hauses arbeiten die Kollegiaten in Studiengruppen an gemeinsamen und an eigenen Projekten. Die Studiengruppen bestehen nicht nur aus den hauptamtlich in ihnen tätigen Kollegiaten, sie beziehen auch Forscherinnen und Forscher ein, die weiterhin in den Hochschulen beschäftigt sind. Promovierte und habilitierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Lebenszeitstellung werden bei der Auswahl der Kollegiaten ebenfalls berücksichtigt, zudem schreibt das Institut jährlich Förderstipendien für fortgeschrittene Promotionsstipendiatin-

nen und Promotionsstipendiaten aus. Neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland waren in den vergangenen Jahren Forscherinnen und Forscher aus Italien, Südafrika, den USA, der GUS, Zaire, Österreich und England .Gast im KWI.

2. Themen, Projekte, Arbeitsgruppen

Die Themen der Forschungsgruppen des Instituts beziehen sich regelmäßig auf Orientierungsprobleme des zeitgenössischen Kulturbewußtseins; sie zielen auf interdisziplinäre Verständigung und praktische Anwendung. Die Themen werden von Vorstand und Beirat des Hauses gemeinsam entwickelt. Dem Vorstand gehören neben dem Präsidenten des Instituts die Leiterinnen und Leiter der Studiengruppen an, zum Beirat zählen international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlichster Fachrichtungen (Beiratsvorsitzender: Prof. Dr. E. Lämmert, Berlin). Die zeitliche Befristung der Themen und Forschungsgruppen bewirkt in Verbindung mit der grundsätzlichen Rotation der eingeladenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die Jahre eine stete Veränderung der Arbeitsschwerpunkte und des Institutsprofils. Ein Blick auf die seit der Eröffnung des Instituts im Jahre 1989 bearbeiteten Themen zeigt die Spannweite der hier interessierenden Fragestellungen: "Gedächtnis", "Ikonographie des Politischen", "Topographien der Geschlechter", "Kulturgeschichte der Natur", "Ästhetische Inszenierung der Demokratie", "Demokratie-Öffentlichkeit-Medien", "Staatswerdung Europas".

Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Philosophie/Essen), "Demokratie-Öffentlichkeit-Medien" (Leitung: Prof. Dr. Gertrud Koch, Filmwissenschaft/Bochum) und "Staatswerdung Europas" (Leitung: Prof. Dr. Wilfried Loth, Geschichte/Essen) bestimmt. Während die Gruppe "Kulturgeschichte der Natur" die Entwicklung des Naturverständnisses im abendländischen Kulturkreis untersucht, thematisiert die Gruppe "Demokratie-Öffentlichkeit-Medien" die Transformation von Öffentlichkeit und Politik im Zeitalter moderner Massenmedien sowie die Grundlagen einer kulturwissenschaftlichen Theorie massenmedialer Kommunikationsformen. Die Europa-Gruppe analysiert Fragen der Identität und Demokratie im Prozeß der europäischen Einigung.

Neben diesen Studiengruppen unterhält das Institut einen Arbeitskreis "Revierkultur - Zeitgeschichte und Zukunft" (Leitung: Prof. Dr. Karl Rohe, Essen) sowie eine Außenstelle in Leipzig, welche sich insbesondere verschiedenen Projekten zur Erfahrungsgeschichte der DDR und zur Verarbeitung der Wende widmet.

3. Kooperation, Öffentlichkeit

Das Institut führte in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Reihe von Projekten in Kooperation durch, u.a. mit dem Arbeitskreis "Technikfolgenabschätzung" des Landes NRW, dem Rheinischen Museumsamt des Landschaftsverbandes Rheinland, dem Institut für Europäische Politik (Bonn), dem Woodrow Wilson International Center (Washington), dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld, dem Ruhrlandmuseum in Essen und verschiedenen

Universitäten (u.a. Essen, Frankfurt/O und Warschau).

In Verbindung mit dem Kulturdezernat der Stadt Essen organisiert das KWI die "Heisinger Kulturgespräche". Diese Veranstaltungsreihe dient dem Dialog zwischen Kultur, Politik und Wissenschaft, sie soll die Kultur des Gesprächs pflegen und das Gespräch über die Kultur fördern. Die Themenkreise, denen sich die Kulturgespräche widmen, lauten: "Idee und Wandel moderner Kulturkonzepte", "Kulturpolitik in Deutschland und Europa", "Chancen und Probleme kommunaler Kulturpolitik", "die Veränderung des Kulturbegriffs durch neue Medien" und "die Rolle der Kulturwissenschaften in der modernen Kultur".

Das KWI wird 1996 seine Funktion als Forum für Debatten über zentrale Fragen der modernen Gesellschaft und als Kolleg für interdisziplinäre und integrative Forschungen im Rahmen der Kulturwissenschaften weiter ausbauen. Neue Institutsprojekte (u.a. zur Herausforderung der Demokratie durch Probleme der Medienentwicklung, der Werterosion und der ökologischen Krise) und neue Studiengruppen werden nach Plan und Institutskonzeption das bisherige Profil des Instituts erweitern. Diese Projekte und Studiengruppen sind in Vorbereitung.

Die Erträge der Forschungen des Instituts werden in Vorträgen und Publikationen öffentlich, im Jahrbuch des Instituts werden sie in Einzelberichten, Berichten der Studiengruppen und Aufsätzen exemplarisch dokumentiert. Die Kollegiaten publizieren regelmäßig in Fachzeitschriften, ihre Bücher erscheinen zum Teil in spezialisierten Fachverlagen, zum Teil in Verlagen mit breiter Themenpalette (u.a. Fischer, Suhrkamp, Rowohlt). Öffentlich zugänglich sind auch die Montagsvorträge im Alten Rathaus Heisingen, dem Sitz des Instituts.

Vielfalt der am KWI behandelten Themen. Für die Präsentation der Forschungsergebnisse des Instituts kommt auch den zahlreichen Workshops und Tagungen des Hauses erhebliche Bedeutung zu. Diese Veranstaltungen dienen nicht nur der Begegnung und dem Gespräch, sie dienen auch der Verbreitung des hier Erarbeiteten in eine weitere Öffentlichkeit. Für 1996 plant das Institut u.a. Tagungen zum Thema "NRW in Europa" und "Demokratie".

Das KWI leitet 1996 federführend das Verbundprojekt "Europäische Integration" des WZ NRW. In dieses Projekt sind Teilprojekte aller Einrichtungen des WZ NRW eingebunden. Das Verbundprojekt thematisiert Ziele und Probleme der europäischen Integration am Ende des 20. Jahrhunderts (u.a. mit Blick auf die Forschungs-, Außen-, Agrar- und Regionalpolitik, auf die Integration osteuropäischer Länder und die europäische Öffentlichkeit).

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

Zu Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten -

Ansatz 1996: 1.273.000 DM

Ansatz 1995: 1.273.000 DM

Stellenabgang:

Wegfall einer Stelle der Verg.-Gr. Ib/IIa BAT aufgrund der Einsparungsvorgabe 1996.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1996

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1996	1995		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 10.11.1995		
1	2	3	4	5	6	7	8
C 4	Universitätsprofessor/ Universitätsprofessorin	6	6	2			
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	1	1	1			
		7	7	3			
A 11	Bibliotheksamtmann/ Bibliotheksamtfrau	1	1	1			
A 10	Regierungsoberinspektor/ Regierungsoberinspektorin	1	1	1			
A 9	Bibliotheksinspektor/ Bibliotheksinspektorin	1	1	1			
		3	3	3			
	Insgesamt	10	10	6			

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 10.11.1995 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe BAT	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
1a	1	1	-			
1b	1	1	-			
1b/IIa	8	9	6			
Vc/VIb	1	1	1			
VIb/VII	3	3	1			
VII/VIII	1	1	1			
	15	16	9			
Zusammen	15	16	9			
Auszubildende						

1. Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiterinnen/Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
MTL II					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
4a-3a	1	1	1			
3a/2a	1	1	1			
Zusammen	2	2	2			

Kapitel 02 062 - Institut "Arbeit und Technik"

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 1996: 5.533.300 DM

Ansatz 1995: 7.789.100 DM

Weniger: 2.255.800 DM

1. Allgemeines

Das Institut 'Arbeit und Technik' im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (IAT) ist am 01.08.1988 als Einrichtung des Landes gem. § 14 Landesorganisationsgesetz (LOG) mit Sitz in Gelsenkirchen gegründet worden. Das Institut soll problemorientierte Grundlagen- und angewandte Forschung im Bereich "Arbeit und Technik" betreiben und auf eine systematische, kontinuierliche und praxisnahe Umsetzung der Forschung hinarbeiten. Es soll Beiträge zur Analyse des Strukturwandels in NRW leisten. Dabei soll es tragfähige Vorschläge zur Lösung der mit dem Strukturwandel verbundenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen entwickeln und Entwürfe für eine Gestaltung von Arbeitssystemen und technischen Strukturen sowie von wirtschaftlichen und politischen Strategien unterbreiten.

Die genannten Aufgaben sowie die Struktur des Institutes sind in der Institutsordnung in der Fassung vom 10.07.1990 (SMB1. NW 200 20) konkretisiert worden.

- Arbeitsmarkt
- Dienstleistungssysteme
- Industrieentwicklung
- Produktionssysteme

Die Abteilung Arbeitsmarkt

- analysiert Anpassungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt und entwickelt Strategien präventiver und zukunftsorientierter Arbeitspolitik,
- untersucht den Wandel der Berufs- und Qualifikationsstrukturen und entwirft Modelle für die notwendige Weiterbildung,
- entwickelt Vorschläge für betriebliche Regelungen von Arbeits- und Betriebszeiten, die Spielraum für individuelle Zeitgestaltung bieten.

Die Abteilung Dienstleistungssysteme

- untersucht die Chancen für die Verknüpfung verschiedener Dienstleistungen zu nachfragegerechten und kostengünstigen neuen Angeboten,
- entwickelt und implementiert rationale Organisationsstrukturen für öffentliche und private Dienstleister,

- entwirft Konzepte für eine moderne Dienstleistungsstruktur mit attraktiven Arbeitsplätzen.

Die Abteilung Industrieentwicklung

- analysiert unternehmerische und wirtschaftspolitische Handlungsstrategien in ausgewählten Industrien Nordrhein-Westfalens im Kontext internationaler Entwicklungen,
- entwickelt und initiiert neue Formen der Organisation des Strukturwandels.

Die Abteilung Produktionssysteme entwickelt

- integrierte Konzepte für eine leistungsfähige kundenorientierte Produktion,
- Modelle für partizipatives Management und qualifizierte Arbeit,
- Entwürfe für eine arbeitsorientierte Gestaltung von computergestützter Technik.

Im Rahmen der genannten Aufgaben ist das IAT eingebunden in die internationale Forschung und wird täglich mit den Erfahrungen des Strukturwandels im Industrieland NRW konfrontiert. Es nutzt dieses Spannungsfeld kreativ für die Suche nach Möglichkeiten,

- durch innovative Lösungen für soziale und ökologische Probleme neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu schaffen,

- durch partizipatives Management und kooperatives Handeln die Wandlungs- und Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Politik zu stärken.

Das IAT bietet außerdem eine Plattform für den fachlichen Austausch über aktuelle Fragen und Probleme der wirtschaftlichen Erneuerung und des strukturellen Wandels.

Leitgedanke des IAT ist es, Wissenschaft für die Praxis nutzbar zu machen, Konzepte für Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und Politik zu entwickeln und sie gemeinsam in die Praxis umzusetzen.

Forschung und Entwicklung im Institut Arbeit und Technik 1995-2000.

Die dargestellten abstrakten Aufgaben des IAT werden durch einen Forschungs- und Entwicklungsplan konkretisiert, der vom Institut erarbeitet und von seinem wissenschaftlichen Beirat beraten wird. Der Forschungs- und Entwicklungsplan besteht aus einer auf 5 Jahre angelegten Rahmenplanung und einem operativen Teil, der jährlich fortgeschrieben wird. Er bildet die konkrete Umsetzung des von der Landesregierung erteilten allgemeinen Arbeitsauftrags an das IAT.

Die nachfolgende Darstellung enthält nur einen knappen Rückblick auf die bisherigen Forschungsarbeiten und konzentriert sich dann auf die Veränderungen, die sich in 1996 im Vergleich zu 1995 ergeben haben oder angestrebt werden.

Wachstum durch Modernisierung der Arbeit und neue Märkte.

Diese Überschrift über dem Forschungs- und Entwicklungsplan 1995 hat ihre Relevanz für die Arbeiten im kommenden Jahr nicht verloren. Nicht nur die sog. "alten" Industrien, sondern auch die "neuen" Industrien stehen unter dem Druck, ihre internen Strukturen, ihre Produkt-, Produktions- und Marktstrategien veränderten Marktbedingungen anzupassen. Dieser Druck wird durch zunehmende soziale und ökologische Probleme eher noch verstärkt. Die Lösung sozialer und ökologischer Probleme auch ökonomisch zu organisieren und sogar zu einem Motor innovativer Entwicklungen zu machen, ist die Herausforderung, der sich Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu stellen haben. Daraus leiten sich auch die neuen Akzente dieses Forschungsplanes ab.

Die Verknüpfung von Personal, Organisation und Technologie als kritischer Punkt für die Wandlungsfähigkeit der Unternehmen und die Leistungsfähigkeit moderner Produktionssysteme ist nach wie vor ein Leitthema des Instituts. Die praktischen Betriebsprojekte haben immer wieder belegt, welche hohen Widerstände überwunden werden müssen, um die notwendige Tiefe der Veränderungsprozesse zu erreichen. Aus dieser Erfahrung heraus wird sich der Akzent der weiteren Arbeiten auf diesem Feld von der Gestaltung selbst auf die Prozesse organisationalen Wandels verlagern. Im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung hat sich mit der systematischen Datenmodellierung ein wichtiges neues Arbeitsfeld ergeben, das die Brücke zwischen Organisationsentwicklung und Systemgestaltung schlägt. Eine weitere wichtige Akzentverschiebung stellt der Übergang der Betrachtung des Computers als Werkzeug zur systemtechnischen Unterstützung

Die arbeitsmarktpolitische Situation in Nordrhein-Westfalen (wie in der Bundesrepublik insgesamt) erfordert zunehmend präventive Strategien, wie sie z.B. mit dem START-Programm in Nordrhein-Westfalen erprobt werden, an dessen Entwicklung das IAT maßgeblich beteiligt war. Eine neue Schwerpunktbildung geht jedoch bereits einen Schritt darüber hinaus, indem präventive Arbeitsmarktpolitik mit regionaler Weiterbildungspolitik und betrieblicher Beschäftigungspolitik verknüpft werden. Ausgangspunkt ist die Hypothese, daß mit der Veränderung der Binnenstruktur der Betriebe und durch überbetriebliche Kooperationen auch die Funktionsweise des Arbeitsmarktes verändert wird. Neue Konzeptionen der Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Arbeitsgestaltung bei Aufrechterhaltung sozialer Sicherheit ist nach wie vor eine Kernfrage, der das Institut auch weiterhin auf konzeptioneller wie auf der praktisch-betrieblichen Ebene nachgeht.

Soziale wie unternehmensnahe Dienstleistungen sind inzwischen ein Motor wirtschaftlich-struktureller Entwicklung und wirtschaftlichen Wachstums. Teilbranchen wie Telekommunikation, Verkehr, Freizeit, Kultur und Tourismus, aber auch staatliche soziale Dienstleistungen, bieten heute in Nordrhein-Westfalen mehr Menschen Arbeit als die traditionellen Industrien. Sind vor diesem Hintergrund bereits bisher Fragen des Technikeinsatzes, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsgestaltung, aber auch der Entwicklung neuer Märkte durch die Verknüpfung verschiedener Dienstleistungen untersucht worden (und werden auch weiterhin verfolgt), so wird dieses Spektrum erweitert um die Untersuchung von Potentialen und Gestaltungsanforderungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem

Ziel, sie zur Effizienzsteigerung der Öffentlichen Verwaltung wie zur individuellen Unterstützung im Alltag "einsatzreif" zu machen.

Die Forschung in den Abteilungen wird seit mehreren Jahren durch selbstorganisierte Querschnittsgruppen unterstützt und verknüpft. Nach Erhebungen zum Innovations- und Kooperationsverhalten von Anbietern sozialer Dienstleistungen für altengerechtes Wohnen bereitet die Arbeitsgruppe Strukturberichterstattung für 1996 zwei Untersuchungen zum Bereich Telekommunikation vor. Dabei wird es zum einen um die Nutzung von Telekommunikation im Arbeitsprozeß gehen, zum anderen um Anbieter, Angebotsstrukturen, Innovationsaktivitäten und regionale Verflechtungen dieser neuen Industrie in NRW.

Trotz einer günstigen konjunkturellen Entwicklung geraten Frauen wieder zunehmend auf die Schattenseite des Arbeitsmarktes. Die erst Ende 1994 etablierte Frauenforschungsgruppe hat die zentralen Projekte der Abteilungen unter frauenpolitischen Aspekten untersucht und gründet darauf ihre Beratungsarbeit für Gleichstellungsstellen, Unternehmen und Gewerkschaften. Die Arbeitsgruppe wird sich an dem WZ-Verbundprojekt "Zukunft der Arbeit" beteiligen und aus ihrer bisherigen Arbeit heraus verstärkt Aktivitäten zur Vernetzung und Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen, die in NRW in diesem Themenspektrum arbeiten, entwickeln.

Die gemeinsame Forschung der WZ-Institute nimmt einen wachsenden Raum im Forschungsprogramm des IAT ein. Nachdem das erste große Verbundprojekt "Gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche Potentiale alter Industrieregionen im internationalen Vergleich" unter Federführung des IAT erfolgreich abgeschlossen und auf dem Jahreskongress

und "Zukunftsfähige Wirtschaft. Dematerialisierung durch problemlösendes Wachstum" thematisieren die strukturellen Konsequenzen von auf ökologische Verträglichkeit hin orientierten Wirtschaftens. Das Vorhaben "Technologiebedarf im 21. Jahrhundert" versucht, Nachfragefelder zu identifizieren, die entweder eine Ausweitung des Einsatzes vorhandener Technologien oder aber zu ihrer Befriedigung technologische Neuentwicklungen erfordern. Mit dem Dialogprojekt "Europäische Integration" schließlich werden Probleme der "Europäisierung Europas" aufgenommen. In international zusammengesetzten Workshops werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Politikerinnen und Politiker Perspektiven der weiteren Integration der Europäischen Union wie der Integration der mittel- und osteuropäischen Reformländer auf ihrem Weg "zurück nach Europa" diskutieren.

Das IAT hat sich immer auch als Dialogforum gesellschaftlicher Gruppen verstanden. Die Vermittlung von Forschung und Forschungsergebnissen und ihre kritische Diskussion mit den jeweils betroffenen Gruppen oder Interessenten gehört deshalb als fester Bestandteil zu fast jedem Forschungsvorhaben. Entsprechend wurde auch die Öffentlichkeitsarbeit des Instituts ausgebaut. Neben den unmittelbar projektfeldbezogenen Veranstaltungen führt das Institut themenübergreifende Dialogveranstaltungen in einem "Forum Wirtschaft - Wissenschaft - Politik" durch, an dem sich Führungskräfte aus diesen Bereichen intensiv beteiligen.

Die Sicherung von Beschäftigung und die Lösung ökologischer und sozialer Probleme vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierungstendenzen - damit sind die nach wie vor zentralen Themen der nächsten Jahre auf europäischer wie auf bundes- und landespolitischer Ebene benannt. Die Präzisierung, Weiterentwicklung und Operationalisierung des Konzepts des "problemlösenden Wachstums", wie es sich aus den verschiedenen industriepolitischen Studien des Instituts ergeben hat, wird deshalb in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt der Forschungsarbeit bilden. Dabei wird es auch darum gehen, problemlösende Wachstumsstrategien mit wissenschaftlicher Industrieentwicklung zu umfassenderen Modernisierungsstrategien zu verknüpfen. Mit dieser Schwerpunktsetzung geht auch eine Akzentverschiebung in den weitergeführten Studien zur Automobil- und Automobilzulieferindustrie einher, wo die Frage nach ökologischen Innovationen in dieser Industrie und auf ihren Märkten in den Vordergrund rückt. Gleichzeitig wird damit die Bedeutung der bisherigen und auch weitergeführten Studien zu regionaler Kooperation als Möglichkeit, auf Globalisierungstendenzen wie auf Wachstumsprobleme zu reagieren, unterstrichen.

2.1 Personalausgaben

Stellenwegfall:

Wegfall einer Stelle der Verg. Gr. Ib/IIa BAT aufgrund der Einsparungsvorgabe.

Zu den Personalausgaben siehe im übrigen die nachfolgende Übersichten:

(Dienststelle)

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1996

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Be- amtinnen und Beamten der ei- genen Verwal- tung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		1996	1995		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
1	2	3	4	5	am 10.11.1995		
					6	7	8
A 13	Regierungsrat Regierungsrätin/	1	1	1			
	Insgesamt	1	1	1			

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
BAT					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
				geführten		
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
AT	6	6	6			
I	3	3	2			
Ia	2	2	2			
Ib	10	7	7			
Ib/IIa	3	6	6			
III/IVa	2	2	2			
IVb/Vb	1	1	1			
Vb/Vc	1	1	1			
Vc	5	1	1			
VIb	-	4	4			
Zusammen	33	33	32			
Auszubildende	—					

AT -Stellen für Abteilungsleiter nach Bes.Gr. C 4

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1996

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiterinnen/Arbeiter			Zahl der auf freien		
	1996	1995	Istbesetzung am 10.11.1995	Planstellen	Stellen für	
MTL II					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
PGR IV	1	1	1			
Zusammen	1	1	1			

Ansatz 1996: 90.000 DM

Ansatz 1995: 90.000 DM

und

zu Titel 427 20 - Vergütung und Löhne für
Aushilfen -

Ansatz 1996: 160.000 DM

Ansatz 1995: 160.000 DM

Das Institut ist im Rahmen seiner Aufgabenstellung darauf angewiesen, intensiven Kontakt mit ausländischen und deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu pflegen. Für diesen intensiven wissenschaftlichen Austausch ist es erforderlich, insbesondere bei gemeinsamen Forschungsaktivitäten, Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler einladen zu können. Die Mittel des Titels 427 10 werden außerdem dazu benötigt, stundenweise nebenberuflich Tätige für Hilfstätigkeiten bei Veranstaltungen und sonstigen, sporadisch anfallenden Hilfstätigkeiten einsetzen zu können. Aus dem Titel 427 20 werden ausschließlich zur Unterstützung in der Forschung studentische Hilfskräfte finanziert. Sie werden für wissenschaftliche Hilfstätigkeiten, wie z.B. Literaturrecherchen, Aufarbeitung von wissenschaftlichen Texten u.ä. eingesetzt. Dabei werden sie gleichzeitig in ihrem Studium gefördert und zu eigenem wissenschaftlichen Arbeiten angeleitet.

2.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften -

Ansatz 1996:	210.000 DM
Ansatz 1995:	223.000 DM
Weniger:	13.000 DM

Das IAT verfügt über eine eigene Bibliothek, die in beschränktem Umfang auch Externen zur Verfügung steht.

Die Aufgabenstellung des Institutes, Wissenschaft für die Praxis nutzbar zu machen, setzt voraus, daß einerseits der aktuelle Forschungsstand, andererseits aber auch die jeweils "beste Praxis" präsent ist. Aus diesem Grunde muß die Bibliothek kontinuierlich entsprechende Literatur sowohl aus der Forschung als auch der Praxis für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereithalten. Aus Gründen der notwendigen Aktualität des Forschungs- und Praxisstandes sind in erheblichem Umfang Zeitschriften abonniert, deren Kosten fast die Hälfte des Ansatzes ausmachen.

Ansatz 1996: 157.000 DM
Ansatz 1995: 140.000 DM
Mehr: 17.000 DM

und

zu Titel 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz 1996: 78.000 DM
Ansatz 1995: 78.000 DM

und

zu Titel 541 00 - Aufwendungen für Veranstaltungen -

Ansatz 1996: 83.000 DM
Ansatz 1995: 83.000 DM

Wie aus der geschilderten Aufgabenstellung des IAT ersichtlich ist, handelt es sich nicht um ein Institut, das im klassischen Sinne Grundlagenforschung betreibt. Entscheidendes Leitbild des Handelns ist der Dreiklang von Forschung, Entwicklung und Erprobung. Insbesondere die Entwicklung und Erprobung von praxisnahen Forschungsergebnissen setzt einen intensiven Kontakt zu Akteuren aus allen gesellschaftlichen Gruppen voraus.

Daraus resultieren die notwendigen und steigenden Kosten bei Titel 513 10, die eng mit den intensivierten Öffentlichkeits- und Veranstaltungsaktivitäten verbunden sind. Beide Aktivitäten erfüllen gleichzeitig die Anforderung nicht zuletzt aus dem politischen Raum, die Arbeitsergebnisse des IAT stärker in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zu Titel 526 10 - Sachverständige-, Gerichts- und
ähnliche Kosten -

Ansatz 1996: 230.000 DM
Ansatz 1995: 270.000 DM
Weniger: 40.000 DM

und

zu Titel 526 30 - Untersuchungsvorhaben und Befra-
gungsaktionen -

Ansatz 1996: 60.000 DM
Ansatz 1995: 90.000 DM
Weniger: 30.000 DM

Beide Titel werden ebenfalls in entscheidendem Maße von der Aufgabenstellung des Institutes (Forschung, Entwicklung und Erprobung) geprägt.

Aus Titel 526.10 werden fast ausschließlich Werkverträge finanziert. Sie dienen im wesentlichen dazu, den jeweiligen projektbezogenen Forschungsstand in Form von wissenschaftlichen Studien extern aufarbeiten zu lassen. Nur so ist es möglich, daß das IAT sich zeitgerecht über den aktuellen Forschungsstand informieren kann, ohne dadurch in erheblichem Umfang zusätzliche eigene Personalressourcen vorhalten zu müssen. Die Werkvertragsmittel gewinnen auch durch die stärkere notwendige Einbindung des IAT in internationale Forschungszusammenhänge und -netzwerke zunehmend an Bedeutung.

Sie werden auch eingesetzt werden, um Anforderungen aus Politik und Wirtschaft außerhalb der Forschungsplanung kurzfristig und zielgerichtet berücksichtigen zu können.

Zu Aufgabenschwerpunkten des Institutes werden regelmäßig Befragungsaktionen durchgeführt, die

gungsaktionen haben im Rahmen der sog. Strukturberichterstattung in der Vergangenheit bereits wichtige Aussagen hinsichtlich des notwendigen Strukturwandels des Landes ermöglicht, z.B. zuletzt hinsichtlich der Umweltschutzindustrie, veröffentlicht im Buch "Umweltschutz -- made in NRW".

2.3 Ausgaben für Investitionen

Zu Titel 811 10 - Erwerb von Dienstkraft-
fahrzeugen -

Ansatz 1996: 32.000 DM

Ansatz 1995: 0 DM

Mehr: 32.000 DM

Das im Haushaltsjahr 1990 beschaffte Dienstkraftfahrzeug des Institutes wird in Kürze den Kilometerstand von 200.000 km überschreiten. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen ist eine Ersatzbeschaffung erforderlich.

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 1996:	5.305.900 DM
Ansatz 1995:	5.069.300 DM
Mehr:	236.600 DM

Die bisher im Einzelplan 20 Kapitel 20 710 etatierten Einnahmen und Ausgaben für Versorgungsempfänger werden ab 1996 dezentral in den Einzelplänen veranschlagt.

Mit der Dezentralisierung der Einnahmen und Ausgaben für Versorgungsempfänger werden jedem Einzelplan die in seinem Aufgabenbereich entstehenden Ausgaben und Einnahmen zugeordnet. Für die Zuordnung ist der Einzelplan der Dienststelle maßgeblich, aus der der Beamte in die Versorgung eintritt.

Die für den Einzelplan 02 maßgebliche Aufteilung erfolgt aufgrund des Anteils des jeweiligen Einzelplans an den Gesamtversorgungsaufwendungen des Landes (mit Ausnahme der Aufwendungen für Polizisten und Lehrer).

Mittelfristig wird angestrebt, alle aufteilbaren Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 20 den Einzelplänen zuzuordnen, in denen diese entstehen.

Akademie der Wissenschaften	50
Akademienprogramm	50
Angestelltenübersicht	106; 139; 152
Arbeiterübersicht	140; 153
Auschwitz	57
Aushilfen	154
Auslandsprojekte	76

B

Beamtenversorgung	160
Beschäftigungsentgelte	154
Bezüge der Angestellten	5
Bezüge der Arbeiter	6
Bezüge der Beamten	3
Bücher und Zeitschriften	155

D

Dienstkraftfahrzeuge	159
----------------------------	-----

E

Eine-Welt-Promotoren	68
Entwicklungszusammenarbeit	59; 69

F

Flüchtlingshilfe	87
Forum Eine Welt	64

G

Gedenkstätte Auschwitz	57
Gemeinschaftsprojekte	115
Gesamtüberblick	1
Grundinstandsetzung des Landeshauses	42
Gutachten und Forschungsaufträge	46

I

Informations- und Bildungsarbeit	67
Institut "Arbeit und Technik"	141
Internationale Zusammenarbeit	72
Investitionen	44

J

Jahreskongreß	112
---------------------	-----

Konkreter Friedensdienst 132
Kulturwissenschaftliches Institut 132

L

Landesentwicklungsbericht 58
Landeshaus 42
Landespresse- und Informationsamt 13
Leerstellenübersicht 107

N

Nord-Süd-Beauftragter 62
NRW-Fest 29

Ö

Öffentlichkeitsarbeit 99; 108; 134; 156

P

Periodika 110
Personalausgaben 3
Planstellenübersichten 105; 138; 151

R

Repräsentation 31
Rundfunkgebühren 156

S

Sachverständige 61; 72; 157
Stiftungsfonds 77

T

Tag der Deutschen Einheit 41
Titelgruppe 71 59
Titelgruppe 72 72
Titelgruppe 76 87

U

Untersuchungsberichte 49
Untersuchungsvorhaben 157

V

Veranstaltungen 111; 156
Verfüungsmittel 74
Veröffentlichungen 111

wuppertal institute für klima,
Umwelt, Energie GmbH 120

Z

Zeitschriften 155

NORDRHEIN-WESTFÄLISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

ENTWURF DES HAUSHALTSPLANS 1996

nach Beratung in der Klasse für Geisteswissenschaften am 23. November 1994 und in der Klasse für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften am 7. Dezember 1994 durch das Präsidium der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften in der Sitzung am 18. Januar 1995 gemäß § 8 Abs. 6 des Akademiengesetzes festgestellt.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1000
		DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
1	2				
<u>I. EINNAHMEN</u>					
119 10	Vermischte Einnahmen	---	---	---	---
119 20	Einnahmen aus Ver- öffentlichungen	18 000	35 000	17 000 (-)	18
124 10	Mieten und Pachten - "Mehreinnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 519 10 verwendet werden".-	55 000	42 000	13 000 (+)	75
252 00	Zuschuß des Landes NRW	5 262 800	5 188 000	74 800 (+)	
282 00	Zweckgebundene Spenden und Zu- wendungen Dritter	---	---	---	
		<u>5 335 800</u>	<u>5 265 000</u>	<u>70 800 (+)</u>	

Zu Titel 119 20:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus den Verlagsrückflüssen für die Akademieveröffentlichungen gemäß § 7 Abs. 2 des Verlagsvertrages. Die Einnahmen sind geschätzt und an das IST-Ergebnis des Haushaltsjahres 1994 angepaßt.

Titel 124 10

Veranschlagt sind die Mieten aus der Vermietung des HdW sowie die Miet- und Pachteinnahmen aus Verträgen mit WDR, AGR und Mietwohnung des HdW. Die Einnahmen sind geschätzt.

Zu Titel 252 00:

Veranschlagt sind die bei Epl. 02 Kapitel 02 020 Titel 685 10 des Landeshaushalts bereitgestellten Mittel.

Zu Titel 282 00:

Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Spenden und Zuwendungen Dritter.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6

II. AUSGABEN

A. Personalausgaben

412 00	Entschädigungen an die Mitglieder der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften gemäß § 17 Abs. 2 der Akademiesatzung	90 000	90 000	---	72
--------	---	--------	--------	-----	----

Zu Titel 412 00:

- (1) Den ordentlichen Mitgliedern werden für die Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums, der beiden Klassen, den Gemeinsamen Sitzungen, an der Jahresfeier sowie an den Sondersitzungen jeglicher Art eine Sitzungsgeld- und Fahrtkostenerstattung als Entschädigung gemäß § 17 (2) der Akademiesatzung gewährt. Das Sitzungsgeld beträgt 50,-- DM. Es handelt sich nicht um Dienstreisen im Sinne des Landesreisekostengesetzes (LRKG), sondern um die regelmäßige Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben der Akademie an ihrem Sitz (§ 7 Abs. 5 der Akademiesatzung).
- (2) Auch die Mitglieder der Beratungsausschüsse und der Arbeitskreise zur Verteilung von Forschungsmitteln des Landes NW - soweit sie Akademiemitglieder sind - erhalten für die Teilnahme an den vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung einberufenen Beratungssitzungen Sitzungsgeld und Fahrtkosten als Entschädigung. Das Sitzungsgeld beträgt 30,-- DM.
- (3) Die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und Akademie-Kommissionen, soweit sie Mitglieder der Akademie sind, erhalten ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,-- DM und Fahrtkostenerstattung als Entschädigung gemäß § 17 (2) der Akademiesatzung.
- (4) Die Fahrtkostenentschädigung schließt die Erstattung von Taxikosten für Zu- und Abfahrten und die Erstattung von Zuschlägen für die Benutzung von ICE/EC/IC/IR/FD/M - und D- Zügen ausdrücklich ein.
- (5) Für Strecken, die ein Akademiemitglied mit einem ihm gehörenden Kraftfahrzeug zurücklegt, wird als Auslagenersatz eine Wegstreckenentschädigung gemäß § 6 Abs. 1 LRKG in Verbindung mit Ziffern 6.1.3, 6.1.4 und 6.2 der VV zu § 6 LRKG von zur Zeit 38 Pfennig gewährt.
- (6) Finden an einem Tag neben den Sitzungen zu Ziffer 1 auch Sitzungen zu Ziffer 2 und 3 statt, wird nur das Sitzungsgeld gemäß Ziffer 1 gewährt.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
		DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6

B. Sächliche Ver-
waltungsausgaben

Die Mittel der Titel
511 10 bis 527 10
und 546 10 sind ge-
genseitig deckungs-
fähig.

511 10	Geschäftsbedarf	30 000	30 000	---	66
513 10	Post- und Fern- meldegebühren	29 000	29 000	---	35
515 10	Geräte und Aus- stattungsgegen- stände	30 000	30 000	---	24
516 10	Dienst- und Schutzkleidung	400	400	---	---
517 10	Bewirtschaftung von Grundstücken und Räumen sowie Gebäuden	167 000	167 000	---	145

<u>Zu Titel 511 10:</u>	
1. Büromaterial	9 000 DM
2. Druckkosten für Einladungen	18 000 DM
3. Fahrgelder, Transport- und Frachtkosten	700 DM
4. Bekanntmachungen in Tageszeitungen	2 000 DM
(z.B. Nachrufe), Kränze	
5. Sonstiges	300 DM
	30 000 DM
	=====

<u>Zu Titel 513 10:</u>	
1. Postgebühren	18 000 DM
2. Fernmeldegebühren	8 400 DM
3. Wartung der Fernmeldeanlagen	2 600 DM
	29 000 DM
	=====

<u>Zu Titel 515 10:</u>	
1. Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	13 500 DM
2. Beschaffung von Büro- und sonstigen Maschinen	7 000 DM
3. Unterhaltung	9 500 DM
	30 000 DM
	=====

<u>Zu Titel 516 10:</u>	
Kosten für Anschaffung von Dienst- und Schutzkleidung	400 DM
	=====

<u>Zu Titel 517 10:</u>	
1. Heizung	30 000 DM
2. Strom, Gas, Wasser	33 000 DM
3. Reinigung	64 000 DM
4. Grundbesitzabgaben	23 000 DM
5. Sonstiges im Rahmen der Bewirtschaftung des Hauses der Wissenschaften	17 000 DM
	167 000 DM
	=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
518 10	Erbbauzinsen	600	600	---	---
518 20	Mieten und Pachten für Ge- räte und Maschinen	12 000	12 000	---	11
519 10	Kleinere Unter- haltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen Mehreinnahmen bei Titel 124 10 dürfen zur Leistung von Mehrausgaben ver- wendet werden.	65 000	65 000	---	..152
523 00	Bibliothek	8 000	8 000	---	3
525 10	Kosten für wissenschaftliche Vortragsveran- staltungen	23 000	23 000	---	8
527 10	Reisekostenver- gütungen	11 000	11 000	---	12
529 10	Zur Verfügung des Präsidenten der NRWakW	3 000	---	3.000 (+)	
531 00	Kosten für Ver- öffentlichungen und der Dokumen- tationen -Abweichend von §§ 61 (1) und 63 (3) LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	396 700	399 700	3 000 (-)	301
531 20	Öffentlichkeits- arbeit	24 000	24 000	---	-40

Zu Titel 531 20

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Öffentlichkeit in Wort, Bild, Ton und Sonderveranstaltungen über die Aufgaben und Veranstaltungen, Arbeitsergebnisse, Maßnahmen und Projekte der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften bestimmt.

Darin eingeschlossen sind auch die Kosten für die Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial sowie von Plakaten. (einschließlich Aufwendungen für Werkverträge.)

24 000 DM
=====

DM
3

DM
4

DM
5

DM
6

1

2

539 00

Zweckgebundene
Ausgaben aus
Spenden und Zu-
wendungen Dritter

541 00

Kosten der Bewir-
tung für die Jahres-
feier und für Sonder-
veranstaltungen

43 000

43 000

70

546 10

Vermischte Ver-
waltungsausgaben,
z.B. Entschädigungen

7 500

7 500

5

C. Zuweisungen und
Zuschüsse sowie
Ausgaben für
Investitionen

685 10

Beitrag an die
Konferenz der
deutschen Aka-
demien der
Wissenschaften e.V.

100 000

100 000

83

Zu Titel 539:
Leertitel für zweckgebundene Ausgaben aus Spenden und Zuweisungen Dritter.

<u>Zu Titel 541 00:</u>	26 000 DM
1. Kosten der Bewirtung bei den wissenschaftlichen Sitzungen (19 Sitzungen)	6 000 DM
2. Kosten für Jahresfeier gem. § 4 Abs. 2 der Satzung	11 000 DM
3. Kosten für entsprechende Ausgaben bei Sonderveranstaltungen jeder Art (Wiss. Symposien etc.)	43 000 DM
	=====

Besondere Erläuterungen zu Titel 541 00:
Während der Sitzungen der Akademie - vgl. Absätze (1), (2) und (3) der Erläuterungen zu Titel 412 10 - werden Getränke (Tee, Kaffee und dergleichen) angeboten. Die Sitzungen der Klassen werden mit einem einfachen Abendimbiss abgeschlossen. Bei ganztägigen Sitzungen muß ein Mittagessen und ggf. auch ein kleines Frühstück gereicht werden. Bei Jahresfeiern und Sonderveranstaltungen entstehen Kosten für Blumenschmuck, musikalische Umrahmung und Bewirtung.

Zu Titel 546 10:

1. Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und -Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, zur Abgeltung des durch die Teilnahme an der Sitzung entstandenen Aufwandes. Das Sitzungsgeld beträgt 30,-- DM. Auslagen solcher ortsansässigen Ausschuß- und Kommissionsmitglieder für Fahrten oder Wege innerhalb der politischen Gemeinde des Tagungsortes aus Anlaß der Sitzung werden nicht besonders vergütet. Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und -Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und nicht in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, erhalten Fahrtkosten- und Reisekostenvergütungen nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes, mindestens aber ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,-- DM zur pauschalen Abgeltung des Aufwands.	
2. Ausgaben, die durch die Unterhaltung der Garderobe im Haus der Wissenschaften entstehen.	7 500 DM
	=====

Zu Titel 685 10:

Beitrag 1993 an die Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. nach Maßgabe der zwischen den Akademiesitzländern geschlossenen Finanzierungsvereinbarung.	100 000 D.
	=====

DM

3

DM

4

5

6

1

2

686 10 Beitrag an die UAI



Zu Titel 686.10:

Jahresmitgliedsbeitrag für die
Union Académique Internationale.
Wird seit 1993 durch die Konferenz
der deutschen Akademien der
Wissenschaften getragen.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnu 1994 in 1 0 DM 6
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	6
<u>D. Titelgruppe 60</u> <u>61,62,63,64,65,66</u>					
<u>Förderung der wissen-</u> <u>schaftlichen Gemein-</u> <u>schaftswerke der</u> <u>Akademie:</u>					
1. Die Mittel der Titelgruppen 60,61,62,63,64,65 und 66 sind gegenseitig deckungsfähig.					
Titelgruppe 60 ===== <u>Zentralkommission zur</u> <u>Erforschung der Spätantike</u> mit den Vorhaben					
- "Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum"; - "Patristik" mit den Arbeits- stellen in Bonn, Münster und Bochum (Athanasius-Edition)					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 60 und 547 60 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
428 60	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	1 142 900	1 118 800	24 100 (+)	1 086
547 60	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für die Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademie- gesetz).	114 300	116 000	1 700 (-)	118
Summe Titelgruppe 60:		1 257 200	1 234 800	22 400 (+)	
=====					

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 60 Personalkosten DM	Titel 547 60 Sächl. Verw.- Ausgaben DM
-------------	--------------------	--------------------------------------	---

60

Zentralkommission für die Er-
forschung der Spätantike

1) - "Herausgabe des Reallexikons
und des Jahrbuches für Antike
und Christentum" 646 000 77 000
=====

- 2 Stellen I b BAT
- 2 Stellen II a BAT
- 2 Stellen V c BAT
- 2 Stellen VII BAT bzw. VIII/VII BAT
- 1 Stelle für wiss. Hilfskraft

2) Arbeitsstelle Bonn

- "Patristik"
("Kritische Edition und Unter-
suchung von Werken der Kirchen-
väter")

2a) Arbeitsstelle Bonn

- Bibliographia Patristica 156 500 17 000
- Patristika Slavica =====

- 1 Stelle I b BAT
- 1 Stelle wiss.
Hilfskraft
- 1 stud. Hilfskraft

2b) Arbeitsstelle Münster I

- Gregor von Nyssa-Edition 3 200
=====

2c) Arbeitsstelle Münster II

- Nilus-Kommentar und Hand-
schriften-Repertorium 152 700 8 700
=====

- 1 Stelle IIa/Ib BAT
- 2 stud. Hilfskräfte

2d) <u>Arbeitsstelle Bochum</u>		
- Athanasius-Edition		
- 2 Stellen II a BAT	187 700	8 400
	=====	=====
<u>Summe:</u>	1 142 900	114 300
	=====	=====
Gesamtsumme:		1 257 200
		=====

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titelgruppe 61
=====

Zentralkommission für
philosophiegeschichtliche
Gemeinschaftswerke
mit den Vorhaben

- "Herausgabe der gesammelten Werke G.F.W. Hegels";
- "Averroes-Latinus-Edition"

1. Die Ausgaben bei Titel 428 61, 531 61 und 547 61 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig

428 61	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	821 100	805 000	16 100 (+)	724
531 61	Druckkosten	78 900	78 900	---	73
547 61	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattung für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	22 400	22 400	---	26
Summe Titelgruppe 61:		922 400	906 300	16 100 (+)	

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 61 Personalkosten DM	Titel 531 61 Druckkosten DM	Titel 547 61 Sächl. Verw.- Ausgaben DM
------------------	--------------------	--------------------------------------	-----------------------------------	---

61	<u>Zentralkommission für philosophiegeschichtliche Gemeinschaftswerke</u>			
	- "Herausgabe der Gesammelten Werke G.F.W. Hegels			
	<u>Arbeitsstelle Bochum</u>			
	- 6 Stellen II a/I b BAT	566 100 =====	38 900 =====	11 200 =====
	- "Averroes Latinus- Edition"			
	<u>Arbeitsstelle Köln</u>			
	- 1 Stelle I b BAT	255 000 =====	40 000 =====	11 200 =====
	- 1 Stelle II a BAT			
	- 1 wiss. Hilfskraft			
	Summe:	821 100 =====	78 900 =====	22 400 =====
	<u>Gesamtsumme:</u>		922 400 =====	

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1.000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6

Titelgruppe 62

=====

Zentralkommission für
Papyrologie, Archäologie
und antike Epigraphik
mit den Vorhaben

- "Sammlung, Kommentierung
und Herausgabe von
Papyrusurkunden";

1. Die Ausgaben bei Titel
428 62, 531 62 und 547 62
dieser Titelgruppe sind
gegenseitig deckungsfähig

428 62 291	Vertragsgemäße- Erstattung von Personalausgaben	416 200	408 000	8 200 (+)	
531 62	Druckkosten	36 100	36 100	---	10
547 62	Nicht aufteil- bare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 2 Satz 4 Akademiegesezt)	39 000	39 000	---	7

=====
491 300 483 100 8 200 (+)
=====

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 62 Personal- kosten DM	Titel 531 62 Druckkosten DM	Titel 547 6 Sächl. Verw.- Ausgaben DM
------------------	--------------------	---	-----------------------------------	--

62

Zentralkommission für
Papyrologie, antike
Epigraphik und Archäo-
logie

- "Sammlung, Kommentierung
und Herausgabe von
Papyrusurkunden einschließ-
lich Kleinasiatische In-
schriften"

Arbeitsstelle Köln

1 Stelle I b BAT			
3 Stellen II a BAT	416 200		
1 wiss. Hilfskraft	=====		

36 100
=====

39 000
=====

Gesamtsumme: 491 300
=====

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
		DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
1	2				

Titelgruppe 63

=====

Zentralkommission für
Mittlere und Neuere
Geschichte
mit den Vorhaben

- "Acta Pacis"

- "Deutsche Inschriften
des Mittelalters"

1. Die Ausgaben bei Titel
428 63 und 547 63
dieser Titelgruppe
sind gegenseitig
deckungsfähig.

428 63	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	596 900	585 200	11 700 (+)	424
547 63	Nicht aufteilbare sächliche Ver- waltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesezt)	222 200	222 200	---	347

Summe Titelgruppe 63: 819 100 807 400 11 700 (+)

63

Zentralkommission für
mittlere und neuere
Geschichte

- "Acta Pacis Westphalicae"

Arbeitsstelle Bonn

1 Stelle I b BAT			
3 Stellen II a BAT	423 300		
1 Stelle VI b BAT			
1 wiss. Hilfskraft			
1/2 II a BAT			
		Sachmittel	97 200
		Werkverträge	53 900
		Druckkosten	44 900
			<u>196 000</u>
			=====

- "Deutsche Inschriften des
Mittelalters"

Arbeitsstelle Bonn

2,0 Stellen II a BAT	173 600		26 200
----------------------	---------	--	--------

<u>Summe:</u>	<u>596 900</u>		<u>222 200</u>
	=====		=====

Gesamtsumme: 819 100
=====

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6
<u>Titelgruppe 64</u>					
=====					
<u>Vorhaben:</u>					
- "Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt"					
1. Die Ausgaben bei Titel 428 64, 531 64 und 547 64 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungs- fähig.					
428 64	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	336 600	330 000	6 600 (+)	337
531 64	Druckkosten	---	---	---	
547 64	Nicht aufteil- bare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesezt)	40 000	40 000	---	45
<u>Summe Titel- gruppe 64:</u>		376 600	370 000	6 600 (+)	
=====					

Naturwissenschaftliche
Vorhaben- "Großräumige Klimaänderungen
und ihre Bedeutung für die
Umwelt"

1 Stelle I b BAT	336 600	40 000
2 Stellen II a BAT	=====	=====
2 stud. Hilfskräfte		
1 Stelle VI b BAT		

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen

Gesamtsumme: 376 600
=====

Titel	Zweckbestimmung	Entwurf 1996	Ansatz 1995	mehr (+) weniger (-)	Rechnung 1994 in 1 000
1	2	DM 3	DM 4	DM 5	DM 6

Titelgruppe 65

=====

Neu-Vorhaben:

- "Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert"
- "Historia Augusta Forschung"
- "Edition von Celans Werken"
- "Die Vermittlerrolle Irans im hellenistischen Synkretismus"
- "Edition liturgischer Sprachdenkmäler der Kiever Rus' 12.-13. Jahrhundert"

Titelgruppe 66

Vorhaben

- "Diskrete Mathematik
und Anwendungen"

Die Ausgaben bei Titel
428 66, 531 66 und 547 66
dieser Titelgruppe sind
gegenseitig deckungsfähig

428 66	Vertragsmäßige Er- stattung von Per- sonalausgaben	297 800	292 000	5 800 (+)	286
531 66	Druckkosten	---	---	---	---
547 66	Nicht aufteil- bare sächliche Verwaltungs- verwaltungskosten (Kostenerstattung für Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	131 200	131 200	---	150
		429 000	423 200	5 800 (+)	---
		<hr/>			
	Entwurf des Haushalts 1996:	5 335 800	5 265 000	70 800 (+)	
		<hr/>			

Titel- gruppe	Name des Vorhabens	Titel 28 66 Personal- kosten DM	Titel 531 66 Druckkosten DM	Titel 547 66 Sächl. Verw. Ausgaben DM
66	- "Diskrete Mathematik und Anwendungen" <u>Arbeitsstelle Bonn</u> 2 Stellen BAT II a 1 Stelle BAT IV a 2 wiss. Hilfskräfte	297 800	Sachkosten Werkverträge	81 900 49 300 <u>131 200</u>
		<u>297 800</u>		<u>131 200</u>
	Gesamtsumme:		429 000 =====	

Zu Titelgruppe 60, 61, 62, 63, 64, 65 und 66

Etatisiert sind die auf die Akademie entfallenden und durch sie zu erstattenden Kosten der Vorhaben für die sechs wissenschaftlichen Gemeinschaftswerke (Altvorhaben) entsprechend den Vereinbarungen der Akademie mit den Universitäten

- Bochum vom 23.06./13.07.1982 (Hegel-Edition)
 - Bochum vom 21.03./05.04.1984 (Edition der Athanasius -Werke)
 - Bonn vom 27.11.1975 (RAC-Edition)
 - vom 15.07./14.10.1988 (Patristik)
 - vom 16.09.1981 (Deutsche In-
schriften)
 - Köln vom 06.03./03.04.1984 (Papyrus-Edition)
 - Köln vom 21.03./16.04.1984 (Averroes-Latinus-
Edition)
 - Münster vom 17.12.1980 (Patristik)
- sowie mit der
- Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bonn,
vom 20.07./25.07.1977 (Acta Pacis-Edition)

sowie für

1 naturwissenschaftliches Vorhaben (Vereinbarung mit der Universität Bonn vom 14.07./23.07.1982 betr. Vorhaben "Großräumige Klimaforschung und ihre Bedeutung für die Umwelt.)

Das naturwissenschaftliche Vorhaben "Diskrete Mathematik und Anwendungen" wurde gemäß Kabinettsbeschuß vom 12. Mai 1992 in das Akademienprogramm aufgenommen. (I A 5 - 13.01). Bis zur Aufnahme in das Bund-Länder-Programm wird dieses Projekt aus Landesmitteln anfinanziert.

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbI

im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Wirtschaftsplan 1996
Einnahmen und Ausgaben

		Soll 1995	Soll 1996
		TDM	TDM
A	Einnahmen	11.474	12.644
B I	Personalausgaben	6.784	8.223
B II	Sächliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben	4.460	4.215
C	Ausgaben für Investitionen	230	206
	gesamt	11.474	12.644
Einnahmen			
		Soll 1995	Soll 1996
		TDM	TDM
A	1 Zuschuß des Gesellschafters NRW	7.114	7.384
	2 außerordentliche Einnahmen	60	60
	3 Entgelte für Projektaufträge	4.200	5.100
	4 Zuschüsse weiterer Gesellschafter	100	100

B I Personalausgaben nach Kostenarten

	Soll 1995	Soll 1996
	TDM	TDM
1 Vergütungen (Angestellte)	4.027	4.330
2 Löhne (Arbeiter)	21	25
3 Sozial- und Krankenversicherung	705	750
4 Beihilfen	25	30
5 Stud. u. wiss. Hilfskräfte / Gastwiss.	220	220
6 Projektfinanziert Beschäftigte	1.350	2.400
7 Berufsgenossenschaft	40	58
8 Altersversorgung	346	380
9 Umzugskosten	40	20
10 sonstige Personalausgaben	10	10
Summe	6.784	8.223

B II

Sächl. Verwaltungs- und Betriebskosten

- | | Soll 1995 | Soll 1996 |
|--|-----------|-----------|
| | TDM | TDM |
| 1 Lfd. Geräteunterhaltung | 12 | 12 |
| 2 Bürobedarf | 90 | 95 |
| 3 Porto- und andere Versandkosten | 90 | 95 |
| 4 Dienstreisen | 180 | 150 |
| 5 Gebäudemiete und Nebenkosten | 590 | 650 |
| 6 Kfz-Betriebskosten | 11 | 20 |
| 7 Miete für Büromaschinen | 130 | 130 |
| 8 Mitgliedschaften | 5 | 10 |
| 9 Bücher + Zeitschriften | 150 | 150 |
| 10 Aufwand für Stellenbesetzung | 7 | 8 |
| 11 Aus- und Fortbildung des Personals | 10 | 10 |
| 12 Prüfungs- und Beratungsaufwand | 90 | 90 |
| 13 Aufwand im Interesse des Instituts | 10 | 10 |
| 14 Fernmeldegebühren | 130 | 130 |
| 15 EDV-Nebenkosten | 100 | 90 |
| 16 Fremdleistungen | 150 | 150 |
| 17 Grundfinanzierte Aufträge an Dritte | 430 | 430 |
| 18 Projektfinanzierte Sachausgaben | 2.100 | 1.800 |
| 19 Öffentlichkeitsarbeit | 70 | 70 |
| 20 Veranstaltungen | 40 | 40 |
| 21 Aufsichtsrat u. Wissensch. Beirat | 40 | 50 |
| 22 Sonstiges | 25 | 25 |

Summe

4.460

4.215

C	Investitionen	Soll 1995	Soll 1996
		TDM	TDM
1	PC-Arbeitsplätze	170	150
2	Büroeinrichtung	50	46
3	Techn. Ausstattg. Hörsaal	10	10
	Summe	230	206

1. **Erwartungen**
- A 1** Der Ansatz entspricht der mittelfristigen Finanzplanung des MWMT.
- A 2** Veranschlagt sind Rückerstattungen von allgemeinen Sachausgaben sowie zu erwartende Zinsen .
- A 3** Der Ansatz weist Erwartungen nach dem Stande vom 15.03.1995 sowie rechtsverbindliche Zusagen aus. Die sich hieraus ergebende Unsicherheit wird im Vollzug des Wirtschaftsplans berücksichtigt, indem bei B I, B II und C (ohne B I 6 und B II 18) insgesamt

1.000.000 DM

bis zum Eingang der Drittmittel gesperrt werden. Die Erträge sind - wie auch alle anderen umsatzsteuerrelevanten Einnahme- und Ausgabepositionen - nach dem Nettoprinzip, d.h. ohne Umsatzsteuer, veranschlagt.

- A 4** Privatpersonen, Firmen und Vereinigungen haben Interesse und Bereitschaft bekundet, durch zweckfreie Zuschüsse zusätzliche Aktivitäten des Instituts zu ermöglichen.
- B I 1** Veranschlagt sind die unter Zugrundelegung des Besserstellungsverbots entstehenden Kosten für 47 Angestellte gemäß beiliegendem Stellenplan.
- B I 2** Die Erhöhung der Mittel für einen Boten und Haustechniker Lohngruppe 3, Fallgruppe 3 MTL II gemäß beiliegendem Stellenplan ergibt sich aus der vollen Ausschöpfung der bisher nur teilweise besetzten Stelle.
- B I 5** Das Institut ist auf einen intensiven Austausch mit Angehörigen in- und ausländischer Wissenschaftseinrichtungen angewiesen. Die Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Studierenden stellt zugleich eine wirksame Form der Umsetzung seiner Ergebnisse dar. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte werden gemäß den Richtlinien für die wissenschaftlichen Hochschulen in NRW vergütet.

- B I 6** Soweit Projektmittel zur Verfügung stehen, können im Rahmen des BAT Zeitverträge außerhalb des Stellenplans abgeschlossen werden. Im Rahmen eines langfristig gesicherten Projektvolumens können gemäß Ermächtigung im Stellenplan in Höhe von 40% der bei B I 6 ausgewiesenen Mittel Dienstverträge auch unbefristet geschlossen werden; dies setzt jedoch die vertragliche Vereinbarung einer Kündigungsmöglichkeit für den Fall des Ausbleibens entsprechender Projektmittel voraus. Enthalten sind Kosten für die Verstärkung der inneren Dienste des Instituts in Höhe von DM 300.000, die aus dem Gemeinkostenbeitrag der Projekte finanziert werden.
- B I 8** Das Institut kann nach der Satzung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VLB), Karlsruhe, keine Mitgliedschaft erwerben. Es hat deshalb eine gleichwertige Zusatzversorgung durch den Versorgungsverband Bundes- und Landesgeförderter Unternehmen (VBLU) e.V. sichergestellt; für Prämien sind
- 220.000 DM**
- veranschlagt. Ferner werden
- 160.000 DM**
- für die Zahlung von Versorgungsausgleich für fünf aus Beamtenverhältnissen beurlaubte Angehörige des öffentlichen Dienstes benötigt.
- B I 9** In besonderen Fällen sind Umzugskosten und Trennungsentschädigungszusagen zur Gewinnung von Bewerbern erforderlich.
- B II 5** Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr berücksichtigt Mietsteigerungen aus den vereinbarten Gleitklauseln sowie den erwarteten Anstieg der Nebenkosten.
- B II 6** Die Erhöhung des Ansatzes beruht auf dem Austausch des bisher genutzten Leihwagens (Golf Ecomatic) der Volkswagen AG durch ein zu lesaendes Fahrzeug.
- B II 7** Hierin sind außer den Mieten für Kopiermaschinen die Miete für die Telefonanlage der Alcatel-SEL enthalten.
- B II 8** Mitgliedschaften in einigen wissenschaftlichen Vereinigungen - z.B. IFIAS (International Federation of Institutes for Advanced Science) - haben sich als für die wissenschaftliche Arbeit erforderlich erwiesen.
- B II 11** Dieser Ansatz umfaßt insbesondere Beiträge zu Sprachkursen, die auf Wunsch des Instituts besucht werden.

- B II 12** Das Institut verfügt über keine Bilanzbuchhaltungskapazität; es vergibt diese Arbeiten an eine Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die auch den kaufmännischen Jahresabschluß erstellt. Ferner sind die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses veranschlagt.
- B II 13** Veranschlagt sind Aufwendungen des Geschäftsführers - einschließlich der Verwaltung für Aufgaben der Vertretung des Instituts in Höhe von
4.000 DM
sowie für jede Abteilung Mittel für die Anbahnung von Kooperationen und für Projektakquisition in Höhe von
1.500 DM
- B II 15** Veranschlagt sind alle Materialien zum Aufbau und zur Erweiterung des institutsinternen Rechnernetzes, die nicht bereits in den Investitionsmitteln enthalten sind. Das Institut ist - besonders im Bibliotheksbereich - in erheblichem Umfang mit anderen Rechenzentren verbunden und auf Datenfernverarbeitung angewiesen. Schließlich sind die Kosten der fortlaufenden Weiterbildung der Mitarbeiter im DV-Bereich auf Fachtagungen und Messen sowie die Beschaffung einschlägiger Benutzerliteratur veranschlagt.
- B II 16** Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Reparaturen außerhalb von Wartungsleistungen, für die Reinigung der Räume, den Sicherheitsdienst und die externe Gehaltsabrechnung, für ausgelagerte Schreibarbeiten und Übersetzungs- und Dolmetscherdienste.
- B II 17** Das Institut ist darauf angewiesen, in erheblichem Umfang Spezialstudien zu vergeben. Nur so ist sicherzustellen, daß das breit gefächerte Arbeitsfeld des Instituts (Klima, Stoffströme, Energie, Verkehr, neue Wohlstandsmodelle) von einer relativ kleinen Zahl wissenschaftlich Tätiger kompetent bearbeitet werden kann.
- B II 18** Veranschlagt sind projektbezogene Sach- und Subkontrahierungsmittel.
- B II 19** Beide Ansätze stehen in engem inhaltlichen Zusammenhang. Das Institut wird auch 1996
und 20 neben verschiedenen kleineren Tagungen drei größere wissenschaftliche Veranstaltungen sowie eine regelmäßige Veranstaltungsreihe mit 10 Vorträgen durchführen.
- B II 21** Veranschlagt sind die Honorare der Beiratsmitglieder sowie Reise- und Übernachtungskosten der Beiratsmitglieder und der auswärtigen Aufsichtsratsmitglieder.

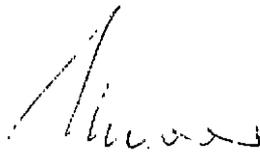
- C 1 Wie im Vorjahr ist für eine größere Zahl von Rechnern drei Jahre nach Erstanschaffung ein "Upgrading" erforderlich, um neue Programmversionen benutzen zu können. Ferner müssen für weitere einzurichtende Arbeitsplätze (vergl. letzter Satz der Erläuterung zu B I 6) und im Rahmen des Ausbaus der 1995 neu angemieteten Räume zusätzlich Rechner beschafft werden.
- C 2 Weitere Arbeitsplätze für drittfinanziertes und Aushilfspersonal (siehe bei B I 6) sind erforderlich. Darüberhinaus wird eine größere Anzahl von Räumen zusätzlich mit Notarbeitsplätzen für – durchweg ohne Entgelt, aber dennoch mit hohem Nutzen für das Institut – am Institut tätige Gäste, Praktikanten und Stipendiaten ausgestattet.
- C 3 Veranschlagt sind die bisher nicht realisierbaren Maßnahmen zur Verbesserung der Akustik, sowie eine Ausstattung für einen computeranschlußfähiger Overheadprojektor.

II. Bewirtschaftungsvermerke

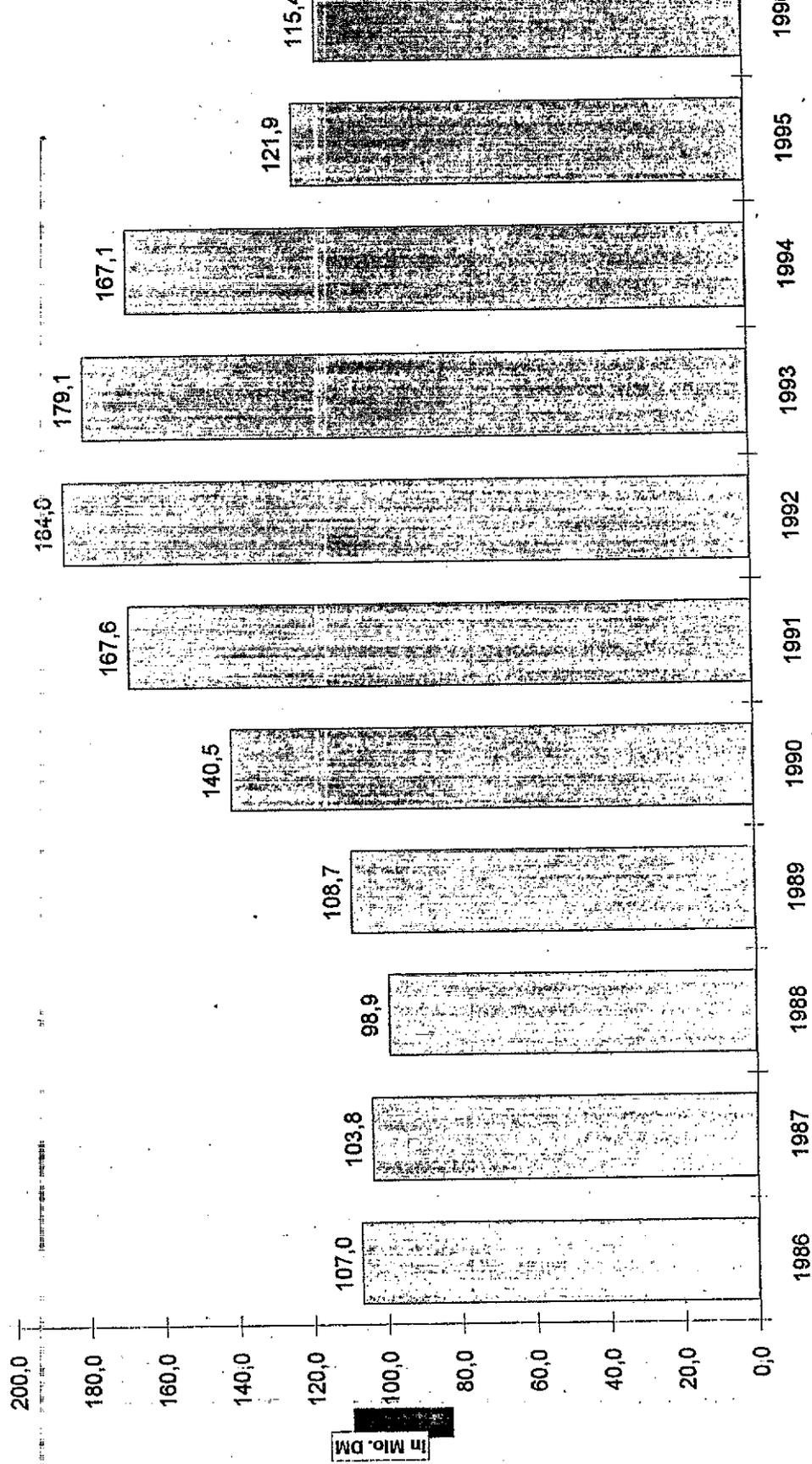
1. Die unter B I ausgewiesenen Positionen sind mit Ausnahme von B I 10, die unter B II ausgewiesenen Positionen sind mit Ausnahme von B II 13 und B II 22 gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben gemäß den Positionen B I 6 und B II 18 dürfen nur insoweit getätigt werden, als entsprechende Mittel gemäß der Position A 3 verfügbar sind. Außerdem ist von den bei Position A 3 veranschlagten Einnahmen zur Abdeckung von projektinduzierten Gemeinkosten ein Betrag einzubehalten, der sich aus der Summe von 30% der bei B I 6 und 10% der bei B II 18 verausgabten Mittel ergibt.
3. Investive Ausgaben (Bereich C) sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Mehrausgaben im investiven Bereich (C) können durch Einsparungen bei den Sachausgaben B II - mit Ausnahme von B II 13, und B II 22 - gedeckt werden.

Wuppertal, den 22. März 1995

(Präsident)


(Verwaltungsdirektor)

Haushaltsansätze des Epl. 02 in den Jahren 1986 bis 1996 (Entwurf)



Vergleich der Haushaltsansätze des Epl. 02 in den Jahren 1951 bis 1996 (Entwurf)

